

Holzarbeiter-Zeitung

Organ des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Abonnementpreis M. 1.50 pro Vierteljahr. Zu beziehen durch
alle Postanstalten. Für Verbandsmitglieder unentgeltlich.

Verantwortlich für die Redaktion: C. Fr. Deinhardt, Stuttgart.
Für die Expedition und den Anzeigenteil: Ed. Steinhilber, Stuttgart.
Redaktion und Expedition: Stuttgart, Adler-Strasse 43.

Inserate für die vierspalt. Pestsitze oder deren Raum 60 Pfg.
Vergütungsanzeigen und Arbeitervermittlungen 30 Pfg.
Versammlungsanzeigen 15 Pfg.

Die nächsten Aufgaben des Reichstags.

Wenn der Reichstag am 18. November wieder zusammentritt, harzt seiner eine gewaltige Arbeit. Eine ganze Reihe von Vorlagen aus dem vorigen Sessionsabschnitt ist noch unerledigt, dazu kommt eine große Zahl von Initiativanträgen, von denen jedoch voraussichtlich nur ein kleiner Teil erledigt werden wird. Von den neuen Vorlagen, die dem Reichstag bei seinem Zusammentritt oder nach der Weihnachtspause vorgelegt werden sollen, dürfte für die Gewerkschaften am bedeutendsten der Entwurf betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine sein. Es handelt sich hierbei um eine Materie, die den Reichstag schon öfters beschäftigt hat. Bereits im Jahre 1869 hat der Norddeutsche Reichstag einen dahingehenden Antrag Schulze-Delitzsch angenommen, dem jedoch der Bundesrat nicht beitrug. Seither haben die Freisinnigen, denen sich später auch das Zentrum zugesellte, den Antrag noch öfters eingebracht, ohne daß ein praktisches Resultat erzielt worden wäre. Hierzu wäre Gelegenheit gegeben gewesen bei der Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs, doch genügte damals die Drohung des Regierungsvorstehers, den ganzen von den Vereinen handelnden Teil der Vorlage zurückzuziehen, um die Reichstagsmehrheit zu veranlassen, nicht nur die von sozialdemokratischer Seite gestellten Anträge zur Sicherung des Vereinsrechtes abzulehnen, sondern auch auf die Durchführung der eigenen Wünsche zu verzichten.

Seither hat sich die Ansicht der Regierung insofern geändert, als sie der Gewährung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine freundlicher gegenübersteht, als das früher der Fall war. In der Thronrede, mit welcher der Reichstag am 29. November 1905 eröffnet wurde, erfolgte die Ankündigung eines Gesetzentwurfs über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, und der Umstand, daß der Entwurf bisher nicht veröffentlicht wurde, veranlaßt insbesondere die Blätter, welche sich die Vertretung der Interessen der christlichen Gewerkschaften angelegen sein lassen, die Regierung mit Bitten und Drohungen zu bestürmen, doch endlich ihr Wort einzulösen. Vermutlich wird nun wohl der Regierungsentwurf recht bald das Licht der Öffentlichkeit erblicken, ob er aber die christlichen Arbeiter, die durch eine Deputation des Frankfurter Kongresses den Reichskanzler ganz besonders um die Einbringung eines solchen Gesetzes gebeten haben, befriedigen wird, ist eine andere Frage.

Die freien Gewerkschaften haben der Frage von jeher kaltsblütig gegenübergestanden. So wünschenswert auch die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Gewerkschaften ist, so betrachten wir als noch viel notwendiger die Regelung des Vereinswesens nach der Richtung, daß die Hemmnisse beseitigt werden, welche die Gewerkschaften an der vollen Entfaltung ihrer Tätigkeit hindern. Daß die zu erwartende Vorlage in dieser Beziehung einen Fortschritt bringt, ist nicht zu erwarten, dagegen wird sie voraussichtlich Bestimmungen enthalten, die geeignet sind, unter gewissen Voraussetzungen den Verbänden die Verfügung über ihre Gelder zu nehmen. Augenblicklich widersprechen sich noch die Nachrichten über den Inhalt der Vorlage, welche eifrige Reporter an den Türen der Ministerien erlauscht haben wollen, doch ist die Behauptung der „Täglichen Rundschau“, die im Gegensatz zur „Germania“ zuverlässig erfahren haben will, daß in die Vorlage betreffend die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine auch die Bestimmung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuchs aufgenommen werden soll, sehr glaubhaft. Hiernach werden also die Gewerkschaften für jeden „zivilrechtlichen Schaden“, den der Vorstand in Ausführung der ihm zustehenden Verordnungen begeht, zum Schadenersatz herangezogen werden. Daß ein mit solchen Bestimmungen bepacktes Gesetz für die Gewerkschaften unannehmbar ist und von den Arbeitervertretern im Reichstag abgelehnt werden muß, ist ganz selbstverständlich.

Der Gesetzentwurf zum Schutze der Heimarbeiter im Tabakgewerbe, von dem in den letzten Tagen die Rede war, dürfte eine Abschlagszahlung auf den verletzten Heimarbeiter sein. Ob dieser Entwurf den billigen Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht, kann erst beurteilt werden, wenn er in Wortlaut vorliegt. Im Hinblick auf den sozialpolitischen Kurs, den das Reichsschiff zurzeit steuert, wird man gut tun, sich keinen überschwinglichen Hoffnungen hinzugeben. Um diese von vornherein auf ein bescheidenes Maß zurückzuschrauben, wird auch bereits mitgeteilt, daß die Frage der Krankenversicherung der Heimarbeiter in diesem Entwurf nicht berücksichtigt ist. Sie soll zusammen

mit der allgemeinen Regelung des Heimarbeiterschutzes ihre Erledigung finden, das heißt, es wird in absehbarer Zeit nichts geschehen.

Die Kommission, der das Hilfskassengesetz überwiesen war, hat ihre Arbeiten noch vor den Ferien erledigt. Ihre Anträge weichen nicht erheblich von dem Regierungsentwurf ab, und wenn sie die Zustimmung des Plenums finden, dann wird der Regierung ein vorzügliches Instrument in die Hand gegeben, um den freien Hilfskassen das Leben schwer oder auch unmöglich zu machen. Ob dagegen der vorgeschützte Zweck, ein Instrument gegen die Schwindelkassen zu schaffen, erreicht wird, erscheint noch sehr fraglich. Die Selbstverwaltung der Hilfskassen ist der Regierung ein Dorn im Auge, und die Vorlage in der Kommissionsfassung gibt ihr die Möglichkeit, durch die Aufsichtsbehörde im angeleglichen Interesse der Kasse die Verwaltung derselben so zu gestalten, wie es ihr paßt. Die Mitglieder brauchen dann nichts weiter zu tun, als den Vorschriften der wohlweisen Aufsichtsbehörde ihre Zustimmung zu geben und — zu zahlen. Gelingt es den Arbeitervertretern im Reichstag nicht, noch eine gründliche Verbesserung des Entwurfes herbeizuführen, dann wird auch der Selbstverwaltung der Ortskrankenkassen sehr bald das letzte Stündlein geschlagen haben. Die Reaktionen unter der Führung des „Freisinnigen“ Dr. Mugdan sind schon lange daran, aus den Krankenkassen Versorgungsanstalten für die Ärzte zu machen, und das Hilfskassengesetz ist eine Stufe auf dem Wege zu diesem Ziele.

Mit den hier erwähnten Vorlagen dürften die sozialpolitischen Aufgaben, die in nächster Zeit der Lösung durch den Reichstag harren, erschöpft sein. Durch besondere Reichhaltigkeit zeichnet sich das Programm nicht aus; um so schwerer dürften die Lasten sein, welche dem Volke noch durch die Gesetzgebung auferlegt werden. Immer empfindlicher wird der Notstand, unter welchem weite Kreise der Bevölkerung infolge der agrarischen Zollpolitik und der Grenzsperrn leiden, und es scheint, daß die Regierung nicht daran denkt, freiwillig etwas zur Bänderung der Not zu tun. Noch immer ist der Schweinezüchter Poddielesi Minister, und er denkt nicht daran, sich durch Zulassung ausländischen Viehes sein Geschäft zu verderben. Diese Haltung ist ja menschlich begreiflich, dürfte doch gerade in letzter Zeit die Familie Poddielesi infolge ihrer Beziehungen zu der das Reich in uneigennützigster Weise bedienenden Firma Lippelskirch einige Gewinnaussfälle zu verzeichnen haben, die sie durch erhöhten Profit aus dem Schweinegeschäft wett zu machen sucht. Allerdings hat das deutsche Volk an dem Wohrgange des so einseitigen Ministers und seiner Klasse angeknüpft, nicht das geringste Interesse, und das wird den Herren gelegentlich der Beratung der von den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellation über die Fleischnot mit aller Deutlichkeit gesagt werden.

Den Regierungsmännern wird es ja, je näher der Termin für die Wiedereröffnung des Reichstags herankommt, immer ungemütlicher. Man munkelt allerlei von Unstimmigkeiten in hohen Regionen; so soll der neugekräftigt von seinem Urlaub zurückgekehrte Reichskanzler sich alle Mühe geben, seinen Kollegen Poddielesi auszuschießen; dem gefällt es aber im Amte, doch weiß er nicht gewiß, ob die mächtige Hand, die ihn stützt, willens ist, ihn noch länger zu halten, deshalb läßt er sich zur Vorsorge in der Presse krank sagen. Auf der anderen Seite scheint aber auch die Position des Reichskanzlers Bilow, der schon so viele Sozialdemokraten mit seinen Reden vernichtet hat, ernstlich gefährdet zu sein, und das Bedientenvolk auf den Hintertreppen raunt sich zu, daß man eher Bilow gehen lassen will, ehe man auf die erfolgreiche Mitarbeit Poda verzichtet. Für die Arbeiterschaft kann dieses Intrigenspiel, welches kürzlich durch die Denkwürdigkeiten Hohenslohes eine so köstliche Beleuchtung erfahren hat, sehr gleichgültig sein. Die hohen Herren mögen in verschiedenen Punkten geteilter Meinung sein, darin stimmen sie aber überein, daß den Massen immer neue Lasten auferlegt werden müssen. Sollte in den Regierungskreisen ein Personenwechsel eintreten, dann wird das eben nur ein Personen-, aber kein Systemwechsel sein. Ein Systemwechsel wird nur eintreten, wenn das Volk von der Macht, die es besitzt, den richtigen Gebrauch macht.

Schon sind wieder neue Lasten für das Volk angekündigt. Zum Ausbau unseres herrlichen Kriegsheers werden neue Forderungen erhoben, und ebenso müssen auch für die Marine neue Mittel flüssig gemacht werden. Auch der neue Mann im Kolonialamt wird sich nicht damit begnügen, wiederum den Bau der im Frühjahr abgelehnten Wiltshahn zu fordern, sondern weitere Millionen verlangen, um sie im afrikanischen Sand zu verpulvern. Alle diese Forderungen kosten Geld, viel Geld sogar, das aber erst beschafft

werden muß, denn die Reichskassen sind leer. Das Stengelsche Steuerbuket, welches durch die Reichstagsmehrheit mittels einiger prächtiger Blüten noch „verschönert“ wurde, hat zwar in weiten Kreisen der Bevölkerung lebhaften Unwillen wachgerufen, aber die Erwartungen unserer Finanzkünstler nicht erfüllt; die Erträgnisse der neuen Steuern werden voraussichtlich weit hinter dem Vorschlag zurückbleiben. Es werden deshalb weitere Steuern angefordert werden, und wer wollte daran zweifeln, daß sie der Reichstag bewilligt? Man darf sich durch die Oppositionsluft, die uns gegenwärtig aus den Preßorganen der allezeit der Regierung dienstwilligen Nationalliberalen entgegenweht, nicht täuschen lassen. Diese Partei hat es stets als höchste patriotische Pflicht angesehen, die Forderungen der Regierung mit Hurra zu bewilligen, und von dieser Gewohnheit wird sie auch künftig nicht ablassen. Daß das Zentrum gegen die Regierung postet und mit ihren Maßnahmen sehr unzufrieden ist, kann nur politischen Kindern imponieren. Das Zentrum ist die ausschlaggebende Partei im Reichstag und kann, wenn es will, die Regierung zwingen, eine volksfreundliche Politik zu treiben. Aber es will nicht! Um die Stimmen der Arbeiter zu ködern, gebärdet es sich fürchterlich radikal — bis zur entscheidenden Abstimmung. Auf diese Weise wird es den Angehörigen der verschiedenen Bevölkerungsklassen gerecht, die es in seinem Turm zusammenhält. Den Kraut- und Schlotjunkern hilft das Zentrum durch seine Taten, die Arbeiter, die sich von ihm betören lassen, preist es mit Redensarten ab.

Die beginnende Tagung des Reichstags wird recht lebhaft Verhandlungen bringen, an welchen die Arbeiterschaft aufs höchste interessiert ist. Über das Ergebnis dieser Verhandlungen wollen wir uns aber keinen Illusionen hingeben. Den Vertretern der Arbeiter steht eine kompakte Majorität gegenüber, welche als Richtschnur für ihr Handeln die Vermehrung des Reichtums der Besitzenden betrachtet und deshalb willens ist, die aufwärts strebende Arbeiterschaft mit allen Mitteln niederzuhalten. Eine Zeilang mag solch eine Politik erfolgreich sein, auf die Dauer läßt sie sich nicht durchführen. Je stärker die Steuerschraube angezogen wird, je mehr die Maßnahmen der Regierung und der Gesetzgebung das Volk zum Hunger zwingen, um so nachdrücklicher werden auch die Schichten zum Nachdenken genötigt, die dem öffentlichen Leben bisher gleichgültig gegenüberstanden. Den Arbeitervertretern im Parlament wird immer wieder der Vorwurf gemacht, daß sie die Massen zur Unzufriedenheit aufreizten. Dieser Mühe brauchen sie sich sicherlich nicht zu unterziehen, sie können sich darauf beschränken, dem Volke die wahre Ursache der unbefriedigenden Zustände klarzulegen und ihnen den Weg zu zeigen, auf dem sie ihrer Unzufriedenheit den richtigen Ausdruck geben können. Der Erregung von Unzufriedenheit unterziehen sich in mehr als ausreichendem Maße die herrschenden Gewalten, und die bevorstehenden Reichstagsverhandlungen werden das aufs neue beweisen.

Lohnfragen oder Machtfragen?

I.

—r. Da von der Höhe des Lohnes, den ein Arbeiter oder eine Arbeitergruppe bezieht, die wirtschaftliche Existenz abhängig ist, so ist es nicht nur erklärlich, sondern auch durchaus berechtigt, daß die zur Erkenntnis ihrer Lage erwachte Arbeiterklasse eine beständige Erhöhung der Löhne anstrebt, um auf diese Weise die materielle Existenz und damit auch das geistige und moralische Niveau des Proletariats zu heben. Da ferner der Lohn, als Geldlohn, eine relative Größe ist, insofern seine Höhe von der Kaufkraft des Geldes abhängt, so muß der Arbeiter hierauf Rücksicht nehmen und zu verhindern suchen, daß man ihm dasjenige, was er sich an erhöhten Löhnen auf dem Wege des gewerkschaftlichen Kampfes errungen hat, nicht wieder indirekt auf dem Wege der Lebensmittelverteuerung aus den Händen reißt. Gelingt es aber dem Ausbeutertum trotz dieses Widerstandes, die Preise der Wohnung und der anderen Lebensbedürfnisse in die Höhe zu treiben, so bleibt den Arbeitern nichts anderes übrig, als ihrerseits wieder höhere Löhne anzustreben, um dadurch wenigstens annähernd ein Gleichgewicht herzustellen zwischen Ausgaben und Einnahmen.

Aus diesen Erwägungen heraus beobachten wir augenblicklich allerorts und in allen Branchen das Anstreben einer Steuererhöhung. Die Berechtigung dieses Strebens kann nur von Leuten bestritten werden, die an der Stelle des Herzens den Geldsack sitzen haben oder die nicht wissen, wie

es einer Arbeiterfamilie zumute ist, die von dem gleichbleibenden Lohne die gesteigerten Preise bezahlen soll. Daß dies nur auf Kosten der Gesundheit und des Wohlbefindens geschehen kann, ist klar, und es zeugt von einer bedauerlichen Verkennung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse, daß das deutsche Unternehmertum fast ausnahmslos keine Lust verspürt, den Arbeitern auch nur ein klein wenig Entgegenkommen zu zeigen. Die zahlreichen Lohnbewegungen und Streiks dieses Jahres beweisen uns, wie wenig soziales Empfinden und Gerechtigkeitsgefühl und wie wenig sozialistisches Verständnis in dem deutschen Unternehmertum steckt, das sich so gern ob seiner Arbeiterfürsorge rühmen hört. Sollte man nicht glauben, die Unternehmer müßten mit Rücksicht auf die unerhörte Lebensmittelverteuerung aus eigenem Antrieb ihren Arbeitern eine Lohnerhöhung anbieten, zumal da bei der augenblicklich herrschenden äußerst günstigen Konjunktur, die dem Unternehmertum Millionen in die Tasche jagt, eine solche kleine Mehrausgabe gar nicht wehtun würde. Aber wo sehen wir ein solches Entgegenkommen? Allerdings schreibt die „Deutsche Arbeitgeber-Zeitung“ des Herrn v. Reisz in inoffiziell bekannter Äußerung: „Die Vorstellung, daß die Arbeiterschaft nur auf ihre Macht gestützt den Arbeitgebern höhere Löhne abzutrotzen vermag, hält vor einer sachlichen Prüfung nicht stand. Man wird unschwer beweisen können, daß zum mindesten der größere Teil aller Lohnerhöhungen dem freien Willen der Unternehmer entspringt. Das Interesse, einen tüchtigen und brauchbaren Arbeiterstamm heranzuziehen, die Einsicht, daß nur ausreichend und gut bezahlte Arbeitskräfte eine ausreichende und gute Arbeit zu liefern vermögen, die natürliche Empfindung, daß jede Arbeit ihres Lohnes wert ist, schließlich auch die Einsicht, daß man einen tüchtigen Arbeiter gut bezahlen muß, wenn er nicht zur Konkurrenz übergehen soll, das etwa sind die wirklichen, in moralischer und wirtschaftlicher Beziehung durchaus gesunden Quellen, aus denen sich das steigende Einkommen der Arbeiterschaft herleitet. Wir können die Frage im beschränkten Raum dieser Rubrik nicht erschöpfen, aber wir stellen fest, daß die Dinge in praxi wesentlich anders liegen, als sie die haarspaltende Gelehrsamkeit der sozialistischen Theoretiker und das agitatorische Geschrei der sozialdemokratischen Streikführer darzustellen lieben. Wie geleht auch die „Lohnfondstheorie“ eines Mac Culloch klingen mag, wie laut auch die gewerkschaftliche Presse verkündet, daß „den Steinherzen der erbarmungslosen Unternehmer“ auf gutlichem Wege kein Pfennig abzurufen sei, die Wahrheit ist, daß die Lohnhöhe in weit stärkerem Grade von der freien Entscheidung der Arbeitgeber abhängt, als man in weiten Kreisen heute anzunehmen pflegt.“

Wenn es denn so leicht zu beweisen ist, daß die meisten Lohnerhöhungen dem freien Willen der Unternehmer entspringen, so erscheint es nicht unbillig, wenn wir den Artikelschreiber bitten, er möchte doch die Güte haben und diesen Beweis erbringen. Vielleicht besitzt er die Freundlichkeit, uns die Namen derjenigen Unternehmer oder Betriebe zu nennen, die ihren Arbeitern aus freien Stücken eine Lohnerhöhung haben zuteil werden lassen. Es würde uns äußerst angenehm sein, diese edelmütigen, ideal gesinnten Männer einmal dem Namen nach kennen zu lernen, und wir wären dann gern bereit, ihnen das Unrecht abzubitten, das wir ihnen dadurch zugefügt haben, daß wir ihnen Edelmut und Sozialismus absprachen. Denn wir müssen leider gestehen, daß wir bislang der Meinung gewesen sind, der übergroßen Mehrzahl der Unternehmer falle es nicht einmal im Traume ein, ihren Arbeitern freiwillig die Löhne aufzubessern, und daß wir geglaubt haben, man könne diejenigen Unternehmer, die freiwillig Lohnerhöhungen vornehmen, als weiße Raben für Geld im Panoptikum sehen lassen. Und unseren Kollegen wird es nicht besser gegangen sein, denn auch sie sind in dieser Beziehung ungläubige Thomasse. Welch großes Verdienst könnte sich also die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ erwerben, wenn sie einmal, anstatt allgemeiner, in der Luft schwebender Behauptungen und Nennungen, einfach die Namen der „Freiwilligen“ veröffentlichte. Wir bitten sie also im Interesse der Wahrheit: „Heraus mit den Namen!“

Ginsweiler und bis auf weiteres werden wir allerdings bei unserer früheren Meinung bleiben, um so mehr da die „Deutsche Arbeitgeberzeitung“ selbst uns allwöchentlich in dieser Meinung bestärkt. In derselben Nummer 43, in der die von uns zitierte Behauptung enthalten ist, finden wir unter anderen folgende Sätze: „Die schottischen Grubenarbeiter haben eine Lohnerhöhung von 12 1/2 Prozent verlangt; da die Grubenbesitzer hierauf wahrscheinlich nicht eingehen werden, ist ein Streik von 70000 Arbeitern zu befürchten. Auf der Clydewerft legten 7000 Schiffsarbeiter wegen verweigerter Lohnerhöhung die Arbeit nieder; diese Bewegung droht auch auf andere Gebiete überzugreifen. In Sheffield forderten 1800 Former eine Lohnaufbesserung von 2 Schilling pro Woche; die Arbeitgeber sahen sich schließlich gezwungen, 1 Schilling Lohnaufbesserung zu bewilligen, woraufhin die Bewegung beendet wurde. Auch unter den englischen Eisenbahnern hat eine lebhaftere Agitation begonnen, deren Endzweck ist, die 600000 von den englischen Bahngesellschaften beschäftigten Angestellten in einen großen Streik hinein zu ziehen, der gleichzeitig auch für andere Bewegungen entsprechend ausgebeutet werden könnte. Vorläufig haben die Beamten der größeren Eisenbahngesellschaften eine Eingabe gemacht, daß in der nahe bevorstehenden Nationalkonferenz auch ihre Forderungen berücksichtigt werden. Sie verlangen den Achtstundentag, 10 bis 15prozentige Lohnerhöhungen, sowie eine Reihe weiterer

Vergünstigungen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß ein Teil der Lohnforderungen, um Weiterungen zu vermeiden, von den Bahngesellschaften bewilligt wird, obwohl gerade die englischen Eisenbahner durchweg ziemlich hohe Saläre beziehen.

In Österreich war kürzlich Triest der Schauplatz einer großen allgemeinen Arbeiterbewegung, an der sowohl die Schneidergehilfen, Spediteure, als auch Lagerarbeiter teilnahmen. Die Streikenden forderten in der Hauptsache eine tägliche Lohnzulage von 1 Krone und neunstündige Arbeitszeit. Der Streik hatte eine Unterbrechung des gesamten Verkehrs zur Folge, da alle Lebensmittel nicht ausgeladen werden konnten, es kam schließlich durch gegenseitiges Entgegenkommen eine Einigung zustande.“

Wenn man diese Zeilen liest, so merkt man rein gar nichts von einer Bereitwilligkeit des Unternehmertums, freiwillig höhere Löhne zu zahlen, im Gegenteil, es war immer erst ein „sanfter Nachdruck“ notwendig, um die Unternehmer zur Bewilligung zu veranlassen. Aber das war ja im Ausland, wird manch einer sagen, in Deutschland ist dies ganz anders. Wir zitieren also aus derselben Nummer weiter: „Die von den Saarbergleuten gestellte Forderung, die Löhne um 15 Prozent zu erhöhen, hatte keinen Erfolg. . . Der Streik auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ ist beendet. Wie vorauszu sehen war, haben die Arbeiter ihre wichtigste Forderung, die Lohnerhöhung, aufgeben müssen. . . Beendet ist der Streik der Plattenleger in Cöln; der Stundenlohn wurde erhöht. . . Der Streik in der erzgebirgischen Württemberg-Industrie nimmt seinen Fortgang, obwohl die Arbeiter erkennen sollten, daß die von ihnen verlangte sofortige Erhöhung der Löhne unmöglich ist, da ja die laufenden Aufträge eine solche Änderung der Produktionskosten nicht gestatten. übrigen können die Prinzipale jetzt die Sache mit Ruhe ansehen, da die wichtigsten Aufträge für das Weihnachtsgeschäft bereits an die Konkurrenz vergeben sein dürften. Den meisten Schaden werden auch hier wieder die Arbeiter selbst tragen müssen. Im übrigen ist festzustellen, daß sich die Lohnbewegung gerade in der Holzindustrie noch immer ausbreitet, obwohl die Gesellen damit rechnen sollten, daß die Lage des Gewerbes keineswegs eine so glänzende ist, daß sich erhöhte Forderungen durchsetzen ließen. Die Vereinigung der Berliner Holzindustriellen erklärte: In Erwägung, daß der Durchschnittslohn unserer Holzarbeiter nach der eigenen Statistik des Deutschen Holzarbeiterverbandes 35,10 bis 36,63 Mk. und der Wochenverdienst tüchtiger Arbeiter sogar 50 bis 60 Mk. und darüber beträgt, daß ferner die Berliner Holzindustrie mit derartig hohen Löhnen fast an der Spitze aller Gewerbe steht, wird das Verlangen nach weiterer Lohnerhöhung mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Die Forderung einer allgemeinen Lohnerhöhung bei Akkordarbeiten oder einer teilweisen Beseitigung der letzteren muß als undiskutabel abgelehnt werden. . . Der Zustand der Berliner Knopfmacher ist so gut wie aussichtslos. Die Fabrikanten können mit Rücksicht auf die auswärtige Konkurrenz unbedingt keine höheren Löhne zahlen.“

Und so geht es weiter und weiter. Überall sträuben sich die Unternehmer gegen eine Lohnerhöhung, und wenn sie durch einen Streik dazu gezwungen werden, so schimpfen sie wie die Rohrperlinge. Und diesen selben Leuten erzählt man in ihrer Zeitung, daß sie aus freiem Willen und aus freier Entscheidung die Löhne ihrer Arbeiter aufbesserten. Die Macher der „Arbeitgeber-Zeitung“ müssen ihre Leute für sehr dummen halten, daß sie annehmen, sie würden auf einen derartigen Schwindel hereinfallen, wie eine Ente auf das hingeworfene Stück Speck.

Von der sächsischen Holzindustrie.

(Schluß.)

Zahlenmäßige Angaben über die Unfälle in der Holzindustrie werden nur von einigen Gewerbeaufsichtsbeamten für die von ihnen beaufsichtigten Bezirke gemacht. Danach sind im Bezirk Bautzen 38 Unfälle gezählt, gleich 42 auf 1000 Beschäftigte; im Bezirk Zittau 42 Unfälle oder 21,1 auf 1000 beschäftigte Arbeiter; im Bezirk Chemnitz 133 oder 34,8 auf 1000 (im Jahre 1904 103 oder 29,0 auf 1000), im Bezirk Annaberg 96 (84) oder 24,51 (23,35) pro 1000 Beschäftigten. Hier entfielen im Durchschnitt aller beschäftigten Arbeiter auf 1000 Beschäftigte 13,52 Unfälle, so daß die Gefahrenhäufigkeit in der Holzindustrie annähernd das Doppelte der Durchschnittsziffer beträgt. Im Bezirk Leipzig wurden in der Holzindustrie 256 Unfälle gezählt; im Bezirk Döbeln 118 oder pro 1000 Arbeiter 35 Unfälle; im Bezirk Wurzen 37 Unfälle.

Über einige besonders schwere Unfälle sei hier berichtet. Im Bezirk Annaberg ereignete sich auf einem Holzhof ein tödlicher Unfall. Beim Herausuchen von Klöthern soll der Gebötte mit dem Oberkörper zwischen zwei ins Aufsehen gekommene Klöther geraten und an den dadurch erlittenen Verletzungen, die in der Unfallanzeige nicht näher bezeichnet waren, gestorben sein. Ein weiterer tödlicher Unfall ereignete sich in einem Holzschleifereibetrieb, wo ein Holzarbeiter nachts vor dem Rechen einer Turbine ins Wasser stürzte und ertrank. Aus dem gleichen Bezirk wird auch noch über einige andere schwere Unfälle berichtet: So wurde einem in einer Kunstschlerei an einer Hobelmaschine beschäftigten Arbeiter die rechte Hand abgetrennt. Der Ausgang des Unfalls war nicht zu ermitteln. Vermutlich wurde

der Verletzte von einem Schwindelanfall betroffen. Weiter wurde ein Holzschneider beim Auflegen eines Memens von der Transmission der Kreissäge an den Kleidern erfaßt, einige Male herumgeschleudert, bis die Kleider zerrissen waren und er von der Transmission herabfiel. Er hatte Verletzungen des Brustkorbes an vier Rippen und Hautabschürfungen davongetragen.

Aus dem Bezirk Freiberg ist über drei tödlich verlaufene Unfälle zu berichten. Ein an einer Kreissäge beschäftigter Maschinenarbeiter verunglückte während des Zuschneidens von Stuhlleisten aus Abfallstücken an einer kleinen Tischkreissäge mit einem Blatt von nur 320 Millimeter Durchmesser. Eine solche Leiste von etwa 32 Zentimeter Länge wurde von dem Sägeblatt zurückgeschleudert und traf den Arbeiter derart an den Unterleib, daß er zusammenbrach und auf das Abfallholz fiel. Am nächsten Tage trat der Tod ein. — Ein Polierer einer Stuhlfabrik hatte sich am Daumen der rechten Hand einen unscheinbaren Riß in der Nagelbede zugezogen, den er anfänglich wenig beachtete. Nach einigen Tagen trat Blutvergiftung ein, an der der Verletzte starb. Schließlich verunglückte noch der Fuhrmann eines Holzsägewerks bei einem Holztransport tödlich.

Im Bezirk Aue erlitt ein Polierer in einer Württembergfabrik beim Heben einer angeblich nur 17,5 Kilogramm schweren Polierpresse so schwere innere Verletzungen, daß er noch an demselben Tage verstarb. — Auch aus dem Bezirk Zwickau wird ein tödlicher Unfall gemeldet: In einer Württembergfabrik dieses Bezirkes war ein Tischler damit beschäftigt, an einer Fräsmaschine, in welche zu diesem Zwecke zwei horizontale Kreissägen in der üblichen Weise eingespannt waren, Zapfen anzuschleifen. Dabei entglitt das Arbeitsstück, ein langer Tischleg, seinen Händen und wurde von den Sägen mit herumgeschleudert. Der Tischler erlitt hierbei einen derartigen Schlag an den Unterleib, daß er wenige Stunden danach verschied. Seit diesem Unfall wird für die Bearbeitung langer Stücke, die über den Tisch der Fräsmaschine hinausreichen, die Anbringung eines festen Anschlages auf dem Tische angeordnet. — Die alte Geschichte, wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist, wird er zugebeckt.

Nach wie vor wird der Anbringung von genügenden und zweckmäßigen Schutzvorrichtungen an Arbeitsmaschinen noch viel zu wenig Beachtung geschenkt. So berichtet der Beamte für Plauen, daß die Schutzvorrichtungen oft nur mangelhaft seien. „Auch an neuen Maschinen war vielfach die nachträgliche Anbringung fehlender Schutzvorrichtungen zu fordern. Gibt es doch deutsche Firmen, die ihre Maschinen fast stets ohne Schutzvorrichtungen liefern, um durch billige Preisstellung das Geschäft abschließen zu können. Sogar Abriechmaschinen werden mitunter ohne Schutzvorrichtungen geliefert und in Betrieb genommen. Die nachträgliche Anbringung der letzteren ist zumeist mit mehr oder weniger Umständen und Geldkosten verknüpft.“ So mußte der Beamte für den Bezirk Bautzen 100 auf Holzbearbeitungsmaschinen bezügliche Anordnungen treffen; im Bezirk Wurzen machten sich 64, im Bezirk Zwickau 35, im Bezirk Döbeln 65 und im Bezirk Leipzig 114 derartige Anordnungen notwendig. In dem Bericht des Freiburger Beamten heißt es, daß in den der Zahl nach am stärksten vertretenen Fabriken und Werkstätten zur Herstellung von Holzwaren sich immer wiederkehrend dieselben Mängel in bezug auf Schutz vor Gefahren und Fernhaltung von Unfällen vorfinden. Besonders häufig sei es zu beobachten, daß der freie ungehinderte Verkehr in Arbeitsräumen durch ungewöhnliche Aufstellung von Maschinen und dergleichen, durch Aufstellung von Arbeitstücken, liegenlassen von Abfällen usw. beeinträchtigt werde. Gerade in den kleineren Betrieben finden sich zwischen den Maschinen wie überhaupt auf jedem freien Orte Arbeitsstücke, Leisten, Bretter usw. aufgestapelt und um die Maschinen herum oft wahre Berge von Abfällen und Spänen aufgehäuft. Auch sei für die Instandhaltung des durch den Verkehr von Personen und Transport von Gegenständen abgenutzten Fußbodens häufig wenig Verständnis zu finden. Die Ausbesserung schadhafter Stellen des Fußbodens, Auswechslung abgenutzter Treppenstufen usw. mußte daher häufig angeordnet werden. — Der Beamte für den Bezirk Döbeln hebt besonders hervor, daß sich die Holzbearbeitungsmaschinen nach wie vor als sehr gefährlich erweisen.

Im Bericht für den Bezirk Leipzig wird gesagt, daß sich bei Revisionen wiederholt ergeben habe, daß die an gefährlichen Maschinen angebrachten Schutzvorrichtungen unwirksam gemacht worden waren. Am häufigsten zeige sich das bei den Schutzhauben von Kreissägen, die von den Arbeitern so hoch gestellt zu werden pflegten, daß sie Schutz gegen Handverletzungen nicht zu bieten vermöchten. Ebenso klagt der Beamte für den Bezirk Zittau, daß in den Betrieben für Holzbearbeitung vielfach auf die Wiederanbringung besetzter Schutzhauben, Spaltteile, Räderverdecke gebrungen werden mußte, ebenso machten in diesem Bezirke mehrere infolge Entfernung von Schutzvorrichtungen vorgekommene schwere Unfälle an Holzbearbeitungsmaschinen energische Hinweise der Beamten auf entsprechende Anwendung der Schutzvorrichtungen erforderlich.

Mehrfach wird über Einrichtung von Entstaubungsanlagen in Holzbearbeitungsbetrieben berichtet. So kamen im Bezirk Zittau solche Anlagen in einer Kindermaschinenfabrik und einer größeren Möbelschlerei zur Ausführung, in einer Ritzfabrik und in zwei Holzpanzoffelabriken wurden solche Anlagen von dem Aufsichtsbeamten ohne weiteres verlangt, in vier anderen derartigen Betrieben im Hinblick auf deren etwaige Erweiterung angeregt. Im Bezirk Chemnitz hatten die Bestrebungen der Inspektionsbeamten, die Unternehmer zur Beschaffung von Entstaubungsanlagen

zu veranlassen, Erfolg; es seien wiederum eine Reihe derartiger Anlagen beschafft worden. In einigen Fällen mußten allerdings zwecks Durchführung der Anordnungen die Polizeibehörden in Anspruch genommen werden. Erfolgreicherweise fassen die Unternehmer in der Regel später selbst die Zweckmäßigkeit und Notwendigkeit solcher Entstaubungsanlagen ein. Der Beamte für den Bezirk Meißen hat in vielen Betrieben der Holzindustrie die Beobachtung gemacht, daß die Besitzer der Anlagen bestrebt sind, die Arbeitsräume möglichst staubfrei zu halten. Die Unternehmer brachten oft freiwillig Einrichtungen zur mechanischen Entstaubung an der Entstehungsstelle des Staubes an. Zuweilen seien aber die Arbeiter mit der Einrichtung solcher Anlagen nicht einverstanden, weil sie bei dieser Art Entstaubung einen unangenehmen Luftzug an den Händen empfänden. Im besonderen wird berichtet, daß ein großes Hobel- und Sägewerk für alle Maschinen eine umfangreiche Späne- und Staubabsaugung eingerichtet hat. Ebenfalls sind im Bezirk Leipzig in mehreren Holzbearbeitungsfabriken, einer Möbel- und einer Fensterrahmenfabrik Entstaubungsanlagen eingerichtet worden.

Im Bezirk Freiberg wurde beobachtet, daß die Möbelpolierer infolge Verwendung dickflüssiger Mineralöle beim Polieren leicht von Hautausschlägen an den Unterarmen und den Oberschenkeln befallen werden. Es wurde auf Verwendung anderer Öle zum Polieren hingewirkt, zumal in Erfahrung gebracht wurde, daß es auch dünnflüssige Mineralöle gibt, die die erwähnte Üble Eigenschaft nicht besitzen.

Über zwei Stuhlfabriken des Bezirkes Dresden wurde Klage geführt, daß die Werkzeuge und Zutaten bei Akkordarbeiten, welche die Arbeiter von den Firmen geliefert erhalten, teurer als ortsüblich angerechnet würden. Die angelegtesten Erörterungen ließen die behaupteten Verstöße gegen die Bestimmungen des § 115 Absatz 2 der Gewerbeordnung im allgemeinen nicht erkennen, doch wurde festgestellt, daß bei dem einen Material die seit Jahren verrechneten Sätze trotz Sinkens der Einkaufspreise beibehalten und die ortsüblichen Preise wesentlich überschritten worden waren. Die Firmen wurden infolgedessen verurteilt, daß die Verabfolgung von Werkzeugen und Stoffen für Akkordarbeiten zu einem höheren Preise nur zulässig sei, wenn derselbe die ortsüblichen nicht übersteigt und im voraus vereinbart ist.

Christliche Ziele und Wege.

n. Vor kurzem ist ein Aufruf an die „Christlich-nationale Arbeitererschaft“ in die Lande gegangen. Unterzeichnet war er von dem Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands, von dem Verband der katholischen Arbeitervereine Süddeutschlands, von dem Gesamtverband der evangelischen Arbeitervereine und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands. Die Unterzeichner geben sich als Vertreter der sogenannten christlich-nationalen Arbeiterbewegung Deutschlands. Schon die Wahl des Namens beweist, daß es sich hier um ein gegen die klassenbenutzte Arbeiterbewegung, gegen Sozialdemokratie und freie Gewerkschaften gerichtetes Unternehmen handelt. Der Aufruf wird denn auch ausdrücklich begründet durch den Hinweis auf das „gewaltige Anwachsen der sozialdemokratischen Bewegung und die die Arbeiterbewegung, die soziale Reformarbeit wie das Volkswohlschädigenden Tendenzen der heutigen Sozialdemokratie“.

Was will nun die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“, dieses neueste Heilmittel auf dem Gebiet der Staats- und Gesellschaftsrettung? „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung“, so heißt es in den wohlklingenden Sätzen des Aufrufs, „will als Kulturbewegung erkannt und gewertet sein. Sie hat ein Recht darauf, wird von ihren Bestrebungen doch der ganze Mensch in all seinen geistigen, sozialen und wirtschaftlichen Beziehungen, in seinem religiösen Denken und seinem sittlichen Streben als einzelner wie als Glied der Gesellschaft erfaßt. An Staat und Gesellschaft erhebt die Bewegung die Forderung, den arbeitenden Stand in seinem Ringen nach besserer Lebenshaltung zu unterstützen, ihn im bürgerlichen Leben mit anderen Ständen gleichzuachten. Gleichzeit arbeitet sie darauf hin, im Arbeiterstand selbst die geistig-sittlichen Voraussetzungen zur Anteilnahme an den Kulturgütern unserer Zeit zu erfüllen. Das ist ihre Kulturmission.“

Um diese ihre Aufgabe zu erreichen, will die „christlich-nationale Arbeiterbewegung“ eine Arbeitsteilung unter den verschiedenen Organisationen einführen: den konfessionellen Arbeitervereinen (katholischen und evangelischen) fällt die „Vertiefung religiösen Gedankens und sittlichen Strebens im Arbeiter“ sowie seine „soziale Schulung“, den christlichen Gewerkschaften die Vertretung der berufswirtschaftlichen Interessen der Arbeiter zu. Konfessionelle Arbeitervereine und christliche Gewerkschaften sollen zwei Arme zu vergleichen sein, die der christliche Arbeiter zur Hebung seiner Standeslage gleichermaßen zu gebrauchen hat. Auf Grund dieser Darlegung wird die Forderung erhoben: Viele Arbeitervereine seien nicht Mitglieder der christlichen Gewerkschaften und viele Gewerkschafter nicht Mitglieder der Arbeitervereine; das mindere die „Stoßkraft der Bewegung“, und es ergeht deshalb der Ruf an die Mitglieder der Gewerkschaften, in die Arbeitervereine und an deren Mitglieder, in die Gewerkschaften einzutreten. „Christlich und national gesinnte Arbeiter! — so schließt der Aufruf — verbrüderet euer kulturelles Streben durch die Zugehörigkeit zu den beiden Organisationen im eigenen wie im Interesse des Standes und der nationalen Wohlfahrt.“

Sehen wir uns die Unterzeichner des Aufrufs genauer an, so finden wir, daß das kirchliche Element in erheblichem Maße überwiegt. Trotz des Mantelchens der „Neutralität“ und trotz der paar nichtkatholischer Vorstandsmitglieder wissen wir, daß die christlichen Gewerkschaften ultramontane Gebilde sind, geschaffen zu dem Zwecke, die katholischen Arbeiter vor der Verführung mit der Sozialdemokratie zu bewahren. Die katholischen Arbeitervereine können ihre ultramontane, zentrümliche Natur nicht leugnen, es blieben also nur die evangelischen Arbeitervereine als nichtultramontane Organisation. Was diese betrifft, so kommen sie weder zahlenmäßig, noch in praktischer Hinsicht gegenüber den katholischen Organisationen in Betracht. Sie sind den Machern der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ willkommen, da ihre Mitwirkung geeignet ist, dem Unternehmen einen neutralen Anstrich zu geben; im übrigen bietet ihre geistliche Leitung (Pfarrer Weber) Sicherheit genug, daß sie sich als treue Stützen jeder reaktionären Politik und ebenso treue Helfer im Kampfe gegen den Sozialismus bewähren werden.

Wollen wir wissen, was das neue Unternehmen bezweckt, so müssen wir fragen: inwieweit nützt es dem Zentrum? Zunächst mag ja zugegeben werden, daß christliche Gewerkschaften wie katholische Arbeitervereine von sich aus, in eigenen Interesse, bestrebt sind, ihre Mitgliederzahl zu vermehren, was sie durch Annäherung aneinander und durch gegenseitige Zuweisung der Mitglieder zu erreichen hoffen. Aber weder katholische Arbeitervereine noch christliche Gewerkschaften sind selbständige Organisationen, und außerdem handelt es sich nicht nur um gegenseitige Hilfeleistung zur Gewinnung neuer Mitglieder, sondern um eine dauernde und grundsätzliche Einwirkung und Durchdringung auf- und miteinander.

„Die Gewerkschaften — so heißt es in einem „Ziele und Wege“ überschriebenen Artikel in der letzten Nummer (44) des „Deutschen Holzarbeiters“ — haben ihre Grenze. Sie stellen nicht die ganze Arbeiterbewegung dar. Die Gewerkschaft soll berufslich organisieren. Sie beschränkt sich auf das Arbeitsvertragsverhältnis und die damit zusammenhängenden Fragen... Über der Arbeiter, der ein religiös gesinnter, ein christlicher Mann ist, denkt über wirtschaftliche Fragen hinaus. Er hat sich seine religiösen Ideale gebildet und will sich darüber aussprechen. Die Sozialdemokratie vertritt eine neue Weltanschauung. Wir spüren es überall. Und deshalb müssen auch wir über unsere Weltanschauung uns klar werden, uns über die betreffenden Fragen zu unterrichten suchen. Dazu haben wir Gelegenheit in den konfessionellen Arbeitervereinen. Sie sollen dem christlich denkenden Arbeiter eine Weltanschauung geben, in die sein gewerkschaftliches Programm hineinpast.“

Wir hören hier zum ersten Male, daß die christlichen Gewerkschaften einer „Weltanschauung“ bisher ermangelt haben; im Gegenteil haben wir zum Überdruß oft von der „Weltanschauung“ der christlichen Gewerkschaften reden hören, die so unendlich erhaben sei über jede andere Weltanschauung. Wenn dennoch jetzt auf einmal die christlichen Gewerkschaften das Bedürfnis nach einer „Weltanschauung“ empfinden, die nur in den Arbeitervereinen erworben werden kann, so darf man sich fragen, daß das seine Gründe hat. Und um diese Gründe zu erfahren, braucht man bloß zu untersuchen, was es denn für eine „Weltanschauung“ ist, die durch die Arbeitervereine vermittelt wird — wobei wir, da es bei dem Ganzen sich um vorwiegend ultramontane Bestrebungen handelt, uns nur um die katholischen Arbeitervereine zu kümmern brauchen.

Die katholischen Arbeitervereine sind Zentrumsorganisationen — ihrer Entstehung, ihrem Wesen, ihren Zielen nach. Der Verband der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands steht unter Leitung der Säupter des katholischen Volksvereins, der bekannten Zentrumsorganisation; die örtlichen Vereine werden von Geistlichen geleitet und zwar im unentwegten Zentrumsfinne. Die christlichen Gewerkschafter in die katholischen Arbeitervereine hineinzuzwingen, heißt sie mehr noch als bisher dem Zentrum unterordnen, heißt sie grundsätzlich auf die Zentrumspolitik verpflichten, heißt offen anerkennen, was bisher, ohne daß es darum minder wahr gewesen wäre, abgeleugnet wurde: daß die christlichen Gewerkschaften die politische Schutztruppe des Zentrums sind.

Diesen Schritt mögen die politischen Hintermänner der christlichen Gewerkschaftsbewegung nicht gern getan haben, aber es lag für sie mehr als ein zwingender Anlaß vor. Man weiß, daß unter den organisierten Bergarbeitern in letzter Zeit lebhaft die Frage der Verschmelzung der Verbände erörtert wurde. Wir wollen nicht untersuchen, wie weit dieses Bestreben gegenwärtig Aussicht auf Bewirklichung hat; es genügt zur Beurteilung der Sachlage, daß die Frage in der Presse und in Versammlungen der Bergarbeiter erörtert und namentlich von den Vertretern des alten Verbandes auf die Möglichkeit und Notwendigkeit der Verschmelzung hingewiesen wurde — Grund genug für die berufsmäßigen Arbeiterzerpflitterer in M.-Glabbad, Gefahr zu wittern und Gegenmaßregeln zu treffen. Auf dem Verbandstag der christlichen Metallarbeiter in Aachen warnte Herr Giesberts dringend vor dem Gedanken einer Verschmelzung der Verbände und er stellte in Aussicht, daß man den christlichen Gewerkschaften, „unter die Arme greifen“ werde, um sie vor solchen Gedanken zu bewahren.

Die Erfüllung des Giesberts'schen Wortes haben wir in dem Aufruf an die „christlich-nationale Arbeitererschaft“, der die christlichen Gewerkschaften in den Schaffall der katholischen Arbeitervereine treibt, wo sie auf das Bekenntnis zum alleinseligmachenden Zentrum verpflichtet und vor der

Verwegenheit des Gedankens, daß das Heil der Arbeiter in der Solidarität, in dem festen Zusammenschluß zu einer einzigen großen Organisation besteht, bewahrt werden sollen.

Es darf eben um alles in der Welt nicht zu einer Einigung der Arbeiter kommen, weil dadurch der Einfluß des Zentrums auf sein proletarisches Gesolge leiden könnte. In dieser Beziehung ist auch der Abschluß des Buchdrucker-tarifs für die Zentrumsleute von Bedeutung gewesen. „Die moderne Entwicklung auf dem Gebiete des Tarifvertrages“ — so sagte jüngst der M.-Glabbacher Arbeitersekretär Jooz in einer christlichen Versammlung in Göttingen — „wie sie noch kürzlich im Buchdruckergerwebe zutage getreten ist, geht immer mehr darauf aus, nur mit einer Organisation Verträge abzuschließen. Das ist allerdings nur möglich, wenn eine Organisation den größten Teil der Arbeiter in sich aufgenommen hat. Wenn diese Richtung einmal in Deutschland völlig zur Geltung käme, dann könnten wir es noch erleben, daß die christlich gesinnten Arbeiter, selbst wenn sie es wollten, sich nicht christlich organisieren könnten. So möge ihnen denn der Zwang der Verhältnisse endlich klar machen, was sie zu tun haben.“

Der Einigung der Arbeiter muß nach Ansicht der Christlichen, die ja sonst überflüssig wären, vorgebeugt werden. Hinter dem Gerebe von der „Kulturmission“ der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ verbirgt sich das Interesse der christlichen Arbeiterzerpflitterer, in letztem Grunde das Interesse der Zentrumsparthei, die noch aus anderen Gründen Ursache hat, sich in Erinnerung zu bringen. Die Wahl von 1908 rückt heran, der Tag der Abrechnung, den das Zentrum ob seiner Sünden, namentlich im Westen Deutschlands, wo es in einer Reihe städtischer Wahlkreise auf der Spitze steht, zu fürchten hat. Da gilt es, noch einmal das proletarische Gesolge zu einer großen Aktion aufzubieten, noch einmal die gläubige Arbeiterschaft zu sammeln und ihnen die rechte „Weltanschauung“, will sagen die Erkenntnis von der Verantwortlichkeit der Sozialdemokratie und der Herrlichkeit des Zentrums beizubringen, damit das Zentrum aus seiner Not gerettet und vor dem erschütternden Schlag bewahrt wird, Düsseldorf, Essen mit dem teuren Herrn Giesberts und Göttingen mit dem noch teureren Herrn Trimbom zu verlieren.

Das sind die „Ziele und Wege“ der neuen Ara der christlichen Arbeiterbewegung. Unter gewerkschaftlicher Flagge vollzieht sich hier ein Wahlmanöver des Zentrums, und die „Kulturmission“ der „christlich-nationalen Arbeiterbewegung“ muß das Parteiinteresse des Zentrums decken, dieser Stütze jeder volks- und arbeitereindlichen Politik, der wir den Fortbestand des Dreiklassenwahlsystems, den Zollwucher und die Fleischnot, den Stillstand der Sozialreform und die ganze Rechts- und Schutzlosigkeit der Arbeiterklasse zu verdanken haben.

Wir aber werden weiter kämpfen, bis wir die Schädlinge der Arbeiterbewegung, die sich in „christlich-nationales“ Gewand hüllen, niedergerungen und die von ihnen bedrückten Arbeitsbrüder zu besserer Einsicht aufgeklärt haben.

Soziales.

Die preussischen Gewerbeinspektoren und die Lebenslage der Arbeiter.

In den Berichten für das Jahr 1905 äußern sich die preussischen Gewerbeinspektoren auch mehrfach über die Lage der Arbeiter. Die wichtigsten dieser Äußerungen geben wir im folgenden wieder. Es sagt der Beamte für die Regierungsbezirke

Rönigsberg und Allenstein:

„Hier ist es namentlich die Preissteigerung der Lebensmittel im allgemeinen und die Fleischverknappung im besonderen gewesen, durch die ein gegen die Vorjahre etwas höherer Verdienst an Lohn völlig wettgemacht wurde.“

Marienwerder:

„Nur wenige Arbeiter haben... geringe Lohnerhöhungen. Daß bei dem Steigen der Preise für das Fleisch der Verbrauch dieses Nahrungsmittels in den Arbeiterfamilien eingeschränkt worden ist, muß angenommen werden.“

Potsdam:

„Die Lebenshaltung der Arbeiter wurde durch die während des Berichtsjahrs herrschenden hohen Fleischpreise ungünstig beeinflusst.“

Berlin:

„Ihr (der Arbeiter) Einkommen hat eine Steigerung erfahren... Trotzdem kann eine allgemeine Besserstellung der Lebenshaltung nicht behauptet werden. Wenn auch keine Wohnungsnot vorhanden war... so ist doch eine starke Verteuerung der Lebensmittel, insbesondere des Fleisches und der Gebrauchsgegenstände eingetreten.“

Posen:

„Die Löhne sind... höher geworden, immer aber noch nicht allgemein so weit gelangt, daß jeder Arbeiter sich einen auskömmlichen Lebensunterhalt erwerben und eine ausreichende Wohnung verschaffen könnte... Die erhöhten Fleischpreise haben auch eine Preissteigerung der anderen Lebensmittel zur Folge gehabt, so daß mancher Arbeiter in drückende Not versetzt worden ist.“

Breslau:

„Die im allgemeinen befriedigende Lage der Industrie hat die Erwerbsverhältnisse der Arbeiterschaft... an sich zwar günstig beeinflusst, doch wurde dieser Vorteil in den städtischen Industrieorten durch Erhöhung der Kosten für den Lebensunterhalt wieder aufgehoben.“

Merseburg:

„Die... Lohnerhöhungen wurden leider wieder durch das starke Steigen der Lebensmittelpreise ausgeglichen, und die hohen Fleischpreise machten sich im Haushalt der Arbeiter empfindlich geltend.“

Hannover:

„Während der gesunde Geschäftsaufschwung an zahl- reichen Stellen eine Lohnherhöhung und damit eine Ver- besserung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft herbeiführen konnte, hat andererseits die leider eingetretene erhebliche Ver- teuerung der Lebensmittel diesen Fortschritt wieder aufgehoben.“

Münster i. W.:

„Die Ernährung der Arbeiter entsprach im allgemeinen dem besseren Verdienst nicht, da infolge der hohen Fleisch- preise der Fleischgenuss bedeutend eingeschränkt werden mußte.“

Arnsberg:

„Trotz der steigenden Arbeitslöhne kann wohl kaum von einer Besserung in der Lebenshaltung der Arbeiter gesprochen werden, weil fast alle Nahrungsmittel, besonders das Fleisch, erheblich im Preise gestiegen sind.“

Wiesbaden:

„Der Arbeitslohn scheint überall etwas gestiegen zu sein, andererseits ist auch die Lebenshaltung ganz allgemein und vielleicht in noch höherem Grade teurer geworden.“

Koblenz:

„Die Erhöhung der Fleischpreise ist in den ländlichen Kreisen des Bezirkes nicht so von Einfluß gewesen wie anderorts (das heißt in den Städten. Die Red.). Die Ver- teuerung des Fleisches hat sich vielleicht auch deshalb weniger bemerkbar gemacht, weil die Arbeiter sich vielfach schlecht ernähren und überhaupt wenig oder fast gar kein Fleisch genießen. So klagt der Arzt einer größeren Lederfabrik darüber, daß in der Regel Kohl und Kartoffeln die Mahl- zeit der Arbeiter bildet.“

Öln:

„... Hiernach haben die Arbeitslöhne im Berichtsjahr eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren... In Indus- triezweigen mit niedrigerer Konjunktur war dagegen auch eine Verschlechterung der Löhne zu bemerken. Mit der Verteuerung des Lebensunterhaltes hat die Steigerung der Löhne im allgemeinen nicht Schritt gehalten.“

Nachen:

„In der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist eine nennens- werte Besserung nicht eingetreten, weil... die Preissteige- rung fast aller Lebensmittel, insbesondere des Schweine- fleisches, eine erhebliche Mehrausgabe verursachte.“

Soziales Verständnis...! Die „Ölnische Zeit- ung“, das westdeutsche Unternehmervorgan, macht in letzter Zeit besonders fleißig in Sozialpolitik und Arbeiterfrage. Ihre Kenntnis aller dieser Dinge scheint nicht besonders groß zu sein, das kann man wenigstens aus einem in der Nr. 1178 vom 4. November veröffentlichten Artikel „Wettler in Berlin“ ersehen, in dem es unter anderem heißt:

„Die Zahl der Hausbrotler nimmt laminenartig zu in den ersten Monaten des Jahres gegen Ende des Winters, oder wenn größere Arbeitsstellen und Streiks Hausen von brotlosen Existenzen aufs Pflaster werfen. Aus dem Arbeitslosen wird dann unsehbar in kürzerer oder längerer Zeit ein Pennbruder, der froh ist, wenn er auf den Heu- fähnen am Engländer oder im Humboldthafen übernachten kann oder zu Duzenden die leeren Laubentolonien bei Rix- dorf und Treptow besudelt. Die Berliner Hausfrau legt um diese Zeit besonders sorgfältig die ihren Besuch aus dem Reich immer so in Erstaunen setzende Sicherheitskette vor die Flurtür.“

In der gesamten sozialpolitischen Presse wurde bisher anerkannt, daß die organisierte Arbeiterschaft, die ja, beson- ders in Großstädten, allein als Trägerin der Lohnbewe- gungen in Betracht kommt, die intellektuell und sittlich an höchsten stehenden Arbeiterschichten umschließt. Die „Öln- ische Zeitung“ weiß es besser. Für sie ist der organisierte Arbeiter immer noch der schnapfende, stehlende und ver- kommene Ströcher, der in den 70er Jahren bei den Hinter- wäldler Bauern als der Typus des „roten Bruders“, des Sozialdemokraten galt.

Eine Kraftprobe. Die Staatsbetriebe sind bekanntlich Musterbetriebe, welche der privaten Industrie mit gutem Beispiel vorangehen sollen. Dieser Aufgabe ist sich auch die Reichswehr in Wilhelmshaven bewußt, um ihre Leistung hat ein neues Mittel entdeckt, um sich schwächliche Arbeiter vom Hals zu halten. Wie das „Norddeutsche Volksblatt“ berichtet, beschränkt sich die Wehr nicht mehr darauf, den Gesundheitszustand und die politische Reinheit der zur Neu- einstellung kommenden Arbeiter zu prüfen, diese müssen viel- mehr auch einen Beweis für ihre Muskelkraft geben, indem sie mit jedem Arme 40 Pfund frei stemmen. Wer diese Kraftprobe nicht besteht, wird nicht für würdig be- funden, in diesem kaiserlichen Musterbetrieb zu arbeiten. Daß es mit dieser Prüfung durchaus ernst genommen wird, geht daraus hervor, daß kürzlich ein vom Militär Entlassener, der gesund und munter war, vom Arzte als nicht arbeits- fähig abgemiesen wurde, weil er die 40 Pfund links nicht stemmen konnte.

Sedenfalls wird die Privatindustrie nicht zögern, das schöne Beispiel, das ihr gegeben ist, nachzuahmen. Warum sollte sie auch nicht an die körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die sie beschäftigt, die höchsten Anforderungen stellen? Was aus denjenigen wird, welche die Kraftprobe nicht bestehen, braucht sie nicht zu kümmern. „Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind“, Polizei und Staatsanwalt werden sich ihrer dann schon liebevoll annehmen. Ver- hungern braucht ja bei uns niemand, denn bekanntlich mar- schiert Deutschland an der Spitze der Sozialreform, und der soziale Gedanke kommt in den Staatsbetrieben am klarsten zum Ausdruck.

Die „Großeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Konsum- vereine“ in Sauburg hat im laufenden Jahre ihren Um- satz wieder sehr erheblich gesteigert. Sie hatte in der Zeit von Januar bis ultimo September 1905 einen Umsatz von 24.919.878,18 Mk., in der gleichen Zeit des laufenden Jahres aber 29.799.860,24 Mk. Die Steigerung beträgt also die beträchtliche Summe von 4.879.982,11 Mk. Und das beste Geschäftsquartalsjahr hat erst begonnen.

Zur Statistik der Konsumvereine. Nach dem Bericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine gab es zu Anfang dieses Jahres in Deutschland 2100 Konsumvereine mit 1.200.000 Mitgliedern und 294 Millionen Mark Umsatz gegen 2090 Konsumvereine mit 1.100.000 Mitgliedern und 266 Millionen Mark Umsatz anfangs 1905.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Verband des Almanach für das Jahr 1907 hat in voriger Woche begonnen. Bis alle bestellten Sendungen expediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir zu beachten bitten. Der Preis des Almanach beträgt wie seit- her für die Verbandsmitglieder 50 Pf. pro Exemplar. Die Mitglieder in den Zahlstellen müssen ihre Bestellungen baldigst bei den Lokalverwaltungen aufgeben. Einzelmitglieder be- ziehen den Almanach gegen Voreinsendung von 60 Pf. (inklusive Porto) von der Hauptkasse in Stuttgart. Für Nicht- mitglieder beträgt der Preis (nur durch den Buchhandel) 1 Mk. pro Exemplar.

Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Be- stellungen noch im Rückstand sind, wollen dieselben nunmehr umgehend nachholen, damit der Versand ohne Unterbrechung erfolgen kann.

Diejenigen Zahlstellen (insbesondere mit größerer Mit- gliederzahl), welche am 1. Januar 1907 einer neuen Mit- gliederliste bedürfen, ersuchen wir, dieselbe bis zum 1. Dezember bei uns zu bestellen.

Die ausgefüllten Fragebogen zur Statistik über die Arbeitszeit und Lohnhöhe sind spätestens bis 17. No- vember an uns einzusenden. Damit die Bearbeitung der Resultate nicht verzögert wird, richten wir an die Lokal- verwaltungen das dringende Ersuchen, diese Frist nicht zu überschreiten.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokal- verwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mit- glied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die recht- zeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosen- unterstützung.

Wir ersuchen wiederholt, alle Geldsendungen an die Hauptkasse fortan an den neuen Hauptkassierer Friß Rebnig, Adlerstr. 43 in Stuttgart, zu adressieren. Für diejenigen Zahlstellen, welche Anweisung haben, ihre Gelder für die Hauptkasse direkt an die Bank (Allgemeine Renten- anstalt) zu adressieren, kommt vorstehende Adressänderung nicht in Frage.

Nach § 63 des Statuts sind alle an die Mitglieder ge- währten Unterstützungen von dem auszahlenden Kassierer in das Mitgliedsbuch des Empfängers einzutragen. Wir erinnern die Kassierer an diese Vorschrift mit dem Be- merken, daß dieselbe auch für alle aus der Lokalkasse ge- währten Unterstützungen (insbesondere für Lokalgeschenke an Reisende) Geltung hat.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren ge- meldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 53259 Wilh. Spethmann, Tischler, geb. 10. 10. 77 zu Lübeck.
- 157668 Reinh. Herrmann, Tischler, geb. 1. 1. 58 zu Diegnitz.
- 206889 Walter Danfert, Tischler, geb. 10. 5. 73 zu Magdeburg.
- 241982 Daniel Farkas, Tischler, geb. 10. 8. 86 in Ungarn.
- 298021 Otto Schumann, Tischler, geb. 23. 9. 68 zu Reischau.
- 335078 Joh. Jenich, Maschinenarb., geb. 4. 11. 89 zu Herlisbach.

Stuttgart, Wollstraße 47. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen der Gauvorstände.

Gau Chemnitz. Wie bereits in Nr. 42 der „Holzarbeiter- Zeitung“ vom Vorstand mitgeteilt, wurde Kollege August Sieckfeld-Berlin als zweiter Gauvorsteher für den Gau Chem- nitz gewählt. Derselbe hat nunmehr seinen Posten angetreten. Alle für den Gauvorstand bestimmten Zuschriften sind wie bisher an Aug. Thielemann, Chemnitz, Fürstenstr. 50 I, zu richten. F. A.: Aug. Thielemann.

Agitation im Frankfurter Gau.

Einer Aufforderung des Gauvorstehers folgend, unternahm ich im Frankfurter Gau eine längere Agitationstour mit ins- gesamt 29 Versammlungen. Der Anfang in Gießen ließ sich nicht gut an; von 100 Mitgliedern fand ich 38 in der Versammlung vor. Das ist eine Gleichgültigkeit, die um so weniger angebracht ist, als die Arbeitsverhältnisse bei zehn- stündiger Arbeitszeit und 19,50 Mk. Durchschnittslohn so überaus verbesserungsbedürftig sind. Auch in Alsfeld ist die Lage der Holzarbeiter eine sehr traurige. Mit den hier gezahlten Löhnen von 2 bis 3 Mk. pro Tag ist an ein menschenwürdiges Dasein nicht zu denken. Noch ist aller- dings das Häuflein der organisierten Kollegen klein, von 250 Holzarbeitern 43 Mitglieder. Wenn es aber dem Eifer der Zahlstellenverwaltung gelingt, Breche zu legen in diesen Wall des Indifferentismus, wird die Wirkung auf die Ar- beitsverhältnisse sicherlich nicht ausbleiben.

Fechenheim, Mühlheim, Höchst, Offenbach und Rumphenheim liegen mehr oder weniger in der Nähe Frankfurts. Die Mitglieder dieser Zahlstellen arbeiten zum Teil in Frankfurt. Soweit eigene Holzindustrielle vor- handen, versuchen unsere Kollegen mit gutem Erfolg, Frank- furter Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Das Organisations- verhältnis ist hier überall günstig, teilweise geradezu muster- gültig. Wohlthuend berührt auch der Eifer, den man für die politische Organisation der Arbeiter an den Tag legt. In Fechenheim standen die Kollegen gerade im Streit für den 9 1/2 stündigen Arbeitstag und Lohnherhöhung; nach vier- zehntägiger Dauer erzielten sie einen schönen Erfolg. In Höchst hat sich nach Berliner Muster eine moderne Möbel- industrie etabliert. In einer Anzahl Großbetriebe schaffen

etwa 600 bis 700 Kollegen zumeist auf Spezialarbeit. Be- fanntlich tobt dort schon seit Wochen ein heftiger Kampf; Forderung: 9 stündige Arbeitszeit und Erhöhung des Akkord- tarifs. Unsere Kollegen haben bei diesem Streit eine glänzende Disziplin an den Tag gelegt; von 600 Streikenden reisten über 400 ab, die übrigen standen wie die Mauern. Der Arbeitgeberverband scheint hier eine Probe seines Abnehmens ablegen zu wollen, nur dadurch ist der hartnäckige Widerstand der Höchster Möbelfabrikanten zu erklären. Die Stimmung, die ich in der Versammlung vorfand, bürgt mir dafür, daß auch dann, wenn die Kollegen für diesmal den Kampf erfolglos abbrechen sollten, die Unternehmer ihres „Sieges“ nicht froh werden.

Ein eigenartiges Tischlernest ist Kellheim i. L. Jeder zweite Einwohner scheint dort neben der Gantierung mit der Mistgabel auch stumm in der Handhabung des Hobels zu sein. Wir haben dort einen tüchtigen Stamm von etwa 120 Kollegen, die Zahl der Meister und Meisterlöhne ist aber wohl noch größer. Ungefertigt werden zumeist billige fur- nierte Schlafzimmer, die Akkordpreise sind zwischen den Or- ganisationen vertraglich festgelegt. Bei 8 1/2 stündiger Arbeits- zeit werden etwa 22 Mk. im Durchschnitt verdient. Die Versammlung war gut besucht. In Aschaffenburg ist das Bier besser wie das Organisationsverhältnis; noch stehen 50 bis 60 Prozent der Kollegen dem Verband fern. Hoffentlich wird es durch eine rege Werkstattagitation gelingen, die Or- ganisation so zu stärken, daß in absehbarer Zeit an eine günstigere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen gedacht werden kann. Notwendig wäre dies schon. In Spreng- lingen werden wie im benachbarten Neu-Isenburg weiße Möbel in Massen hergestellt für einen erstaunlich billigen Preis. Die Kollegen sind hier fast alle organisiert, sie hätten daher um so weniger Ursache, schlechte Behandlung, Über- stunden und ähnliche Mißstände geduldig zu ertragen. Namentlich die Kollegen bei der Firma Schmidt haben darunter zu leiden; hoffentlich haben sie ihren Vorschlag, da- gegen Front zu machen, wahr gemacht. Der Verdienst schwankt hier bei 10 stündiger Arbeitszeit zwischen 22 bis 24 Mark. In Friedberg (Oberhessen) wird das sonst sehr rege Verbandsleben durch persönliche Zwistigkeiten etwas getrübt. Es ist zu wünschen, daß die Kollegen über diese unleidigen Dinge nichts Wichtigeres vergessen werden. Es wird dann schon gelingen, auch in den Kleinbetrieben die Arbeitsverhältnisse denen der Möbelfabrik gleichzustellen. Wie alle Badeorte bildet auch Homburg v. d. H. ein Bild der schärfsten sozialen Gegensätze. Unerhörter Luxus und namenloses Elend vereint in engbegrenztem Raume. Keine Rede kann aufreizender wirken wie dieser tägliche An- schauungsunterricht. Unsere Kollegen müssen in diesem Kur- ort für Millionäre mit einem Wochenverdienst von 18 bis höch- stens 24 Mk. ein elendes Hungerleben führen. Die Organisation hat sich in letzter Zeit sehr gut entwickelt, und der Besuch der Versammlung war ein ausgereicherter, so daß die besten Hoff- nungen in die Zukunft gesetzt werden können. Der nächste Tag führte mich nach Wiesbaden. Durch starke Organisation gelang es hier, einen für die Kollegen günstigen Vertrag abzuschließen. Die früher 10 stündige Arbeitszeit ist bis zum 1. April 1907 auf 9 Stunden herabgemindert, der Lohn am gleichen Zeitpunkt um 15 Prozent erhöht. Es wird die Aufgabe der Wiesbadener Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß ihnen die Verbesserungen auch wirklich zugute kommen. Jeder einzelne muß sich der Würde seiner Person bewußt sein und mit aller Energie für die Durchführung der Ver- tragsbestimmungen eintreten. Dann können die Wiesbadener Kollegen mit ihrem Erfolg zufrieden sein. Auch in Mainz arbeiten die Kollegen unterm Vertragsverhältnis. Es scheint, als wenn das zu der Anschauung Veranlassung gäbe, man dürfe sich nunmehr bis zum Ablauf des Vertrags die Schlaf- mühe über die Ohren ziehen. Ich hatte hier die misserfolgreichste Versammlung auf der ganzen Tour, von 1100 Mitgliedern waren nicht mehr als 100 erschienen. Hoffentlich werden die Mainzer nicht zu spät aus ihrem Dauerschlaf erwachen.

Dann ging's die rebenbegrenzten Gestade des Rheins ent- lang. In Koblenz alles grau in grau. Eine verzweifelt sehende Konjunktur, Mühsal in der Auswahl früherer Lehrender Bescheidenheit und ähnliches vereint sich hier, um den Rückgang der Zahlstelle herbeizuführen. Von 460 Holzarbeitern sind kaum noch 100 organisiert, 35 waren nur in der Versammlung anwesend. Schwer mag da die Arbeit dem kleinen Stamm tüchtiger Kollegen werden, aber Mut und Ausdauer werden doch zum Ziele führen müssen. Auf Regen folgt Sonnenschein. Auch in Koblenz. Nachdem ich noch einen kleinen Abstecher nach Neuwied gemacht hatte und dort in einer verhältnismäßig gut besuchten Versamm- lung eine kleine Auseinandersetzung mit einigen Christen hatte, führte mich die Bahn durch das reizvolle Moseltal nach Trier. Die Arbeitszeit ist dort sehr ungünstig, 11, 12 und 13 stündige Arbeitszeit bei einem Wochenverdienst von 9 Mk. an bis hinauf zu der schwindelnden Höhe von 24 Mk., doch sollen die letztgenannten Löhne mehr der Sage angehören. Von 400 Holzarbeitern sind gerade 40 organi- siert! Das gibt für die ungünstigen Arbeitsverhältnisse schon einige Erklärung.

Etwas erfreulicher gestaltete sich das Bild in Metz. Über- raschend schnell ist hier in kurzer Zeit eine kräftige Organi- sation aus dem Boden herausgeschossen. Sofort hatte das keine Wirkung auf das Arbeitsverhältnis; die Arbeitszeit, die früher bis zu 13 Stunden betrug, wurde einheitlich auf 10 Stunden reduziert, der Verdienst erheblich erhöht, beides durch Vertrag geregelt. Und das ist erzielt worden ohne Kampf, durch das bloße Ansehen, das eine starke Organi- sation bei den Unternehmern genießt. Diese Leistung der Metzher Kollegen ist um so bewundernswürdiger, als die fremdsprachigen Elemente noch den größeren Teil der Be- wölkerung ausmachen. Den nächsten Tag war ich in Saar- brücken. Hier hofft man durch die Einrichtung einer plan- mäßigen Werkstattagitation und des Vertrauensmänner- systems in absehbarer Zeit die Zahl der Organisierten zu verdoppeln. Der Verdienst beträgt hier bei 10 stündiger Arbeitszeit 42 bis 43 Pf. pro Stunde. In Kaiserslautern ist die Organisation noch sehr ausdehnungsfähig. Von über 1000 Kollegen, die zumeist auf Nähmaschinenmöbel beschäftigt sind, hat der Verband 470 Mitglieder. Der Verdienst ist bei angestrengter Arbeit 32 bis 35 Pf. pro Stunde. Die gut be- suchte Versammlung gestaltete sich sehr interessant durch die Mitwirkung des christlichen Gauvorstehers Erising aus Mannheim. Durch allerlei wirres Gerede über General-

streift, Mannheimer Parteitag usw. versuchte er krampfhaft den Beweis für seine Unwissenheit zu erbringen. Die Geduld der Versammlung hatte ein Ende, als er schließlich auch noch eine Lanze für den Ehren-Tremmel aus Mannheim brach. Ich hatte mir diese christlichen Agitatoren gerissener vorgestellt. In Lambrecht und Neustadt a. S. ausgezeichnete Organisationen, fast bis auf den letzten Mann gehören die Kollegen hier dem Verband an. Die Arbeitsverhältnisse bleiben sich ungefähr gleich: 56 bis 57 stündige Arbeitszeit, 20 bis 24 Mk. Wochenverdienst. In Ludwigshafen hätte die Versammlung besser besucht sein können, etwa 150 Kollegen waren anwesend. Durch Vertrag ist hier die 9 stündige Arbeitszeit und 40 Pf. Minimallohn festgelegt. In Oggersheim war die Versammlung verhältnismäßig gut besucht. Die Kollegen arbeiten fast alle in Ludwigshafen oder Mannheim. In Frankenthal steht die Organisation nach außen hin gut, aber innerlich scheint noch manches faul zu sein im Staate Dänemark. Namentlich dem Überstundenwesen, das sich dort zur dauernden Einrichtung ausgebildet hat, sollte man von Verbänden wegen einmal ganz energisch zu Leibe gehen. Die Versammlung war übrigens sehr gut besucht, was ich von Grünstadt gerade nicht sagen kann. Auch hier sollten die Kollegen das gute Organisationsverhältnis dazu benutzen, ihre Selbstständigkeit gegenüber dem Unternehmer mehr hervorzuführen. In Worms ist nach einer Epoche schneller Entwicklung die Organisation in letzter Zeit wenn nicht zurückgegangen, so doch stabil geblieben. Die Wormser Kollegen haben aber wenig Ursache, sich auf die Bärenhaut zu legen. Die tariflich festgelegten Affordpreise sind so miserabel schlecht, wie ich sie ein zweites Mal nicht angetroffen habe. Sollen nach Ablauf des Vertrages Verbesserungen eintreten, heißt es aber, alle Mann auf dem Posten und der letzte hinein in die Organisation!

Dann sprach ich in Frankfurt a. M. Die Versammlung war gut besucht, allerdings stand die Wahl eines Angestellten zur Tagesordnung. Über diesen Punkt mußte ich zunächst eine Debatte mit anhören, die ihrer verhältnismäßigen Sachlichkeit wegen sehr wohlwollend gegen ähnliche Diskussionen in Berlin abfiel. Die Organisation ist gut, ein günstiger Vertrag abgeschlossen, und mit Erfolg geht man den außenstehenden und widerspenstigen Unternehmern mit Werkstattpreisen zu Leibe. Die letzte Versammlung hatte ich in Marburg. Hier ging ein Streik im Frühjahr nach achtwöchiger Dauer verloren, die Stimmung demgemäß noch etwas pessimistisch. Dazu ist aber gar keine Ursache vorhanden, sind doch trotz der Niederlage die Verdienste schon gestiegen. Die Meister werden sicher einen zweiten „Sieg“ nicht herbeiführen, und wenn nur die Kollegen den Mut nicht sinken lassen, werden sie vielleicht ohne Kampf das erzielen können, was sie beim Streik forderten.

Im allgemeinen habe ich auf dieser Tour ein Bild rührigster Verbändertätigkeit kennen gelernt. In der Mehrzahl der Versammlungsorte waren in der letzten Zeit erfolgreiche Bewegungen abgeschlossen worden. Daß die meisten Bewegungen durch Verträge abgeschlossen wurden, ist ein Zeichen starker Organisation. Der Versammlungsbefuch ließ an einzelnen Orten zu wünschen übrig, trotzdem sie im allgemeinen gut bekannt gemacht wurden. Am schmerzlichsten berührte mich der fast völlige Mangel an — Unorganisierten in den Versammlungen. Wenn aber der Nutzen dieser Touren in der Aufmunterung der anständigen Mitglieder zu vermehrtem Eifer gesucht wird, dann wird auch nach dieser Seite hin ein Erfolg festzustellen sein.

Noch will ich der rührigen Vorarbeit des Gauvorstehers Erwähnung tun, selbst sein Versprechen, für gutes Weiter sorgen zu wollen, hat er in vollem Umfange ausrecht erhalten. Fritz Tarnow-Berlin.

Korrespondenzen.

Burg. (Drechsler.) In einer gutbesuchten Sektionsversammlung der Drechsler nahmen die Kollegen Stellung zu der von den Leipziger Kollegen angeregten Konferenz. In der Diskussion stimmten die Kollegen sämtlich darin überein, daß eine Konferenz von großer Zweckmäßigkeit für die ganze Bewegung der Drechsler sein könnte. Unter anderem wurde behauptet, daß von den gesamten Branchen in unserem Verband die Drechsler in bezug auf Arbeitszeit, Löhne und hauptsächlich vom hygienischen Standpunkt aus am schlechtesten abschließen. Müßten doch die Kollegen mitunter bei elf- bis zwölfstündiger Arbeitszeit in Werkstätten arbeiten, die jeder Beschreibung spotten. Beträgt doch auch das Durchschnittsalter, das unsere Kollegen erreichen, höchstens 35 Jahre, was hauptsächlich den ungeunden Verhältnissen in den Werkstätten zuzuschreiben ist. Die Versammlung begrüßt es deshalb mit Freuden, daß sich endlich eine Bewegung unter den Drechslern bemerkbar macht, welche bezweckt, eine Aussprache zu ermöglichen, welche zur Bessergestaltung unserer Lage dienen soll. Folgende Resolution wurde im Anschluß an die rege Debatte angenommen: „Die heute am 8. November tagende Sektionsversammlung der Drechsler erachtet in Anbetracht der zurzeit in den Drechslereien bestehenden Verhältnisse eine Aussprache auf einer Konferenz dringend erforderlich und erwartet vom Hauptvorstand, daß er diesen berechtigten Wünsche nachkommt und die Zustimmung zur Abhaltung derselben in kürzester Zeit gibt.“

Wiesbaden. (Würstenmacher.) Am 5. November hatte die erst kürzlich gegründete Sektion der Würstenmacher ihre Monatsversammlung. Am regsten wurde die Lohnbewegung dieser Branche in Schöndel und Umgegend diskutiert, wobei den kämpfenden Kollegen volle Sympathie ausgesprochen wurde. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß der Ausgang dieser Bewegung für die ganze Würstenindustrie von Bedeutung ist, wurde ein Antrag angenommen, den dortigen Kollegen aus der Lokalfasse eine Unterstützung von 80 Mk. zu bewilligen. Diesem Antrag wurde in der allgemeinen Holzarbeiterversammlung am 8. November einstimmig stattgegeben. Müchten doch in allen Zahlstellen, wo Würstenmacher organisiert sind, die Kollegen so vorgehen, so wird, dessen sind wir sicher, der Erfolg nicht ausbleiben. Diejenigen Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, erhalten durch den Obmann der Sektion der Würstenmacher bereitwilligste Auskunft. Adresse: Friedrich Köbinger, Wiesbaden, Mühlentierstraße 128, 2. Etage.

Gera. In der am 13. Oktober stattgefundenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle hatte Kollege Schulze unter anderem auch das Anstellungsverfahren bei Besetzung des

zweiten Gauvorsteherpostens für den Gau Chemnitz seitens des Vorstandes und Ausschusses einer scharfen Kritik unterzogen. Seine Ausführungen wie die der Diskussionsredner gipfelten in folgender Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte: „Die heute am 13. Oktober im Gasthaus zum „Ablor“ tagende Mitgliederversammlung legt Protest gegen die Praktiken des Vorstandes und Ausschusses, wie sie bei der Wahl des zweiten Gauvorstehers für den Gau Chemnitz geübt worden sind, ein. Bei Ausschreibung dieser Stellen ist gefordert worden, daß aus den Bewerbungsschreiben bestimmt zu ersehen sein müsse, für welchen Posten sich der betreffende Kollege meldet. Bei Besetzung der Stelle für den Gau Chemnitz ist hierauf kein Bezug genommen worden, indem festgestellt worden ist, daß der erstgewählte Kollege sich für einen anderen Gau gemeldet, auch der zweite Kollege, welcher nach Ablehnung des ersten an diese Stelle gewählt worden ist, sich nicht für diesen Posten gemeldet hatte. In Erwägung dessen war es Pflicht des Vorstandes und Ausschusses, wenn sie keinen von den Bewerbern für diesen Posten wählen und sich deshalb nicht den Vorwurf der Unkorrektheit machen wollten, die Stelle neu auszuschreiben. Ferner muß es im Interesse des Vorstandes und Ausschusses liegen, bei solchen Wahlen korrekt zu verfahren, um kein Mißtrauen in die Reihen der Kollegen zu tragen.“ — Diese Resolution wurde uns mit dem Grücken um Veröffentlichung derselben in der Zeitung überhandt. Wir legten daraufhin den Geraer Kollegen nahe, von der Veröffentlichung des Versammlungsberichtes wie der Resolution abzusehen, da die ganzen Voraussetzungen ihres Protestes nicht zuträfen, wie wir aus unserer genauen Kenntnis der Vorgänge und der Akten feststellen könnten. Denn der eine der in Frage gekommenen Kollegen habe sich ausdrücklich auch um den Gauvorsteherposten in Chemnitz beworben, und der andere Kollege habe sich in seinem Bewerbungsschreiben bereit erklärt, eventuell auch den Chemnitzer Gauvorsteherposten zu bekleiden. Jedenfalls habe der Hauptvorstand und der Ausschuß bei der Gauvorsteherauswahl in Chemnitz durchaus korrekt gehandelt, so daß sich die Veröffentlichung des irigen Protestes durchaus erübrige. Die Geraer Kollegen haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, ihren Protest allem zum Trost zu veröffentlichen, welchem Beschluß wir in vorstehendem nachkommen, nicht weil wir den Geraer Kollegen das Recht einräumen wollen, eine auf durchaus falschen Voraussetzungen fußende Protestaktion der Öffentlichkeit zu unterbreiten, sondern um den Kollegen im Lande draußen an einem Schulfall einmal zu zeigen, welche Zumutungen mitunter an uns herantreten.

Hagen. Die Nummer 43 des „Deutschen Holzarbeiter“, Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes, brachte unter anderem einen Artikel aus Hagen, nach welchem wieder einmal einem armen Christen bitteres Unrecht seitens der Kollegen vom Deutschen Holzarbeiterverband geschehen sein soll. Der Vorfall bei der Firma Böse ist ja bedauerlich. Jedoch bei der bekannten Wahrheitsliebe der Brüder in Christo ist es notwendig, auch von unserer Seite diesen Vorfall näher zu untersuchen. Das christliche Mitglied, um das es sich handelt, ist beileibe nicht der reine Engel, wie er in dem Artikel hingestellt wird. Hat er doch den Kollegen, der mit dem Hammer geworfen hat, bei der Betriebsleitung denunziert, weil derselbe eine Schraubzwinge zerbrochen hatte. Überhaupt soll er in dieser Beziehung sehr leistungsfähig gewesen sein. Dabei suchte er öfters sich in die Gespräche unserer Kollegen zu mischen und diese durch läppische Bemerkungen über Lassaie, Webers Villa, Zeikin usw. zu reizen. So auch bei dem fraglichen Vorfall. Als nämlich der Bischof nach Hagen kam, unterhielten sich einige unserer Kollegen hierüber in anständiger Weise. Das christliche Mitglied rief dazwischen: „Ja, das ist ein ganz anderer Kerl, der ist noch Hausmannskost.“ Natürlich allgemeine Feiterteil. Die Kollegen fragten, woher er denn diese Weisheit habe, er hätte doch wohl dem Bischof noch nicht in den Topf hineingeguckt, es liegt doch in der Natur der Sache, daß ein solcher Mann besser lebt als der Arbeiter. So gab ein Wort das andere. Der junge Gode stieg von der Höhe herab und titulierte den Bischofen, weil er weniger habe, als ein junger Mann usw. Dieser Kollege geriet dadurch ebenfalls in Harnisch und warf einen Hammer nach ihm. Der Christ erwiderte den Vorwurf und hätte einen anderen Kollegen auf ein Haar an den Kopf getroffen. Letzterer setzte hierfür seinem Borne einen Dämpfer auf. Am Abend ging das christliche Mitglied etwas früher aus dem Betrieb, aber nicht, wie in dem Artikel steht, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, sondern um einen solchen herbeizuführen. Denn er hätte doch längst fort sein müssen, weil er früher aus dem Betrieb ging; und zu welchem Zwecke steckte er sich denn einen Meißel ein, wenn er einen Zusammenstoß vermeiden wollte? Also nichts wie Flunkerei, gehörter Artikelschreiber. Daß der Christliche sich selbst schuldig fühlte, geht doch daraus hervor, daß er unseren Kollegen, der ihm den Dämpfer aufsetzte, um Entschuldigung bat. Hiermit hätte die Sache erledigt sein können, denn solche Vorfälle kommen ja schließlich überall einmal vor. Das christliche Fachblatt schreibt natürlich gleich über Terrorismus und Verletzung religiöser Anschauungen. Es scheint zur Aufgabe gewisser Leute zu gehören, solche Zusammenstöße herbeizuführen, um sich dann als die verfolgte Unschuld hinstellen zu können. Die Kollegen sehen es nachgerade ein, daß alle diese Märchen von Terrorismus, Verletzung der religiösen Anschauungen, wie es der Artikelschreiber als ehemaliges Mitglied unseres Verbandes erlebt haben will, nur Vorwände sind, um die Christen dieser gelben Gewerkschaften zu rechtfertigen. Wird doch jede kleine Differenz, die vielleicht einmal zwischen Kollegen stattfindet, seitens der Christen genau registriert und dann ein großes Lamtam geschlagen über sogenannte Verletzung der religiösen Anschauungen. Die freien Gewerkschaften sind doch nicht schuld, daß es so viele Leute gibt, welche die Religion nur als Deckmantel für ihren moralischen Defekt benutzen. Diese sind es auch gewöhnlich, welche am lautesten schreien. Wenn sich über solche Dinge die Kollegen unterhalten, so gibt das den Brüdern in Christo doch kein Recht, solches als Verletzung der religiösen Gefühle anzusehen. Wir verlangen ebenfogut Toleranz für unsere Anschauungen wie die Christen für die ihrige. Nebenbei bemerkt gibt es doch keine Religion, welche unaufrichtiger ist als die katholische. Sind doch bedeutende Männer der Wissenschaft wegen ihrer Anschauung dem Scheiterhaufen verfallen. Also gehörte Brüder in Christo und verehrlicher evangelischer Artikelschreiber, studiert etwas

besser die Geschichte und ihr werdet finden, daß auf eurer Seite keine Veranlassung ist, über Terrorismus zu zetern. Deshalb, Kollegen, laßt euch dadurch nicht beeinflussen, wir haben wahrlich in der heutigen Zeit keine Ursache, über die Religion zu streiten, sondern es bedarf der Einigkeit aller Kollegen, um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Der Unternehmer fragt nicht, ob einer Jude oder Christ oder Heide ist, er weiß ganz gut, daß in wirtschaftlicher Beziehung solche Dinge überflüssig sind und laßt sich ins Fränschen, daß die Kollegen sich in dieser Weise bekämpfen. Ist er es doch, welcher hieraus Nutzen und Vorteil hat. Darum hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, welcher allein die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen vertritt. Und, ihr Kollegen von Hagen, erscheint stets in den Versammlungen, um mitzuraten und mitzutaten im eigenen Interesse und zum Nutzen der allgemeinen, modernen Arbeiterbewegung.

Seide i. Holtz. Am 27. Oktober fand hier eine von 50 Personen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Urban aus Hamburg einen Vortrag hielt über die Entwicklung und die nächsten Aufgaben unseres Verbandes. Der Aufforderung an die Unorganisierten, sich dem Verband anzuschließen, kamen drei Kollegen nach. Die hiesigen Kollegen klagen stets über die teuren Lebensverhältnisse, es hält aber schwer, sie für den Verband zu gewinnen. Es gibt viele Kollegen, hauptsächlich die Hilfsarbeiter in den Holzbearbeitungsfabriken von S. H. Heßler und P. D. Göster, die immer über schlechte Löhne klagen, die sollten endlich zu der Einsicht kommen, daß sie allein mittels des Verbandes eine Besserung ihrer Lage erreichen können. Die Furcht, die sie von dem Beitritt abhält, sollten sie endlich ablegen; ist es doch ihre Arbeitskraft, die den Unternehmern den Betrieb der Fabrik so gewinnbringend gestaltet. Darum, Kollegen aller Branchen, schließt euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an, damit auch eure Lage eine Verbesserung erreicht, die schon lange nötig gewesen wäre.

Königsberg i. Pr. Bei der Lohnbewegung der Tischler im letzten Frühjahr wurde auch der Affordtarif der Firma Bendig einer Revision unterzogen. Herr Bendig hatte im Jahre vorher vor dem Einigungsamt erklärt, mit dem Zintrafretren des neuen Zoltarifs sei er gerne bereit, auf die Löhne einen Aufschlag von 10 Prozent zu gewähren. Um des lieben Friedens willen begnügten die Tischler sich nach langem Verhandeln mit 7 bis 8 Prozent. Beide Teile gaben sich die größte Mühe, den Tarif so verständlich als möglich abzufassen. Trotzdem nun der Werkmester Gronau selbst zugegen war, so ist der Mann doch nicht in der Lage, die Bestimmungen des Tarifs zu begreifen. Fast täglich irrt er sich, natürlich immer zuungunsten der Gesellen. Des öfteren weigert er sich sogar beharrlich, die im Tarif festgesetzten Preise zu zahlen. Einige Beispiele, wie die Tariffälle von diesen Herren eingehalten werden, mögen hier angeführt werden. Das Falzauspucken bei einem 8 Zentimeter breiten Türfutter kostet 8 Pf. Herr Gronau läßt nun Futter ohne Schwelle anfertigen, bringt für die Schwelle 3 Pf. in Abzug und zahlt dann für das Futter großmütig 5 Pf. Zweitens: Das Nachpucken einer Vierfüßlerstäre kostet 22 Pf. Ein Fach Flügeltüren 54 Pf. Herr Gronau gibt nun Flügeltüren als solche nicht in Arbeit. Sondern für ihn ist jeder Flügel eine gewöhnliche Lüre zu 22 Pf. Mitihm kostet ein Fach Flügeltüren nur 44 Pf. Solche und ähnliche unlautere Kniffe könnten wir noch eine ganze Reihe anführen. Wie vereinbaren sich nun die Handlungen des Werkmesters Gronau mit den Worten des Herrn Bendig? Derselbe erklärte bei den diesjährigen Verhandlungen: Ich will nicht haben, daß von dem, was ich zugesagt habe, Ihnen durch irgendwelche Manipulationen etwas wieder genommen wird. Gestützt auf diese Worte, glaubten denn auch unsere Kollegen bei der Fabrikleitung vorfellig werden zu können. Sie wurden angehört und erhielten dann folgenden Rat: Da die Nerven des Herrn Werkmesters nicht normal sind, so mögen die Leute dieses berücksichtigen und ihn schonen. Tatsächlich haben sich auch die Kollegen manchmal gefragt, ob diese oder jene Handlung des Herrn Werkmesters mit den Handlungen eines verständigen Menschen zu vereinbaren sei? Und sie haben auch stets die größte Rücksicht geübt. Merkwürdig ist es aber, daß durch die krankhaften Auffassungen des Herrn Werkmesters den Gesellen immer der Nachteil und Herr Bendig der Vorteil zufällt. Dafür muß die Fabrikleitung sich denn auch erkenntlich zeigen, und sie erteilte daher den Arbeitern den guten Rat, den Herrn Werkmester zu schonen. Der Herr Werkmester hat sich aber noch weitere große Ziele gesteckt. Er will die Werkstätte regulieren. Dieses dünkt er sich in folgender Weise zu erreichen: Demjenigen, welche seine Sprünge nicht anerkennen wollen, denen wird damit gedroht, daß sie der Teufel holen solle; wenn sie ihm noch etmal wegen der Preise kommen. Wer sich aber vor dem Herrn Werkmester seinem Teufel nicht fürchtet und trotzdem das verlangt, was ihm nach dem Tarif zusteht, der wird einfach rausgeschmissen. So sind Kollegen, die 8 und 4 Jahre in diesem Betrieb arbeiteten, und von denen der Werkmester selber sagte, daß es tüchtige Tischler sind, dieserhalb einfach entlassen worden. An den Kollegen wird es liegen, dem Herrn Werkmester diese Art Regulierung abzugewöhnen.

Lahr. Durch den Übertritt der Vergolder hat sich die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle verdoppelt, wir haben aber immer noch keine Veranlassung, auf unseren Vorbeeren auszurufen. Auch die Unternehmer scheinen das Bedürfnis zu fühlen, uns von Zeit zu Zeit ins Gedächtnis zu rufen, daß wir noch nicht stark genug sind, um alle Provokationen gelblich zurückzuweisen. Kürzlich wurde ein eifriges Mitglied unseres Verbandes, welches gleichzeitig auch dem Bildhauerverband angehört, entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Es zeigte sich, aber bald, daß dieser Grund nur vorgeschützt war, denn die übrigen Bildhauer mußten bald nach der Abreise des Gemaleregelten Überstunden machen. Immerhin hat sich der Unternehmer verrechnet, wenn er sich von seinem Schritt den gleichen Erfolg versprach wie im vorigen Jahre, wo infolge der Maßregelung unseres Vertrauensmannes die übrigen Kollegen die Flinte ins Korn warfen und aus dem Verband austraten. Jetzt sind die Kollegen besser geschult, und sie sind eifrig bemüht, den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Daß der Verband keinen Wert hat, wagt jetzt selbst der zurückgebliebenste Arbeiter nicht mehr zu behaupten. Wir wollen deshalb kräftig weiter agitieren. Insbesondere laden wir die noch fern-

Hannover:

„Während der gesunde Geschäftsaufschwung an zahlreichen Stellen eine Lohnerhöhung und damit eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter herbeiführen konnte, hat andererseits die leider eingetretene erhebliche Verteuerung der Lebensmittel diesen Fortschritt wieder aufgehoben.“

Münster i. W.:

„Die Ernährung der Arbeiter entsprach im allgemeinen dem besseren Verdienst nicht, da infolge der hohen Fleischpreise der Fleischgenuss bedeutend eingeschränkt werden mußte.“

Arnsberg:

„Trotz der steigenden Arbeitslöhne kann wohl kaum von einer Besserung in der Lebenshaltung der Arbeiter gesprochen werden, weil fast alle Nahrungsmittel, besonders das Fleisch, erheblich im Preise gestiegen sind.“

Wiesbaden:

„Der Arbeitslohn scheint überall etwas gestiegen zu sein, andererseits ist auch die Lebenshaltung ganz allgemein und vielleicht in noch höherem Grade teurer geworden.“

Koblenz:

„Die Erhöhung der Fleischpreise ist in den ländlichen Kreisen des Bezirkes nicht so von Einfluß gewesen wie anderorts (das heißt in den Städten. Die Red.). Die Verteuerung des Fleisches hat sich vielleicht auch deshalb weniger bemerkbar gemacht, weil die Arbeiter sich vielfach schlecht ernähren und überhaupt wenig oder fast kein Fleisch genießen. So klagt der Arzt einer größeren Lederfabrik darüber, daß in der Regel Kohl und Kartoffeln die Mahlzeit der Arbeiter bildet.“

Essen:

„... Hiernach haben die Arbeitslöhne im Berichtsjahr eine nicht unerhebliche Steigerung erfahren... In Industriezweigen mit niedrigerer Konjunktur war dagegen auch eine Verschlechterung der Löhne zu bemerken. Mit der Verteuerung des Lebensunterhaltes hat die Steigerung der Löhne im allgemeinen nicht Schritt gehalten.“

Nachen:

„In der wirtschaftlichen Lage der Arbeiter ist eine nennenswerte Besserung nicht eingetreten, weil... die Preissteigerung fast aller Lebensmittel, insbesondere des Schweinefleisches, eine erhebliche Mehrausgabe verursachte.“

Soziales Verständnis...! Die „Eblnische Zeitung“, das westdeutsche Unternehmervorgan, macht in letzter Zeit besonders fleißig in Sozialpolitik und Arbeiterfrage. Ihre Kenntnis aller dieser Dinge scheint nicht besonders groß zu sein, das kann man wenigstens aus einem in der Nr. 1178 vom 4. November veröffentlichten Artikel „Wettler in Berlin“ ersehen, in dem es unter anderem heißt:

„Die Zahl der Hausbrotler nimmt laminenartig zu in den ersten Monaten des Jahres gegen Ende des Winters, oder wenn größere Arbeitsstellen und Streiks Hausen von brotlosen Existenz auf's Pflaster werfen. Aus dem Arbeitslosen wird dann unfehlbar in kürzerer oder längerer Zeit ein Pennbruder, der froh ist, wenn er auf den Heuflößen am Engelshafen oder im Humboldtshafen übernachten kann oder zu Duzenden die leeren Laubentolonien bei Rixdorf und Treptow bevölkert. Die Berliner Hausfrau legt um diese Zeit besonders sorgfältig die ihren Besuch aus dem Reich immer so in Erstimmen sehende Sicherheitskette vor die Flurtür.“

In der gesamten sozialpolitischen Presse wurde bisher anerkannt, daß die organisierte Arbeiterschaft, die ja, besonders in Großstädten, allein als Trägerin der Lohnbewegungen in Betracht kommt, die intellektuell und sittlich an höchsten stehenden Arbeiterschichten umschließe. Die „Eblnische Zeitung“ weiß es besser. Für sie ist der organisierte Arbeiter immer noch der schnapende, stehende und verkommene Ströcher, der in den 70er Jahren bei den Sinterwäldern Bauern als der Typus des „roten Bruders“, des Sozialdemokraten galt.

Eine Kraftprobe. Die Staatsbetriebe sind bekanntlich Musterbetriebe, welche der privaten Industrie ein gutes Beispiel vorangehen sollen. Dieser Aufgabe ist sich auch die Reichswerke in Wilhelmshaven bewußt, und ihre Zeitung hat ein neues Mittel entdeckt, um sich schwächliche Arbeiter vom Hals zu halten. Wie das „Norddeutsche Volksblatt“ berichtet, beschränkt sich die Werft nicht mehr darauf, den Gesundheitszustand und die politische Meinung der zu Neueinstellung kommenden Arbeiter zu prüfen, diese müssen vielmehr auch einen Beweis für ihre Muskelkraft geben, indem sie mit jedem Arme 40 Pfund frei stemmen. Wer diese Kraftprobe nicht besteht, wird nicht für würdig befunden, in diesem kaiserlichen Musterbetrieb zu arbeiten. Daß es mit dieser Prüfung durchaus ernst genommen wird, geht daraus hervor, daß kürzlich ein vom Militär Entlassener, der gesund und munter war, vom Arzte als nicht arbeitsfähig abgewiesen wurde, weil er die 40 Pfund links nicht stemmen konnte.

Zedenjans wird die Privatindustrie nicht zögern, das schöne Beispiel, das ihr gegeben ist, nachzuahmen. Warum sollte sie auch nicht an die körperliche Leistungsfähigkeit der Arbeiter, die sie beschäftigt, die höchsten Anforderungen stellen? Was aus demjenigen wird, welche die Kraftprobe nicht bestehen, braucht sie nicht zu kümmern. „Laßt sie betteln gehen, wenn sie hungrig sind“, Polizei und Staatsanwalt werden sich ihrer dann schon liebevoll annehmen. Verhungern braucht ja bei uns niemand, denn bekanntlich marschiert Deutschland an der Spitze der Sozialreform, und der soziale Gedanke kommt in den Staatsbetrieben am klarsten zum Ausdruck.

Die „Großverkaufsgesellschaft Deutscher Konsumvereine“ in Hamburg hat im laufenden Jahre ihren Umsatz wieder sehr erheblich gesteigert. Sie hatte in der Zeit von Januar bis ultimo September 1905 einen Umsatz von 24 919 378,18 Mk., in der gleichen Zeit des laufenden Jahres aber 29 799 360,24 Mk. Die Steigerung beträgt also die beträchtliche Summe von 4 879 982,11 Mk. Und das beste Geschäftsvierteljahr hat erst begonnen.

Zur Statistik der Konsumvereine. Nach dem Bericht des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine gab es zu Anfang dieses Jahres in Deutschland 2100 Konsumvereine mit 1 200 000 Mitgliedern und 294 Millionen Mark Umsatz gegen 2000 Konsumvereine mit 1 100 000 Mitgliedern und 266 Millionen Mark Umsatz anfangs 1905.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachungen des Vorstandes.

Der Verband des Almanach für das Jahr 1907 hat in voriger Woche begonnen. Bis alle bestellten Sendungen expediert sind, vergehen jedoch mehrere Wochen, was wir zu beachten bitten. Der Preis des Almanach beträgt wie bisher für die Verbandsmitglieder 50 Pf. pro Exemplar. Die Mitglieder in den Zahlstellen müssen ihre Bestellungen baldigst bei den Lokalverwaltungen aufgeben. Einzelmitglieder beziehen den Almanach gegen Voreinsendung von 60 Pf. (inklusive Porto) von der Hauptkasse in Stuttgart. Für Nichtmitglieder beträgt der Preis (nur durch den Buchhandel) 1 Mk. pro Exemplar.

Diejenigen Zahlstellenverwaltungen, welche mit ihren Bestellungen noch im Rückstand sind, wollen dieselben nunmehr umgehend nachholen, damit der Versand ohne Unterbrechung erfolgen kann.

Diejenigen Zahlstellen (insbesondere mit größerer Mitgliederzahl), welche am 1. Januar 1907 einer neuen Mitgliederliste bedürfen, ersuchen wir, dieselbe bis zum 1. Dezember bei uns zu bestellen.

Die ausgefüllten Fragebogen zur Statistik über die Arbeitszeit und Lohnhöhe sind spätestens bis 17. November an uns einzusenden. Damit die Bearbeitung der Resultate nicht verzögert wird, richten wir an die Lokalverwaltungen das dringende Ersuchen, diese Frist nicht zu überschreiten.

Arbeitslose Mitglieder haben nach § 28 des Statuts den Eintritt ihrer Arbeitslosigkeit stets sofort bei der Lokalverwaltung zu melden. Im Interesse einer vollständigen Arbeitslosenstatistik liegt es, daß jedes arbeitslose Mitglied, auch wenn nicht unterstützungsberechtigt, die rechtzeitige Meldung nicht versäumt. Bei unterstützungsberechtigten Mitgliedern gilt der Tag der Meldung in allen Fällen als Beginn der Arbeitslosigkeit; nach Ablauf von sieben Tagen nach der Meldung beginnt der Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung.

Wir ersuchen wiederholt, alle Geldsendungen an die Hauptkasse fortan an den neuen Hauptkassierer Fritz König, Adlerstr. 43 in Stuttgart, zu adressieren. Für diejenigen Zahlstellen, welche Anweisung haben, ihre Gelder für die Hauptkasse direkt an die Bank (Allgemeine Rentenanstalt) zu adressieren, kommt vorstehende Adressänderung nicht in Frage.

Nach § 63 des Statuts sind alle an die Mitglieder gewährten Unterstützungen von dem auszahlenden Kassierer in das Mitgliedsbuch des Empfängers einzutragen. Wir erinnern die Kassierer an diese Vorschrift mit dem Bemerkung, daß dieselbe auch für alle aus der Lokalkasse gewährten Unterstützungen (insbesondere für Lokalgeschenke an Reisende) Geltung hat.

Nachstehende Mitgliedsbücher sind als verloren gemeldet und werden hiermit für ungültig erklärt:

- 59259 Wilh. Spethmann, Tischler, geb. 10. 10. 77 zu Lübeck.
- 157668 Reinh. Herrmann, Tischler, geb. 1. 1. 58 zu Siegnitz.
- 206839 Walter Dankert, Tischler, geb. 10. 5. 73 zu Magdeburg.
- 241982 Daniel Farkas, Tischler, geb. 10. 8. 86 in Ungarn.
- 298021 Otto Schummann, Tischler, geb. 23. 9. 68 zu Retschau.
- 335073 Joh. Jenich, Maschinenarb., geb. 4. 11. 89 zu Gerlbach.

Stuttgart, Adlerstraße 43. Der Verbandsvorstand.

Bekanntmachungen des Gauvorstandes.

Gau Chemnitz. Wie bereits in Nr. 42 der „Holzarbeiter-Zeitung“ vom Vorstand mitgeteilt, wurde Kollege August Sieckfeld-Berlin als zweiter Gauvorsteher für den Gau Chemnitz gewählt. Derselbe hat nunmehr seinen Posten angetreten. Alle für den Gauvorstand bestimmten Zuschriften sind wie bisher an Aug. Thielemann, Chemnitz, Fürstenstr. 50 I, zu richten. F. A.: Aug. Thielemann.

Agitation im Frankfurter Gau.

Einer Aufforderung des Gauvorstehers folgend, unternahm ich im Frankfurter Gau eine längere Agitationstour mit insgesamt 29 Versammlungen. Der Anfang in Eisen ließ sich nicht gut an; von 100 Mitgliedern fand ich 38 in der Versammlung vor. Das ist eine Gleichgültigkeit, die um so weniger angebracht ist, als die Arbeitsverhältnisse bei zehnstündiger Arbeitszeit und 19,50 Mk. Durchschnittslohn so überaus verbesserungsbedürftig sind. Auch in Alsfeld ist die Lage der Holzarbeiter eine sehr traurige. Mit den hier gezahlten Löhnen von 2 bis 3 Mk. pro Tag ist an ein menschenwürdiges Dasein nicht zu denken. Noch ist allerdings das Häuflein der organisierten Kollegen klein, von 250 Holzarbeitern 48 Mitglieder. Wenn es aber dem Eifer der Zahlstellenverwaltung gelingt, Breche zu legen in diesen Wall des Indifferentismus, wird die Wirkung auf die Arbeitsverhältnisse sicherlich nicht ausbleiben.

Fechenheim, Mühlheim, Höchst, Offenbach und Rumpenheim liegen mehr oder weniger in der Nähe Frankfurt. Die Mitglieder dieser Zahlstellen arbeiten zum Teil in Frankfurt. Soweit eigene Holzindustrielle vorhanden, versuchen unsere Kollegen mit gutem Erfolg, Frankfurter Arbeitsverhältnisse durchzuführen. Das Organisationsverhältnis ist hier überall günstig, teilweise geradezu muster-gültig. Wohlthuend berührt auch der Eifer, den man für die politische Organisation der Arbeiter an den Tag legt. In Fechenheim standen die Kollegen gerade im Streit für den 9/10stündigen Arbeitstag und Lohnerhöhung; nach vierzehntägiger Dauer erzielten sie einen schönen Erfolg. In Höchst hat sich nach Berliner Muster eine moderne Möbelindustrie etabliert. In einer Anzahl Großbetriebe schaffen

etwa 600 bis 700 Kollegen zumeist auf Spezialarbeit. Bekanntlich tobt dort schon seit Wochen ein heftiger Kampf; Forderung: 9stündige Arbeitszeit und Erhöhung des Akkordtarifs. Unsere Kollegen haben bei diesem Streit eine glänzende Disziplin an den Tag gelegt; von 600 Streikenden reisten über 400 ab, die übrigen standen wie die Mauern. Der Arbeitgeberverband scheint hier eine Probe seines Könnens ablegen zu wollen, nur dadurch ist der hartnäckige Widerstand der Höchstler Möbelfabrikanten zu erklären. Die Stimmung, die ich in der Versammlung vorfand, bürgt mir dafür, daß auch dann, wenn die Kollegen für diesmal den Kampf erfolglos abbrechen sollten, die Unternehmer ihres „Sieges“ nicht froh werden.

Ein eigenartiges Tischlernest ist Kellheim i. L. Jeder zweite Einwohner scheint dort neben der Gantierung mit der Mistgabel auch stumm in der Handhabung des Hobels zu sein. Wir haben dort einen tüchtigen Stamm von etwa 120 Kollegen, die Zahl der Meister und Meisterröhne ist aber wohl noch größer. Ungefertigt werden zumeist billige furnierte Schlafzimmer, die Akkordpreise sind zwischen den Organisationsverträgen festgelegt. Bei 8stündiger Arbeitszeit werden etwa 22 Mk. im Durchschnitt verdient. Die Versammlung war gut besucht. In Aschaffenburg ist das Bier besser wie das Organisationsverhältnis; noch stehen 50 bis 60 Prozent der Kollegen dem Verband fern. Hoffentlich wird es durch eine rege Werkstattagitation gelingen, die Organisation so zu stärken, daß in absehbarer Zeit an eine günstigere Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen gedacht werden kann. Notwendig wäre dies schon. In Sprenglingen werden wie im benachbarten Neu-Isenburg weiße Möbel in Massen hergestellt für einen erstaunlich billigen Preis. Die Kollegen sind hier fast alle organisiert, sie hätten daher um so weniger Ursache, schlechte Behandlung, Überstunden und ähnliche Mißstände geduldig zu ertragen. Namentlich die Kollegen bei der Firma Schmidt haben darunter zu leiden; hoffentlich haben sie ihren Vorgesetzten Front zu machen, wahr gemacht. Der Verdienst schwankt hier bei 10stündiger Arbeitszeit zwischen 22 bis 24 Mark. In Friedberg (Oberhessen) wird das sonst sehr rege Verbandsleben durch persönliche Zwistigkeiten etwas getrübt. Es ist zu wünschen, daß die Kollegen über diese unleidigen Dinge nichts Wichtigeres vergessen werden. Es wird dann schon gelingen, auch in den Kleinbetrieben die Arbeitsverhältnisse denen der Möbelfabrik gleichzustellen. Wie alle Badeorte bildet auch Homburg v. d. H. ein Bild der schärfsten sozialen Gegensätze. Unerhörter Luxus und namenloses Elend vereint in engbegrenztem Raume. Keine Rede kann aufreizender wirken wie dieser tägliche Anschauungsunterricht. Unsere Kollegen müssen in diesem Kurort für Millionäre mit einem Wochenverdienst von 18 bis höchstens 24 Mk. ein elendes Hungerleben führen. Die Organisation hat sich in letzter Zeit sehr gut entwickelt, und der Besuch der Versammlung war ein ausgezeichnete, so daß die besten Hoffnungen in die Zukunft gesetzt werden können. Der nächste Tag führte mich nach Wiesbaden. Durch starke Organisation gelang es hier, einen für die Kollegen günstigen Vertrag abzuschließen. Die früher 10stündige Arbeitszeit ist bis zum 1. April 1907 auf 9 Stunden herabgemindert, der Lohn am gleichen Zeitpunkt um 15 Prozent erhöht. Es wird die Aufgabe der Wiesbadener Kollegen sein, dafür zu sorgen, daß ihnen die Verbesserungen auch wirklich zugute kommen. Jeder einzelne muß sich der Würde seiner Person bewußt sein und mit aller Energie für die Durchführung der Vertragsbestimmungen eintreten. Dann können die Wiesbadener Kollegen mit ihren Erfolgen zufrieden sein. Auch in Mainz arbeiten die Kollegen unterm Vertragsverhältnis. Es scheint, als wenn das zu der Anschauung Veranlassung gäbe, man dürfe sich nunmehr bis zum Ablauf des Vertrags die Schlafmütze über die Ohren ziehen. Ich hatte hier die misérableste Versammlung auf der ganzen Tour, von 1100 Mitgliedern waren nicht mehr als 100 erschienen. Hoffentlich werden die Mainzer nicht zu spät aus ihrem Dauerschlaf erwachen.

Dann ging's die rebenbegrenzten Gestade des Rheins entlang. In Koblenz alles grau in grau. Eine verzweifelt seltsame Konstante Mißverhältnisse in der Auswahl früherer leitender Persönlichkeiten und abgesehen vereintigt sich hier, um den Rückgang der Zahlstelle herbeizuführen. Von 460 Holzarbeitern sind kaum noch 100 organisiert, 35 waren nur in der Versammlung anwesend. Schwer mag da die Arbeit dem kleinen Stamm tüchtiger Kollegen werden, aber Mut und Ausdauer werden doch zum Ziele führen müssen. Auf Regen folgt Sonnenschein. Auch in Koblenz. Nachdem ich noch einen kleinen Abstecher nach Neuwied gemacht hatte und dort in einer verhältnismäßig gut besuchten Versammlung eine kleine Auseinandersetzung mit einigen Christen hatte, führte mich die Bahn durch das reizvolle Moseltal nach Trier. Die Arbeitszeit ist dort sehr ungünstig, 11, 12 und 13stündige Arbeitszeit bei einem Wochenverdienst von 9 Mk. an bis hinauf zu der schwindelnden Höhe von 24 Mk., doch sollen die letztgenannten Löhne mehr der Sage angehören. Von 400 Holzarbeitern sind gerade 40 organisiert! Das gibt für die ungünstigen Arbeitsverhältnisse schon einige Erklärung.

Etwas erfreulicher gestaltete sich das Bild in Metz. Ueber-raschend schnell ist hier in kurzer Zeit eine kräftige Organisation aus dem Boden herausgeschossen. Sofort hatte das seine Wirkung auf das Arbeitsverhältnis; die Arbeitszeit, die früher bis zu 13 Stunden betrug, wurde einheitlich auf 10 Stunden reduziert, der Verdienst erheblich erhöht, beides durch Vertrag geregelt. Und das ist erzielt worden ohne Kampf, durch das bloße Ansehen, das eine starke Organisation bei den Unternehmern genießt. Diese Leistung der Metzger Kollegen ist um so bewundernswürdiger, als die fremdsprachigen Elemente noch den größeren Teil der Bevölkerung ausmachen. Den nächsten Tag war ich in Saarbrücken. Hier hofft man durch die Einrichtung einer planmäßigen Werkstattagitation und des Vertrauensmänner-systems in absehbarer Zeit die Zahl der Organisierten zu verdoppeln. Der Verdienst beträgt hier bei 10stündiger Arbeitszeit 42 bis 43 Pf. pro Stunde. In Kaiserslautern ist die Organisation noch sehr ausdehnungsfähig. Von über 1000 Kollegen, die zumeist auf Nähmaschinenmöbel beschäftigt sind, hat der Verband 470 Mitglieder. Der Verdienst ist bei angestrengter Arbeit 32 bis 35 Pf. pro Stunde. Die gut besuchte Versammlung gestaltete sich sehr interessant durch die Mitwirkung des christlichen Gauvorstehers Erising aus Mannheim. Durch allerlei wirres Gerede über Generaf-

streif, Mannheimer Parteitag usw. versuchte er krampfhaft den Beweis für seine Unwissenheit zu erbringen. Die Geduld der Versammlung hatte ein Ende, als er schließlich auch noch eine Lanze für den Ehren-Tremmel aus Mannheim brach. Ich hatte mir diese christlichen Agitatoren geistiger vorgestellt. In Lambrecht und Neustadt a. S. ausgezeichnete Organisationen, fast bis auf den letzten Mann gehören die Kollegen hier dem Verband an. Die Arbeitsverhältnisse bleiben sich ungefähr gleich: 56 bis 57 stündige Arbeitszeit, 20 bis 24 Mt. Wochenverdienst. In Ludwigshafen hätte die Versammlung besser besucht sein können, etwa 150 Kollegen waren anwesend. Durch Vertrag ist hier die 9 stündige Arbeitszeit und 40 Pf. Minimallohn festgelegt. In Oggersheim war die Versammlung verhältnismäßig gut besucht. Die Kollegen arbeiten fast alle in Ludwigshafen oder Mannheim. In Frankenthal steht die Organisation nach außen hin gut, aber innerlich scheint noch manches faul zu sein im Staate Dänemark. Namentlich dem Überstundenwesen, das sich dort zur dauernden Einrichtung ausgebildet hat, sollte man von Verbänden wegen einmal ganz energisch zu Leibe gehen. Die Versammlung war übrigens sehr gut besucht, was ich von Grünstadt gerade nicht sagen kann. Auch hier sollten die Kollegen das gute Organisationsverhältnis dazu benutzen, ihre Selbstständigkeit gegenüber dem Unternehmer mehr hervorzutreiben. In Worms ist nach einer Epoche schneller Entwicklung die Organisation in letzter Zeit wenn nicht zurückgegangen, so doch stabil geblieben. Die Wormser Kollegen haben aber wenig Ursache, sich auf die Bärenhaut zu legen. Die tariflich festgelegten Akkordpreise sind so miserabel schlecht, wie ich sie ein zweites Mal nicht angetroffen habe. Sollen nach Ablauf des Vertrages Verbesserungen eintreten, heißt es aber, alle Mann auf dem Posten und der letzte hinein in die Organisation!

Dann sprach ich in Frankfurt a. M. Die Versammlung war gut besucht, allerdings stand die Wahl eines Ungeklärten zur Tagesordnung. Über diesen Punkt mußte ich zunächst eine Debatte mit anhören, die ihrer verhältnismäßigen Sachlichkeit wegen sehr wohlwollend gegen ähnliche Diskussionen in Berlin abfiel. Die Organisation ist gut, ein günstiger Vertrag abgeschlossen, und mit Erfolg geht man den außenstehenden und widerspenstigen Unternehmern mit Werksratsrats zu Leibe. Die letzte Versammlung hatte ich in Marburg. Hier ging ein Streik im Frühjahr nach achtwöchiger Dauer verloren, die Stimmung demgemäß noch etwas pessimistisch. Dazu ist aber gar keine Ursache vorhanden, sind doch trotz der Niederlage die Verdienste schon gestiegen. Die Meister werden sicher einen zweiten „Sieg“ nicht herbeiführen, und wenn nur die Kollegen den Mut nicht sinken lassen, werden sie vielleicht ohne Kampf das erzielen können, was sie beim Streik forderten.

Im allgemeinen habe ich auf dieser Tour ein Bild rührigster Verbandstätigkeit kennen gelernt. In der Mehrzahl der Versammlungsorte waren in der letzten Zeit erfolgreiche Bewegungen abgeschlossen worden. Daß die meisten Bewegungen durch Verträge abgeschlossen wurden, ist ein Zeichen starker Organisation. Der Versammlungsbuch ließ an einzelnen Orten zu wünschen übrig, trotzdem sie im allgemeinen gut bekannt gemacht wurden. Am schmerzlichsten berührte mich der fast völlige Mangel an — Unorganisierten in den Versammlungen. Wenn aber der Nutzen dieser Touren in der Aufmunterung der anständigen Mitglieder zu vermehrtem Eifer gesucht wird, dann wird auch nach dieser Seite hin ein Erfolg festzustellen sein.

Noch will ich der rührigen Vorarbeit des Gauvorstehers Erwähnung tun, selbst sein Versprechen, für gutes Wetter sorgen zu wollen, hat er in vollem Umfange aufrecht erhalten. Fritz Larnow-Werlin.

Korrespondenzen.

Burg. (Drechsler.) In einer gutbesuchten Sektionsversammlung der Drechsler nahmen die Kollegen Stellung zu der von den Leipziger Kollegen angeregten Konferenz. In der Diskussion stimmten die Kollegen sämtlich darin überein, daß eine Konferenz von großer Zweckmäßigkeit für die ganze Bewegung der Drechsler sein könnte. Unter anderem wurde behauptet, daß von den gesamten Branchen in unserem Verband die Drechsler in bezug auf Arbeitszeit, Löhne und hauptsächlich vom hygienischen Standpunkt aus am schlechtesten abschließen. Wüßten doch die Kollegen mitunter bei elf- bis zwölfstündiger Arbeitszeit in Werkstätten arbeiten, die jeder Beschreibung spotten. Beträgt doch auch das Durchschnittsalter, das unsere Kollegen erreichen, höchstens 35 Jahre, was hauptsächlich den ungesunden Verhältnissen in den Werkstätten zuzuschreiben ist. Die Versammlung begrüßt es deshalb mit Freude, daß sich endlich eine Bewegung unter den Drechslern bemerkbar macht, welche bezweckt, eine Aussprache zu ermöglichen, welche zur Besserstellung unserer Lage dienen soll. Folgende Resolution wurde im Anschluß an die rege Debatte angenommen: „Die heute am 3. November tagende Sektionsversammlung der Drechsler erachtet in Anbetracht der zurzeit in den Drechslerbetrieben bestehenden Verhältnisse eine Aussprache auf einer Konferenz dringend erforderlich und erwartet vom Hauptvorstand, daß er diesem berechtigten Wunsche nachkommt und die Zustimmung zur Abhaltung derselben in kürzester Zeit gibt.“

Duisburg. (Wurstenmacher.) Am 5. November hatte die erst kürzlich gegründete Sektion der Wurstenmacher ihre Monatsversammlung. Am regsten wurde die Lohnbewegung dieser Branche in Schönheide und Umgegend diskutiert, wobei bei den kämpfenden Kollegen volle Sympathie ausgesprochen wurde. Von dem Gesichtspunkt ausgehend, daß der Ausgang dieser Bewegung für die ganze Wurstenindustrie von Bedeutung ist, wurde ein Antrag angenommen, den dortigen Kollegen aus der Lokalkasse eine Unterstützung von 80 Mt. zu bewilligen. Diesem Antrag wurde in der allgemeinen Holzarbeiterversammlung am 6. November einstimmig stattgegeben. Möchten doch in allen Zahlstellen, wo Wurstenmacher organisiert sind, die Kollegen so vorgehen, so wird, dessen sind wir sicher, der Erfolg nicht ausbleiben. Diejenigen Kollegen, die hier in Arbeit treten wollen, erhalten durch den Obmann der Sektion der Wurstenmacher bereitwillig Auskunft. Adresse: Friedrich Köbinger, Duisburg, Mühlheimerstraße 128, 2. Etage.

Gera. In der am 13. Oktober stattgefundenen Versammlung der hiesigen Zahlstelle hatte Kollege Schulze unter anderem auch das Anstellungsverfahren bei Besetzung des

zweiten Gauvorsteherpostens für den Gau Chemnitz seitens des Vorstandes und Ausschusses einer scharfen Kritik unterzogen. Seine Ausführungen wie die der Diskussionsredner gipfelten in folgender Resolution, die einstimmig zur Annahme gelangte: „Die heute am 13. Oktober im Gasthaus zum „Aoler“ tagende Mitgliederversammlung legt Protest gegen die Praktiken des Vorstandes und Ausschusses, wie sie bei der Wahl des zweiten Gauvorstehers für den Gau Chemnitz geübt worden sind, ein. Bei Ausschreibung dieser Stellen ist gefordert worden, daß aus den Bewerbungsschreibern bestimmt zu ersehen sein müsse, für welchen Posten sich der betreffende Kollege meldet. Bei Besetzung der Stelle für den Gau Chemnitz ist hierauf kein Bezug genommen worden, indem festgestellt worden ist, daß der erlgewählte Kollege sich für einen anderen Gau gemeldet, auch der zweite Kollege, welcher nach Ablehnung des ersten an diese Stelle gewählt worden ist, sich nicht für diesen Posten gemeldet hatte. In Erwägung dessen war es Pflicht des Vorstandes und Ausschusses, wenn sie keinen von den Bewerbern für diesen Posten wählen und sich deshalb nicht den Vorwurf der Unkorrektheit machen wollten, die Stelle neu auszuschreiben. Ferner muß es im Interesse des Vorstandes und Ausschusses liegen, bei solchen Wahlen korrekt zu verfahren, um kein Mißtrauen in die Reihen der Kollegen zu tragen.“ — Diese Resolution wurde uns mit dem Ersuchen um Veröffentlichung derselben in der Zeitung übersandt. Wir legten daraufhin den Geraer Kollegen nahe, von der Veröffentlichung des Versammlungsberichtes wie der Resolution abzusehen, da die ganzen Voraussetzungen ihres Protestes nicht zuträfen, wie wir aus unserer genauen Kenntnis der Vorgänge und der Akten feststellen könnten. Denn der eine der in Frage gekommenen Kollegen habe sich ausdrücklich auch um den Gauvorsteherposten in Chemnitz beworben, und der andere Kollege habe sich in seinem Bewerbungsschreiben bereit erklärt, eventuell auch den Chemnitzer Gauvorsteherposten zu bekleiden. Jedemfalls habe der Hauptvorstand und der Ausschuß bei der Gauvorstehermahl in Chemnitz durchaus korrekt gehandelt, so daß sich die Veröffentlichung des irigen Protestes durchaus erübrige. Die Geraer Kollegen haben in ihrer letzten Versammlung beschlossen, ihren Protest allein zum Trost zu veröffentlichen, welchem Beschluß wir in vorstehendem nachkommen, nicht weil wir den Geraer Kollegen das Recht einräumen wollen, eine auf durchaus falschen Voraussetzungen fußende Protestaktion der Öffentlichkeit zu unterbreiten, sondern um den Kollegen im Lande drauß an einem Schulfall einmal zu zeigen, welche Zumutungen mitunter an uns herantreten.

Hagen. Die Nummer 48 des „Deutschen Holzarbeiter“, Organ des Christlichen Holzarbeiterverbandes, brachte unter anderem einen Artikel aus Hagen, nach welchem wieder einmal einem armen Christen bitteres Unrecht seitens der Kollegen vom Deutschen Holzarbeiterverband geschehen sein soll. Der Vorfall bei der Firma Böse ist ja bedauerlich. Jedoch bei der bekannten Wahrheitsliebe der Brüder in Christo ist es notwendig, auch von unserer Seite diesen Vorfall näher zu untersuchen. Das christliche Mitglied, um das es sich handelt, ist beileibe nicht der reine Engel, wie er in dem Artikel hingestellt wird. Hat er doch den Kollegen, der mit dem Hammer geworfen hat, bei der Betriebsleitung denunziert, weil derselbe eine Schraubzwinge zerbrochen hatte. Ueberhaupt soll er in dieser Beziehung sehr leistungsfähig gewesen sein. Dabei suchte er hiersich in die Gespräche unserer Kollegen zu mischen und diese durch läppische Bemerkungen über Lassaie, Bebel's Villa, Zetkin usw. zu reizen. So auch bei dem fraglichen Vorfall. Als nämlich der Bischof nach Hagen kam, unterhielten sich einige unserer Kollegen hierüber in anständiger Weise. Das christliche Mitglied rief dazwischen: „Ja, das ist ein ganz anderer Kerl, der ist noch Hausmannskost.“ Natürlich allgemeine Heiterkeit. Die Kollegen fragten, woher er denn diese Weisheit habe, er hätte doch wohl dem Bischof noch nicht in den Topf hineingeguckt, es liegt doch in der Natur der Sache, daß ein solcher Mann besser lebt als der Arbeiter. So gab ein Wort das andere. Der ungeheuerliche Vorfall ist natürlich erbschütternd und skandalös. Dieser Kollege geriet dadurch ebenfalls in Harnisch und warf einen Hammer nach ihm. Der Christ erwiderte den Wurf und hätte einen anderen Kollegen auf ein Haar an den Kopf getroffen. Letzterer setzte hierfür seinem Boone einen Dämpfer auf. Am Abend ging das christliche Mitglied etwas früher aus dem Betrieb, aber nicht, wie in dem Artikel steht, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, sondern um einen solchen herbeizuführen. Denn er hätte doch längst fort sein müssen, weil er früher aus dem Betrieb ging; und zu welchem Zwecke besuchte er sich denn einen Meißel ein, wenn er einen Zusammenstoß vermeiden wollte? Also nichts wie Klunkerlei, geehrter Artikelschreiber. Daß der Christliche sich selbst schuldig fühlte, geht doch daraus hervor, daß er unseren Kollegen, der ihm den Dämpfer aufsetzte, um Entschuldigung bat. Hiermit hätte die Sache erledigt sein können, denn solche Vorfälle kommen ja schließlich überall einmal vor. Das christliche Fachblatt schreibt natürlich gleich über Terrorismus und Verletzung religiöser Anschauungen. Es scheint zur Aufgabe gewisser Leute zu gehören, solche Zusammenstöße herbeizuführen, um sich dann als die verfolgte Unschuld hinstellen zu können. Die Kollegen sehen es nachgerade ein, daß alle diese Märchen von Terrorismus, Verletzung der religiösen Anschauungen, wie es der Artikelschreiber als ehemaliges Mitglied unseres Verbandes erlebt haben will, nur Vorwände sind, um die Existenz dieser gelben Gewerkschaften zu rechtfertigen. Wird doch jede kleine Differenz, die vielleicht einmal zwischen Kollegen stattfindet, seitens der Christen genau registriert und dann ein großes Lamtam geschlagen über sogenannte Verletzung der religiösen Anschauungen. Die freien Gewerkschaften sind doch nicht schuld, daß es so viele Leute gibt, welche die Religion nur als Deckmantel für ihren moralischen Defekt benutzen. Diese sind es auch gewöhnlich, welche am lautesten schreien. Wenn sich über solche Dinge die Kollegen unterhalten, so gibt das den Brüdern in Christo doch kein Recht, solches als Verletzung der religiösen Gefühle anzusehen. Wir verlangen ebensogut Toleranz für unsere Anschauungen wie die Christen für die ihrige. Nebenbei bemerkt gibt es doch keine Religion, welche unübersichtlicher ist als die katholische. Sind doch bedeutende Männer der Wissenschaft wegen ihrer Anschauung dem Scheiterhaufen verfallen. Also geehrte Brüder in Christo und verehrlicher evangelischer Artikelschreiber, studiert etwas

besser die Geschichte und ihr werdet finden, daß auf eurer Seite keine Veranlassung ist, über Terrorismus zu zetern. Deshalb, Kollegen, laßt euch dadurch nicht beeinflussen, wir haben wahrlich in der heutigen Zeit keine Ursache, über die Religion zu streiten, sondern es bedarf der Einigkeit aller Kollegen, um eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lage herbeizuführen. Der Unternehmer fragt nicht, ob einer Jude oder Christ oder Heide ist, er weiß ganz gut, daß in wirtschaftlicher Beziehung solche Dinge überflüssig sind und laßt sich ins Fräustchen, daß die Kollegen sich in dieser Weise bekämpfen. Ist er es doch, welcher hieraus Nutzen und Vorteil hat. Darum hinein in den Deutschen Holzarbeiterverband, welcher allein die wirtschaftlichen Interessen der Kollegen vertritt. Und, ihr Kollegen von Hagen, erscheint stets in den Versammlungen, um mitzuraten und mitzutaten im eigenen Interesse und zum Nutzen der allgemeinen, modernen Arbeiterbewegung.

Heide i. Holst. Am 27. Oktober fand hier eine von 50 Personen besuchte öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in welcher Kollege Urban aus Hamburg einen Vortrag hielt über die Entwicklung und die nächsten Aufgaben unseres Verbandes. Der Aufforderung an die Unorganisierten, sich dem Verband anzuschließen, kamen drei Kollegen nach. Die hiesigen Kollegen klagen stets über die teuren Lebensverhältnisse, es hält aber schwer, sie für den Verband zu gewinnen. Es gibt viele Kollegen, hauptsächlich die Hilfsarbeiter in den Holzbearbeitungsfabriken von S. H. Gehlsen und P. D. Göster, die immer über schlechte Löhne klagen, die sollten endlich zu der Einsicht kommen, daß sie allein mittels des Verbandes eine Besserung ihrer Lage erreichen können. Die Furcht, die sie von dem Beitritt abhält, sollten sie endlich ablegen; ist es doch ihre Arbeitskraft, die den Unternehmern den Betrieb der Fabrik so gewinnbringend gestaltet. Darum, Kollegen aller Branchen, schließt euch dem Deutschen Holzarbeiterverband an, damit auch eure Lage eine Verbesserung erreicht, die schon lange nötig gewesen wäre.

Königsberg i. Pr. Bei der Lohnbewegung der Tischler im letzten Frühjahr wurde auch der Akkordtarif der Firma Bendig einer Revision unterzogen. Herr Bendig hatte im Jahre vorher vor dem Einigungsamt erklärt, mit dem Inkrafttreten des neuen Solltarifs sei er gerne bereit, auf die Löhne einen Aufschlag von 10 Prozent zu gewähren. Um des lieben Friedens willen begnügten die Tischler sich nach langem Verhandeln mit 7 bis 8 Prozent. Beide Teile gaben sich die größte Mühe, den Tarif so verständlich als möglich abzufassen. Trotzdem nun der Werkmmeister Gronau selbst zugegen war, so ist der Mann doch nicht in der Lage, die Bestimmungen des Tarifs zu begreifen. Fast täglich irt er sich, natürlich immer zuungunsten der Gesellen. Des öfteren weigert er sich sogar beharrlich, die im Tarif festgesetzten Preise zu zahlen. Einige Beispiele, wie die Tariffätze von diesen Herren eingehalten werden, mögen hier angeführt werden. Das Falzauspuzen bei einem 8 Zentimeter breiten Türfutter kostet 8 Pf. Herr Gronau läßt nun Futter ohne Schwelle anfertigen, bringt für die Schwelle 3 Pf. in Abzug und zählt dann für das Futter großmächtig 5 Pf. Zweitens: Das Nachpuzen einer Vierfüßlerstühle kostet 22 Pf. Ein Fach Flügeltüren 54 Pf. Herr Gronau gibt nun Flügeltüren als solche nicht in Arbeit. Sondern für ihn ist jeder Flügel eine gewöhnliche Türe zu 22 Pf. Mit hin kostet ein Fach Flügeltüren nur 44 Pf. Solche und ähnliche unlautere Kniffe könnten wir noch eine ganze Reihe anführen. Wie vereinbaren sich nun die Handlungen des Werkmmeisters Gronau mit den Worten des Herrn Bendig? Derselbe erklärte bei den diesjährigen Verhandlungen: Ich will nicht haben, daß von dem, was ich zugesagt habe, Ihnen durch irgendwelche Manipulationen etwas wieder genommen wird. Gestützt auf diese Worte, glaubten denn auch unsere Kollegen bei der Fabrikleitung vorfellig werden zu können. Sie wurden angehört und erhielten dann folgenden Rat: Da die Herren des Herrn Werkmmeisters nicht normal sind, so mögen die Leute dieses berücksichtigen und ihn schonen. Tatsächlich haben sich auch die Kollegen manchmal gefragt, ob diese oder jene Handlung des Herrn Werkmmeisters mit den Handlungen eines verständigen Menschen zu vereinbaren sei? Und sie haben auch stets die größte Rücksicht geübt. Merkwürdig ist es aber, daß durch die krankhaften Auffassungen des Herrn Werkmmeisters den Gesellen immer der Nachteil und Herr Bendig der Vorteil zufällt. Dafür muß die Fabrikleitung sich denn auch erkenntlich zeigen, und sie erteilte daher den Arbeitern den guten Rat, den Herrn Werkmmeister zu schonen. Der Herr Werkmmeister hat sich aber noch weitere große Ziele gesteckt. Er will die Werkstätte regulieren. Dieses dünkt er sich in folgender Weise zu erreichen: Denjenigen, welche seine Sprünge nicht anerkennen wollen, denen wird damit gedroht, daß sie der Teufel holen solle, wenn sie ihm noch einmal wegen der Preise kommen. Wer sich aber vor dem Herrn Werkmmeister seinem Teufel nicht fürchtet und trotzdem das verlangt, was ihm nach dem Tarif zusteht, der wird einfach rausgeschmissen. So sind Kollegen, die 8 und 4 Jahre in diesem Betrieb arbeiteten, und von denen der Werkmmeister selber sagte, daß es tüchtige Tischler sind, dieserhalb einfach entlassen worden. An den Kollegen wird es liegen, dem Herrn Werkmmeister diese Art Regulierung abzugewöhnen.

Nahr. Durch den Übertritt der Vergolder hat sich die Mitgliederzahl unserer Zahlstelle verdoppelt, wir haben aber immer noch keine Veranlassung, auf unseren Vorbeeren auszurufen. Auch die Unternehmer scheinen das Bedürfnis zu fühlen, uns von Zeit zu Zeit ins Gedächtnis zu rufen, daß wir noch nicht stark genug sind, um alle Provokationen gelblich zurückzuweisen. Kürzlich wurde ein eifriges Mitglied unseres Verbandes, welches gleichzeitig auch dem Bildhauerverband angehört, entlassen, angeblich wegen Arbeitsmangel. Es zeigte sich aber bald, daß dieser Grund nur vorgeschützt war, denn die übrigen Bildhauer mußten bald nach der Abreise des Gemapregelten Überstunden machen. Immerhin hat sich der Unternehmer verrechnet, wenn er sich von seinem Schritt den gleichen Erfolg versprach wie im vorigen Jahre, wo infolge der Maßregelung unseres Vertrauensmannes die übrigen Kollegen die Flinte ins Korn warfen und aus dem Verband austraten. Jetzt sind die Kollegen besser geschult, und sie sind eifrig bemüht, den letzten Mann der Organisation zuzuführen. Daß der Verband keinen Wert hat, magt jetzt selbst der zurückgebliebenste Arbeiter nicht mehr zu behaupten. Wir wollen deshalb kräftig weiter agitieren. Insbesondere laden wir die noch fern-

stehenden Kollegen für die Sonntag den 18. November in Sulz stattfindende Versammlung ein. Besonders die in der Mapstabfabrik beschäftigten Kollegen müssen wir in diese Versammlung bringen, um auch hier Brosche zu legen. Kollegen, es kommt die Zeit der langen Winterabende, lesst aufmerksam eure Zeitung, besucht fleißig die Versammlungen, zahlt regelmäßig eure Beiträge und seid vor allen Dingen einig! Laßt alle Kleinigkeiten beiseite, denn so wie unsere Organisation in die Weite ging, so muß sie nun in die Tiefe gehen. Nur durch Mitarbeit aller kann etwas Großes geschaffen werden.

Leipzig. In der Mitgliederversammlung vom 6. November wurde das Andenken des verstorbenen Kollegen Schneegas durch Erheben von den Plätzen geehrt. Nach dem sehr interessanten Vortrag des Genossen O. Nöhle über die Kriminalität der Jugend gab Kollege Ehrlich den Kassenbericht vom dritten Quartal, aus welchem in der Hauptsache zu entnehmen ist: Es betrug die Einnahme der Hauptkasse 26 809,66 Mk., die Ausgabe 25 007,54 Mk.; Einnahme der Lokalkasse 52 997,53 Mk., Ausgabe 9900 Mk. Verbleibt ein Kassenbestand am 1. Oktober 43 097,35 Mk. Mitgliederstand am 1. Oktober 4350 männliche, 68 weibliche. Nach dem Bericht der Revisoren, welchen Kollege Suptitz erstattete, wurde dem Kassierer auf Antrag Entlassung erteilt. Hierauf wurde ein Antrag der Verwaltung, betreffs Regelung der Entschädigung für Hilfskassierer, sowie der Lokalverwaltung ohne Debatte angenommen. Unter Verbandsangelegenheiten führt Kollege Gerike aus, daß man aus tatsächlichen Gründen eine Beilegung des Streiks im Polyphon herbeigeführt habe. Es sei aber von seiten der Betriebsleitung, gegenüber den Aussprachen, die Leute, soweit Plätze noch frei sind, wieder einzustellen, eine ziemlich große Auslese gehalten worden. Von 120 Ausständigen sind nur 34 wieder eingestellt und der größte Teil, fast lauter ältere Kollegen, welche schon Jahre im Betrieb tätig waren, ausgesperrt. Wenn nun von Kollegen der Verwaltung die Mitteilung gemacht wurde, daß in einigen Betrieben fürs Polyphonwert Arbeiten angefertigt werden, was man aller Wahrscheinlichkeit nach schon während des Streiks vorbereitet habe, um nach Beendigung mit Woll dampf loszugehen, so habe sich das in zwei Betrieben (Förster und Gille) bestätigt. Grund dessen war es Pflicht der Verwaltung, um die Aussgesperrten nicht noch mehr zu schädigen, alle Verbandskollegen von den Maßnahmen durch ein Flugblatt zu unterrichten. Auf Grund des Flugblattes habe man ein Schreiben von der Direktion der Firma Polyphon erhalten. Selbiges wird verlesen und soll die Antwort als offener Brief in der Presse gegeben werden. Nun ist es aber Tatsache, daß die Kollegen bis auf zehn Mann anstandslos in anderen Betrieben untergebracht sind, und die noch übrigen glaubt man im Laufe der Woche noch unterzubringen. Man halte deshalb weitere Maßnahmen gegenwärtig nicht für notwendig. Weiter habe am heutigen Tage eine Schlichtungskommissionssitzung stattgefunden, in welcher auch gegen die Maßnahmen der Firma Grosch Stellung genommen worden ist. Nach mehrstündiger Auseinandersetzung habe sich die Sache erledigt, indem die Firma Grosch die vertraglichen Bestimmungen protokolllarisch anerkannte. Gleichzeitig muß aber konstatiert werden, daß die Kollegen selbst die Schuld an den schlechten Verhältnissen tragen, indem sie oft nicht den Mut haben, die Tarifbestimmungen allenthalben zu halten. Kollege Gerike teilt noch mit, daß in der letzten Kartellisierung unser Vorschlag, jedes Gewerkschaftsmitglied mit 3 Mk. am Gewerkschaftsbauunternehmen zu beteiligen, angenommen wurde. Hierbei konnten annähernd 49 000 organisierte Arbeiter in Betracht. Eine recht lebhafte Debatte entspann sich über eine Notiz in Nr. 44 der „Holzarbeiter-Zeitung“. Von Kollegen Krüger wurde folgende Resolution eingebracht: „Die Mitgliederversammlung des Deutschen Holzarbeiterverbandes der Zahlstelle Leipzig erklärt sich mit der Stellungnahme der „Leipziger Holzzeitung“ in bezug der Buchdruckerangelegenheiten einverstanden und verurteilt die Schreibweise der „Holzarbeiter-Zeitung“ in Nr. 44.“ An der Diskussion für Annahme der Resolution beteiligten sich die Kollegen Bernd, Man, Schröder, Dommiger, Schmidt, Jehring, Heilmann. Gegen diese Idee sprachen die Kollegen Gerike und Gerike, die darauf hinwiesen, daß man nicht bei jeder Differenz durch eine Protestresolution die Meinung der Debatte unterbinden könne. Die Annahme erfolgte gegen wenige Stimmen.

München. Herr A. Bauer, Bürstenfabrikant hier, suchte durch das Arbeitsamt drei Bürstenmacher. Als anfangs Oktober ein Kollege aus der Schweiz zureiste, wurde er vom Arbeitsamt zu dieser Firma geschickt, aber von derselben nicht eingestellt. Herr Bauer äußerte anderen Personen gegenüber, er stelle Knudler nicht ein und wenn ihm das Geschäft zum Hause hinausläufe! Nachdem ihm dann mitgeteilt wurde, daß der Betreffende bei der Firma J. G. Roth Arbeit erhalten habe, geriet Herr Bauer außer sich und beging die Ungehörlichkeit, zu verraten, die hiesigen Fabrikanten hätten sich doch zusammengenommen und beschlossen, diesen Pözer nicht zu beschäftigen. Die Firma Roth wurde wahrscheinlich auf den gefassten Beschluß aufmerksam gemacht, denn dem Kollegen wurde wirklich nach einigen Tagen gekündigt mit der Ausrede, es sei zu wenig Arbeit vorhanden. (1) Bei der Firma G. L. Sterkel, wo der Kollege nachher um Arbeit anfragte, wurde ihm gesagt, für ihn gebe es keine Arbeit. Der Grund zum vereinten Vorgehen dieser Herren ist vermutlich darin zu suchen, daß der betreffende Kollege im Mai dieses Jahres bei der Sektion der Bürsten- und Pinselmacher einen Vortrag gehalten hat. Dieser Vortrag beweist wieder, daß, wenn es sich um Maßregelung eines Arbeiters handelt, die Fabrikanten ein Herz und eine Seele sind. Da erkennt man recht deutlich die Arbeiterfeindschaft dieser Fabrikanten. Wir möchten deshalb an die Kollegen und Kolleginnen an Platte den Appell richten, sich in Masse zu organisieren, damit auch wir einig sind und solche Fälle nicht mehr passieren können.

Stettin. (Drechsler.) Am 2. November tagte unsere regelmäßige Sektionsversammlung. Kollege Schenker hielt einen Vortrag über „Organisation und Agitation“, in welchem er besonders die Fach- und Berufsorganisationen der Holzarbeiterverband angeschlossenen Berufe den Kollegen vor Augen führte. Er sagte, daß mehr wie bisher für die Drechsler getan werden müsse. Allerdings sei nicht nötig, ein emagrierter Befürworter einer Konferenz zu sein, man könne auch andere Wege gehen, um schließlich doch zum Ziele zu gelangen. Am Schlusse seiner Ausführungen empfahl

er folgende Resolution zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Sektion der Drechsler Stettins ersucht den Hauptvorstand, unverzüglich Schritte einzuleiten zwecks einer breiteren Agitation unter den Drechslern Deutschlands. Als erste Aufgabe hierzu schlägt die Versammlung die Einrichtung einer Zentralkommission der Drechsler innerhalb des Holzarbeiterverbandes vor. Dieselbe hat für Herstellung und Aufrechterhaltung der engeren Verbindung unter den Kollegen respektive Sektionen Sorge zu tragen. Die Kommission muß ferner sämtliches vorhandene Material von agitatorischem Werte aus der Branche sammeln und baldmöglichst zu einer Agitationschrift verarbeiten. Die Kommission untersteht der Kontrolle des Hauptvorstandes. Schließlich gibt die Versammlung ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß, falls es auf dieser Grundlage nicht möglich ist, die Agitation planmäßig einzuleiten und zu entfalten, die Zentraleitung die Zustimmung zu einer schon vielfach angeregten Konferenz geben möge. Hier kann das vorhandene Material und die Meinungen über den einzuschlagenden Weg bei der Agitation einer fruchtbringenden Klärung unterzogen werden.“ Eine besondere Aussprache über den Vortrag fand nicht statt und wurde die Resolution dann einstimmig angenommen.

Werdau. In allen Industrieorten macht sich ein gewaltiges Rämpfen und Ringen der Arbeiter zur Erzielung einer besseren Lebenshaltung bemerklich. Je rückständiger und einseitiger nun eine Betriebsverwaltung sich ihren Arbeitern gegenüber zeigt, um so härter und schwerer werden die Kämpfe. Dieser Kampf kann aber auch ein langjähriger, schleicher sein, bei welchem die Arbeiter alle Mittel anwenden, um ein geregeltes Verhältnis zu schaffen. In diesem Stadium befinden sich die Arbeiter der Sächsischen Waggonfabrik Leubnitz-Werdau, vor allem aber die Stellmacher und Tischler. Wir sind nicht imstande, nur annähernd die Vorkommnisse innerhalb des sechs- bis achtjährigen Kampfes in dieser Zeitung zu schildern. Entlassungen, Maßregelungen, Lohnabzüge, Strafen, kurzum alle Register sind in dieser Waggonfabrik gegen unsere Kollegen gezogen worden, und niemals konnten sich unsere Kollegen zu einem entscheidenden Schlage gegen ihre Unterdrücker aufraffen. Der vielfache Wechsel in der Betriebsleitung sowie der Meister in der Holzarbeiterbranche und der damit verbundene Zuzug fremder Arbeiter ließ die Kollegen nicht zur Ruhe und Entfaltung kommen. Die Stellmacher, welche viel mit Farbe zu tun haben, wünschen sich schon seit Jahren Gelegenheit zum Waschen; vor Jahresfrist wurde die schleunige Erfüllung dieses Wunsches versprochen, und heute warten wir trotz mehrmaligen Bitten noch vergebens. Die Arbeitszeit war bis vor kurzem noch 11 Stunden, doch der jetzige Zehn- stundentag scheint nur eine provisorische Einrichtung zu sein. Auch der Lohnausfall ist nicht ergänzt worden, die Kollegen sind infolgedessen nicht in der Lage, ihren alten Lohn zu verdienen, selbst die Akkordarbeiter sind in gleicher Lage, da seit geraumer Zeit Arbeitsmangel vorherrscht ist. Drei Kollegen wurden entlassen, weil sie die Zeit bezahlt verlangten, in der sie keine Arbeit hatten. Wird der Meister um Arbeit gefragt, giebt's zur Antwort: Na, ich trage die Arbeit nicht in der Tasche herum, oder, gehen Sie einsteilen nach Hause. Verlangt einer Urlaub, bekommt er aber auch keinen. Trotzdem sucht man in auswärtigen Blättern für genannte Firma immer Leute. Auch wurde vor kurzem ein Arbeiterfest für sämtliche Arbeiter genannter Fabrik abgehalten, wozu die Holzarbeiter von Anfang an nicht zu haben waren, doch hat man es auf bekannte Art und Weise verstanden, dieselben dafür zu gewinnen. Bei dieser Gelegenheit kam auch der Arbeiterwohlhabend zur Geltung, indem ein Arbeiterunterstützungsfonds gegründet wurde. Unsere Kollegen, welche Lohnzulage forderten und darauf hinwiesen, daß eine Familie mit 28 bis 30 Mk. in 14 Tagen jetzt nicht existieren könne, wurde dieser Unterstützungsfonds vorgehalten, davon können sie nun leben. Wir bitten die Kollegen nochmals, den Zuzug von Stellmachern und Tischlern nach genannter Waggonfabrik fernzuhalten. Aber auch wir wollen diesmal kämpfen, selbst auf die Gefahr hin, daß wir Werdau verlassen müssen.

Berlin. (Über den „Wohlfühl- und Mut“.) So kann man sagen, wenn man sich das gegenwärtige Treiben unserer Kollegen betrachtet. Es ist ein Jammer, wenn man die gähnende Leere der Versammlungen sieht; was war noch vor nicht allzu langer Zeit für ein Leben, und jetzt? Von zirka 65 Mitgliedern höchstens 10 bis 12 Mann in den Versammlungen, auch noch weniger, so daß schließlich gar keine Versammlung stattfinden kann. Woran liegt das? An der Leitung doch gewiß nicht, denn die ist zu jeder Zeit auf dem Posten. Uns dünkt, man froßt dem Verband wegen dem in diesem Sommer vermeintlich verloren gegangenen Streik der Tischler. Ja, aber ist er denn überhaupt verloren gegangen? Haben denn die Kollegen in dem zwölf Wochen langen Kampfe wirklich nichts weiter gelernt, als blöde und stupid die Situation zu betrachten und nicht zu sehen, was um sie her vorgeht? Denn für uns ist ein aufgehobener Streik noch lange kein verlorener; und der unsrige erst recht nicht, denn wir haben alle Ursache, zufrieden zu sein. Sieht es auch nach außen hin aus, als hätten wir nichts errungen, so sieht doch jeder, der sehen will, was für einen Erfolg wir zu verzeichnen haben. Man muß bedenken, der Streik ist bedingungslos abgebrochen, und dennoch ist zum großen Teile eine beträchtliche Lohnerhöhung eingetreten. Auch der moralische Erfolg ist nicht minder hoch genug anzuschlagen. Außerten doch verschiedene Meister, sie machen keinen Streik mehr mit, und warum — ist leicht zu erraten. Aber dies, an dem lag's denn, daß der Streik abgebrochen werden mußte? Jedenfalls nicht am Verband, auch nicht an der Hartnäckigkeit der Kräuter, nein, nur an euch, Kollegen, lag die Schuld; hättet ihr das nötige Rückgrat gezeigt, das in einem solchen Kampfe unbedingt notwendig ist; es hätte mit dem Teufel zugehen müssen, wenn wir nicht siegen sollten. Nun, das ist vorbei. Eure Pflicht ist es nun, befreit zu sein, die begangenen Fehler wieder gut zu machen und neue zu verhüten, und das könnt ihr am besten, wenn ihr regelmäßig die Versammlungen besucht, mit euren Kollegen gemeinsam die Schlage beratet und nicht persönlich ansetzt. Auf denn, Kollegen, beherzigt diese Worte, laßt sie nicht ungehört verschallen, nutzt die gegenwärtige Situation, sie ist günstiger, als ihr meint, agitiert und werbt für den Verband unablässig, bis auch der letzte uns angehört, denn in ihm nur allein sind wir imstande, uns bessere Lebensbedingungen zu erkämpfen. Eure heiligste

Aufgabe muß es sein, dafür zu sorgen, daß die Zeit nicht zu lange hinausgeschoben wird, wo wir in der Lage sind, den Kampf da wieder aufzunehmen, wo wir ihn abgebrochen haben, um unsere Forderungen und noch einiges mehr voll und ganz zur Anerkennung zu bringen. Am Dienstag den 13. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Fürst Blücher“, Wegeberg 6, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung statt, in der Kollege Schnabel-Halle referieren wird. Kollegen, diese Versammlung muß eine imposante werden. Niemand komme allein, sondern bringe, was einigermaßen mitzubringen ist, mit.

Unsere Lohnbewegung.

Warnung vor Zuzug!

Alle Mitteilungen über Differenzen, welche zur Sperrung eines Ortes oder einzelner Betriebe für Verbandsmitglieder Anlaß geben, sind an den Verbandsvorstand zu adressieren. Sie müssen hinreichend begründet und von der Zahlstellenverwaltung durch Unterschrift und Stempel beglaubigt sein.

- Zuzug ist fernzuhalten von:
- Tischlern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Berlin (Dhmann), Braunschweig, Danzig, Oberstadt bei Darmstadt, Halberstadt, Höchst am Main, Kattowitz (Grünfeld), Lübeck, Magdeburg (Mundlos & Co.), Nordseebad Juist, Schlüchtern, Solingen (Fischer), Weinheim (Schaab), Wilhelmshaven, Jülich;
 - Tischlern und Klavierarbeitern nach Berlin (Bell & Cie.), Diegnitz (Spornagel), Schwertin (Hospianofortefabrik Gebr. Bergina), Stuttgart;
 - Tischlern, Drechslern, Polierern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Lauterbach, Leipzig (Polyphonwerke), Lübeck, Pyramont;
 - Stuhl- und Sofaarbeitern, Tischlern, Polierern, Drechslern, Bildhauern, Maschinen- und Hilfsarbeitern nach Blomberg, Geringswalde, Hartha, Leisnig, Schweifershain, Waldheim;
 - Parquetbodenlegern nach Lübeck;
 - Drechslern nach Berlin (Walter, Skanie, Panitsch);
 - Darngummidrechslern nach Berlin, Ebn-Mülheim;
 - Kammachern nach Berlin, Kreuznach (Arheid & Levita, Gebr. Scheben), Michelstadt i. Odenwald;
 - Büstenmachern nach Berlin (Jnnungsnachweis), Schönheide, Zwickau (Reichsering);
 - Pantinenmachern nach Wittstock;
 - Knopfmachern und Besenmacherarbeitern nach Berlin;
 - Modelltischlern nach Dortmund (Reich);
 - Vergoldern nach Lauterbach, Budapest.

Gr. Dreiviertel Jahre dauert der Streik

unserer Kollegen in Lübeck schon jetzt, ohne daß ein Ende desselben abzusehen wäre. Solch eigenartige Wandlungen, wie sie dieser Kampf durchmachte, haben wir bisher noch bei keiner Lohnbewegung beobachtet. Vor rund vier Jahren wurde ein Vertrag zwischen der Lübecker Tischlerinnung und dem Gesellenauschuß abgeschlossen, welcher bis zum 1. April dieses Jahres lief. Die 9 1/2 stündige Arbeitszeit war bereits im Jahre 1897 in Lübeck durchgeführt und rechneten unsere Kollegen damit, den Neunstundentag in diesem Jahre auf friedlichem Wege zu erreichen. Dieser Hoffnung konnte man sich um so mehr hingeben, als in den norddeutschen Städten der gleichen Größe diese Arbeitszeit durchgeführt ist. Wenn je, so sind hier die Erwartungen in die Einsicht der Unternehmer unberechtigt gewesen. Schon im Januar verhandelte die Firma Demuth & Co. ein Schreiben an ihre Kundschaft, worin gesagt wird, daß „aller Voraussicht nach in diesem Frühjahr ein Lohnkampf im Tischlergewerbe entbrennen wird, da Forderungen zu erwarten sind, die für Industrie und Gewerbetreibende unerschwinglich sind“. Im Anschluß daran wurde darum ersucht, die „Ordres für die Frühjahrssaison zu baldiger Lieferung auszugeben“.

Man mußte also schon im Januar, daß „unerfüllbare Forderungen“ beim Ablauf des Vertrags gestellt werden würden, und arbeitete darum mit Hochdruck, um die Bestimmungen zu erledigen. Nachdem das Zirkular der Firma Demuth unseren Kollegen bekannt war, wurden den vier Möbelfabriken, welche der Innung nicht angehörten, die Forderungen sofort überreicht. Jetzt erschien der Obermeister der Innung auf dem Plane und schrieb dem Gesellenauschuß, „daß die Inhaber dieser Firmen seit kurzer Zeit Mitglied der Innung“ seien. Dieses war blauer Dunst, von dem sich unsere Kollegen nicht unnebeln ließen. Als die Forderungen nicht bewilligt wurden, stellten am 19. Februar die Kollegen der Firmen Finze & Stech, Demuth & Co., Wassertradt und Ad. Heß insgesamt 181 Mann, die Arbeit ein.

Bei den Verhandlungen, die jetzt von der Innung eingeleitet wurden, erklärten die Möbelfabrikanten, den Neunstundentag wegen der „Konkurrenz“ nicht bewilligen zu können. Denselben Einwurf hatte man auch im Jahre 1897 bei Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit gemacht. Trotzdem hat sich dieser Zeit die Möbelindustrie in Lübeck besonders gut entwickelt. Zum Beispiel beschäftigt heute die Firma Stech 100 Kollegen, während sie 1897 nur sieben Arbeiter beschäftigte. Ähnlich liegen die Verhältnisse auch bei den übrigen Firmen. Seitens der Bauschlermeister wurde erklärt, man könne vor dem Jahre 1908 in eine Verkürzung der Arbeitszeit nicht willigen. „Wenn dann im Baugewerbe der Neunstundentag eingeführt werde, würden auch unsere Kollegen diesen zugestanden erhalten!“

Bekanntlich plant man seitens der Arbeitgeberverbände im Jahre 1908 einen großen Überlaß an den Arbeiterorganisationen des Baugewerbes. Der Vertrag der Bauarbeiter Lübecks läuft bis zum 1. April 1908.

Da eine Einigung über die Verkürzung der Arbeitszeit wegen der Halsstarrigkeit der Arbeitgeber nicht zu erzielen

war, wurden die Verhandlungen resultatlos abgebrochen, und so kam es dann am 1. April zur Arbeitseinstellung im gesamten Tischlergewerbe. Wie fast überall an der „Wasserkante“ übernahm bei den Tischlermeistern der Arbeitgeberverband für das Baugewerbe die „Leitung“ der Bewegung. Auch Tischlermeister anderer Städte haben schon erfahren, daß es unter Umständen ratsamer ist, sich dem Teufel zu verschreiben als den brutalen Machthabern des Baugewerbes. So geht es auch in Lübeck. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes kommandierte und die armen Tischlermeister mußten gehorchen. Ja, mit krummen Rücken mußten sie sogar noch in „Begeisterung“ machen. So konnte man in den bürgerlichen Blättern von Lübeck immer wieder lesen, daß die Tischlermeister in ihren Versammlungen den Rednern „zujubelten“, die zum „Aushalten“ ermahnten. Dabei gibt es in Lübeck eine ganze Reihe Tischlermeister, die der Lohnkommission klagen, „ich kann nicht bewilligen, so gern ich es möchte, sonst bin ich ein ruinierter Mensch“, oder „der Arbeitgeberverband hat mich vollständig in den Klauen, und dieser erlaubt es nicht, daß ich bewillige!“

Ja, ihr Tischlermeister, wenn man „quer geschriebe“ hat, hilft kein Mundspitzen, da muß gepfliffen werden, auf Befehl des Vorstandes vom Arbeitgeberverband! Mit den schafelsten Mitteln wurde den Arbeitgebern, welche bewilligt hatten, Kredit, Material und Lieferung von Maschinenarbeit abgeschritten. Zwei Tischlermeister versuchten ihr Heil beim Gericht und suchten eine „einstweilige Verfügung“ zu erwirken, die dem Arbeitgeberverband es unmöglich machen sollte, diesen Terrorismus auszuüben. Das Gericht erklärte die einstweilige Verfügung für gegenstandslos, „weil ein Meister, der auch bewilligt hat, ja für die übrigen Meister die Maschinenarbeit liefern könne, da er ja Maschinen habe — Holz und Material könne man von auswärts, wenn auch mit großen Kosten, beschaffen.“

Besonders trüb ist der Fall des Tischlermeisters Alwert. Dieser fing lange vor Beginn des Streiks mit dem Bau einer neuen Fabrik an. Als diese fertig war, stellte er eine größere Anzahl Arbeiter zu den neuen Bedingungen ein. Die Macher vom Arbeitgeberverband hekten nun seine Gläubiger auf ihn. Von Entrüstung voll erklärte nun A. seinen Arbeitern: „Ich muß sie leider wieder entlassen, es ist mir unmöglich, daß ich meine sämtlichen Gläubiger sofort bar bezahlen kann!“

Raum hatten aber unsere Kollegen die Werkstatt verlassen, da erschienen die „Sölden“ des Arbeitgeberverbandes. Material und Maschinen wurden notariell aufgenommen und auf den Arbeitgeberverband überschrieben. Jetzt muß auch A. in Begeisterung für den „schützenden“ Arbeitgeberverband machen, ob er will oder nicht.

Eine eigentümliche Rolle spielt beim gegenwärtigen Kampfe der Obermeister der Innung, Rosenquist. Im Jahre 1889 erließ er bei Beginn des Streiks nachstehendes Inzerat in den Lübecker Blättern: „Da ich mich mit den Gesellen geneigt habe, bin ich in der Lage, jegliche Tischlerarbeit in kürzester Frist zu liefern.“ Zur Zeit der Verhandlungen im Jahre 1903 erklärte er einem Mitglied der Lohnkommission: „Die Innung hat jedes weitere Entgegenkommen, sogar die neunstündige Arbeitszeit für die Wintermonate abgelehnt, obwohl ich dafür eingetreten bin. Sehen Sie sich jetzt gehörig auf die Hinterbeine, auf mich können Sie rechnen.“

Damals war Rosenquist noch nicht Obermeister der Innung. Böse Zungen behaupten, daß er nur in Opposition gegen den damaligen Innungsvorstand machte, um bald an dessen Stelle zu kommen. Mag dem nun sein, wie ihm wolle, heute erklärt Herr Rosenquist: „das Gewerbe ist nicht konkurrenzfähig, wenn die neunstündige Arbeitszeit eingeführt wird.“

Unsere Kollegen richteten sich von Anfang an auf einen längeren Kampf ein. Die lebigen Kollegen mußten Lübeck sofort verlassen. Eine größere Anzahl Verheirateter folgte diesem Beispiel recht bald. Die Arbeitgeber versuchten die Einstellung unserer streikenden Kollegen in den umliegenden Städten zu hintertreiben, doch wurden diese gern eingestellt. In Hamburg, Kiel, Hannover, Bremen usw. wurden mehr Arbeitskräfte verlangt, als unsere Lübecker Zahlstelle abgeben konnte. Die Arbeitgeber drohten mit Einstellung von christlichen und Hirsch-Dunderschen Streikbrechern, haben auch zwei von der ersten Sorte erwischt, doch nehmen wir an, daß es ohne Wissen der Organisationsleitung geschehen ist. Die Beute der Arbeitgeber war also recht gering. Die hanseatische Polizei sorgte natürlich in ausgiebigster Weise für „Ordnung“ und die Gerichte leisteten Beistand. Darüber wird später noch einiges zu sagen sein.

Die Innungsmeister wurden durch „Ehrenwort“ verpflichtet, „alle Beschlüsse der Innung, die sich auf den Streik beziehen, unweigerlich in allen Punkten anzuerkennen und ihnen nachzukommen.“

Mitte Juni wurden vom Gauvorsteher, Kollegen Köhse, Verhandlungen angebahnt, auch fand eine Besprechung statt, an welcher Kollege Becker teilnahm. Letzterem gegenüber erklärte der Vorstand des Arbeitgeberverbandes, daß man zur Einigung bereit sei, wenn die Arbeiter den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber anerkennen würden und auf die Verkürzung der Arbeitszeit verzichteten. Die Antwort, welche die Herren erhielten, war recht deutlich, nämlich, daß der Holzarbeiterverband den Unternehmerarbeitsnachweis nie anerkennen würde und für den Verzicht auf die Verkürzung der Arbeitszeit liege kein Grund vor.

Am 9. August wurde im Beisein der Kollegen Klop und Neumann der Streik aufgehoben. Die bürgerlichen Blätter juchzten: „Die streikenden Gesellen bekamen, wie man hört, seit dem 1. August keine Unterstützung mehr aus der Streik-

kasse, so blieb ihnen nichts anderes übrig, als zu kapitulieren. Die Geschichte dieses letzten großen Lübecker Streiks ist sehr lehrreich für Arbeitgeber wie für Arbeitnehmer.“

Die Arbeitgeber erklärten, ohne Vertrag mit dem Holzarbeiterverband keinen Gesellen einzustellen, und legten einen Vertragsentwurf vor, der gegen die bisherigen Verhältnisse erhebliche Verschlechterungen enthielt.

„Der Lohn für Tischler sollte 48 Pf. betragen, für Drechsler, Maschinenarbeiter, Stellmacher usw. sollte derselbe nach freier Vereinbarung gezahlt werden. Die Arbeitszeit in Maschinenbetrieben sollte 10, in den anderen Betrieben 9 1/2 Stunden betragen. Akkordarbeit, die bisher nicht stattfand, sollte eingeführt und 90 Prozent des Lohnes garantiert werden. Die Arbeiter sollten eine Kautions von 21 Mk. für Werkzeug und verdorbene Arbeit hinterlegen. Streitigkeiten sollte der Vorsitzende des Verbandes der Arbeitgeber schlichten. Die Einstellung von Arbeitskräften sollte nur durch den Arbeitsnachweis der Arbeitgeber geschehen.“

Unsere Kollegen lehnten dieses Nachwerk von Vertrag rundweg ab, erklärten sich aber bereit, ohne Vertrag die Arbeit aufzunehmen. Da hierfür die Meister nicht zu haben waren, wurde der Kampf weiter geführt. Die Arbeitgeber holten nun zu einem gewaltigen „Schlage“ aus. In obererschlesischen Blättern erschienen Inzerate der Lübecker Unternehmerorganisation, durch welche Tischlergesellen in größerer Anzahl bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit, Lohn 45 Pf. pro Stunde, Überstunden 25 Prozent Zuschlag, bei dreimonatigem Kontrakt, Reisevergütung sofort gesucht wurden. Dabei hieß es stets: Mitglieder des Hirsch-Dunderschen Vereins bevorzugt.

Neben den „Christen“, auf die man früher gebaut hatte, rechnete man jetzt auf die Streikbrecherhilfe der „Hirsche“. In Ratibor erwischte man auch fünf Mann, die aber nur den Geldbeutel der Tischlermeister kräftig erleichterten, zur Mitreise aber nicht zu bewegen waren. Nach langem Umherirren und wochenlanger Werbearbeit, bei der es den Arbeitswilligenagenten manchmal recht „dreckig“ ergangen ist, weil sie in verkehrte „Finger“ geraten waren, kam man mit zwei blutigen Hirschen in Lübeck an. Diese wurden unter Eskorte von sieben Meistern durch die Stadt geführt, und Herr Wassertradt meinte stolz: „Es kommen noch viel mehr.“ Der Boden in Obererschlesien schien den Herren aber nicht „interessant“ genug zu sein, darum versuchten Willert, Rosenquist und Stech ihr Heil in Berlin. Dort gelang es, unter Vorspiegelung falscher Tatsachen, 24 Mann zusammen zu bringen und nach Lübeck zu schleppen. Als die Angekommenen merkten, daß sie als Streikbrecher arbeiten sollten, war denselben keine Platte zu hoch, und gingen den ersten Abend schon 14 Mann zu den Streikenden über. Die Zurückgebliebenen wurden, weil nicht brauchbar und keine Tischler, den Arbeitgebern teilweise geschenkt, die anderen wurden fortgeholt. Jetzt wurde es bei den Arbeitgebern merklich ruhiger, und am 10. Oktober rief der Vorsitzende der Innung unseren Bevollmächtigten und erklärte ihm, daß er den Arbeitgebern den Vorschlag unterbreiten werde, den Neunstundentag ab 1. April 1907 einzuführen. Er werde in der Versammlung dafür eintreten, wenn Aussicht vorhanden, daß man sich über die anderen Punkte einigen könne! Wenige Tage später wurde von den Arbeitgebern das Gewerbegericht als Einigungsamt angerufen. Die Verhandlungen verliefen resultatlos, weil die Arbeitgeber die Verkürzung der Arbeitszeit auch für 1907 nicht zugestehen wollten. Dagegen wollte man wegen des Arbeitsnachweises, Kautions, Lohn usw. mit sich reden lassen. Interessant war, daß der Vorsitzende des Arbeitgeberverbandes Willert erklärte:

„Die Lübecker Tischlermeister haben sich von dem bezahlten Agitator Mahardt aus Berlin zur Bewilligung der neunstündigen Arbeitszeit verleiten lassen.“ Wie wird Ihnen da, „Herr bezahlter Agitator“?

Die Arbeitgeber erklärten ferner, daß ohne Vertrag die Arbeit nie und nimmer aufgenommen würde, man wolle sich nächster nicht einzeln die Kehle abschneiden lassen.

Da — einige Tage später — brachten die bürgerlichen Blätter folgendes Inzerat:

Bekanntmachung.

Nachdem die Verhandlungen mit den Gehilfen zwecks Aufstellung eines Tarifs erfolglos geblieben sind, erklären die unterzeichneten Verbände, daß sie zu nachstehenden Bedingungen jederzeit Gehilfen in Arbeit nehmen:

- 1. Die Arbeitszeit beträgt 9 1/2 Stunden;
- 2. Lohn 48 bis 52 Pf. pro Stunde;
- 3. Akkordarbeit nach Vereinbarung;
- 4. Gegenseitige Kündigung findet nicht statt.

Das Arbeitsnachweissbureau befindet sich in Lübeck, Fischstraße 17, und ist geöffnet von 9 bis 1 Uhr vormittags und von 3 bis 5 Uhr nachmittags.
Lübeck, November 1906.

Die Tischlerinnung.
Rosenquist, Obermeister.
Arbeitgeberverband der Holzindustriellen.
Willert, Vorsitzender.
Arbeitgeberverband für das Baugewerbe.
Stender, Obermeister.

Man erklärte sich sogar bereit, die Arbeiter ohne den Arbeitsnachweis einzustellen. An eine Reihe Kollegen schrieben die Arbeitgeber Briefe und baten diese höflichst, zur Arbeit zurückzukehren. In einer Versammlung nahmen unsere Kollegen zu der veränderten Situation Stellung. Die Streikleitung überließ den Streikenden die Entscheidung. In geheimer Abstimmung beschloßen dieselben mit

167 gegen 15 Stimmen, den Kampf zur Erringung des Neunstundentags weiterzuführen. Bei Bekanntgabe des Resultats prägte sich auf allen Gesichtern freudige Erregung aus. Man gelobte sich, trotz Schnee und Eis getreulich zusammenzuhalten. Wenn der Streik im Winter gewonnen hätte, würde man sich auch nicht fürchten, die Unbilden des Winters aufs neue auf sich zu nehmen. So wird nun der Kampf mit erneuter Kraft aufgenommen. Die Aussperrung ist zu Ende, der Streik aufs neue proklamiert. Unsere Lübecker Kollegen führen einen Kampf, wie er bisher im Holzarbeiterverband noch nicht geführt ist. Mit großer Ausdauer und Energie streben sie dem Ziele entgegen. Einig wie im Februar dieses Jahres stehen sie auch heute noch zusammen. Ein herrliches Glück auf den wackeren Kämpfern, möge der Sieg bald auf ihrer Seite sein. Mögen unsere deutschen Kollegen ihnen nachhelfen und ihnen den Kampf durch Fernhaltung des Zugangs erleichtern.

In Braunschweig versuchten es in letzter Woche die Innungsmeister, die streikenden Kollegen durch Zufindung von Briefen an die nun schon seit 19 Wochen leerstehenden Hobelbänke zu locken. Der Erfolg war freilich ein absolut negativer, indem sogar die fünf Unorganisierten erklärten: „Erst bewilligen“. Nun tritt allerdings der Zeitpunkt, der von der Innung als der kritische für sie erklärt worden ist, immer näher und damit wächst natürlich die Verlegenheit. Als solche kennzeichnet sich so recht ihre letzte Auslassung, in der es heißt: „Einen Durchschnittslohn von 44 bezw. 47 Pf. (von sofort beziehungsweise vom 1. April 1907 ab) werden wir nicht bewilligen.“ Soll das nun heißen, daß sie einen Durchschnittslohn gemäß dem Beschlusse ihrer Oktoberversammlung auch jetzt noch grundsätzlich ablehnen, oder soll es heißen, daß sie nur den Durchschnittslohn, das heißt in der verlangten Höhe nicht akzeptieren wollen. Vielleicht führt diese diplomatische Art der Verständigung in nächster Zeit zu erneuten Verhandlungen. Vor Zugang von Tischlern nach Braunschweig wird jedoch weiter dringen gewarnt.

In Dippoldiswalde ist die Lohnbewegung in der Holzwarenfabrik von Max Böhme & Co., Aktiengesellschaft, beendet. Es hatte wohl den Anschein, als ob ein Kampf früher oder später notwendig würde, doch wurde durch Eingreifen des Gauvorstehers eine Einigung und ein Vertrag geschlossen. Bis auf die Forderung der Lohnerhöhung, wo an Stelle der geforderten 4 Pf. nur 2 Pf. anerkannt wurden, sind alle anderen Forderungen zugestanden. Die Firma hat sich jedoch vertraglich verpflichtet, auch innerhalb der Vertragszeit entsprechend der Praxis des letzten Vertragsjahres einzeln weitere Lohnzulagen zu machen. Es sei festgestellt, daß nach Angabe der Geschäftsleitung im letzten Geschäftsjahr das Lohnkonto um 15000 Mk. durch Einzelzulagen mehr belastet worden sei. Es wird also auch in Zukunft Sache der einzelnen sein, immer wieder, neben den jetzigen Zugeständnissen, für eine weitere Steigerung der Löhne einzutreten.

In Frankfurt a. M. ist der Streik in der Mühlenbauanstalt Simon Bühler & Baumann beendet. Der Stundenlohn wurde um zuka. 16, die Akkordsätze um 5 bis 10 Prozent erhöht; Überstunden werden von 6 Uhr (früher von 8 Uhr) ab mit 25, ab 10 Uhr abends bis 7 Uhr morgens sowie Sonntagsarbeit mit 50 Prozent extra vergütet; statt wie bisher 5 Tage bleiben nur 3 Tage an Lohn stehen; Lohn wird bei Akkordarbeit garantiert; die Firma verzichtet auf Schadenersatz, welchen dieselbe anlässlich des Ausstandes geltend machte; sämtliche Streikende wurden wieder eingestellt. Als Arbeitswillige seien hiermit gemeldet: Diegelmann, Karl; Döll, Jos.; Fennel, Heinrich; Henkel, Willy; Hennemann, Gg.; Huber, Adam; Hubert, Jul.; Imhof, Jak.; Kleebach; Mater, Otto; Minel, Ph.; Müller, Anton; Müller, Joh.; Peter, Joh.; Probst, Heinrich; Rudolf, Gottlieb; Schneider, Jak., und Stiegelbauer, Jos.

In der Billardsfabrik Einbeck dauert der Streik fort.

In Geringswalde und Umgegend schien der Kampf innerhalb der Stuhlindustrie erneut auszubrechen. Die Kündigung eines Teiles der Stuhlbauer bei der Firma Ettig, welche die Absicht hatten, dauernd von Geringswalde fortzumachen, nahm man seitens der Unternehmerorganisation zum Anlaß, erneut auszusperren. Innerhalb der Kündigungszeit ist es jedoch zu Verhandlungen gekommen, welche bisher allerdings noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Die Kündigung ist zunächst beiderseitig hinausgeschoben. Hoffen wir, daß auch die Fabrikanten sich zu einer Grundlage bei den Verhandlungen einverstanden erklären, auf welcher ein dauernder Friede möglich ist.

In Magdeburg sind auch weiter noch mit den Metallarbeitern sämtliche Holzarbeiter der Nähmaschinenfabrik von Mundlos & Co. ausgesperrt. Die Firma legt lieber den ganzen ferneren geschäftlichen Erfolg aufs Spiel, als daß sie die geforderte geringfügige Lohnerhöhung der Schlosser gewährt. Voriges Jahr wußte sie aus Anlaß des Streiks der Abpugner und Polierer einen Schaden von 160000 Mk. erlitten haben, und jetzt erklärt sie sich unvermögend, auf ein Objekt von 100 Mk. ganze 50 Pf. zulegen zu können. Das Unvermögen ist indes nicht im mindesten der Grund der Ablehnung, vielmehr die Hoffnung auf den Unfall der Aussperrten und die sichere Erwartung auf den üblichen Verrat der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereiner. Trotzdem daß die 70 Mann von diesen mit ausgesperrt sind, haben sie doch sofort nach Angebot der Firma, einzelne zur Fertigstellung eiliger Arbeiten während der Aussperrung zu beschäftigen, beschlossen, dem Folge zu leisten. Der beiderseitig damit verfolgte Zweck ist zu durchsichtig, glücklicherweise aber auch ohne Wirkung sowohl auf die Haltung der Aussperrten als auch auf den Stand des Kampfes. Die Sperre über den Betrieb der Firma Mundlos & Co. in Magdeburg wird allen Abpugnern, Polierern, Tischlern und Maschinenarbeitern dringend zu beachten empfohlen.

In Meissen haben die Kollegen in der Ristenfabrik Gebr. Otto eine Verkürzung der Arbeitszeit um täglich eine Stunde mit entsprechender Lohnerhöhung ohne Kampf erreicht.

In Oberhausen i. Rheinl. sind in der Werkstatt von Scheulen Differenzen ausgebrochen, weil Scheulen die in

Aus der Holzindustrie.

Eine Schadenersatzklage gegen den Deutschen Holzarbeiterverband.

Wie wir bereits in der letzten Nummer der „Holzarbeiter-Zeitung“ mitgeteilt haben, hat der Arbeitgeberverband der Holzindustrie von Hamburg und Altona gegen unsere Verbandsleitung, die Lokalverwaltung der Zahlstelle Hamburg und unseren Kollegen N. Neumann in Hamburg vor dem Hamburger Landgericht eine Schadenersatzklage anhängig gemacht. Die Unternehmer beantragen, die Beklagten solidarisch kostenpflichtig zu verurteilen, an den Arbeitgeberverband 6500 Mark nebst 4 Prozent Zinsen zu zahlen. Die Sache ist für unsere Kollegen von weitgehendem Interesse, so daß wir über sie ausführlicher referieren.

Die Zahlstelle Hamburg unseres Verbandes hat bekanntlich am 16. Mai 1905 mit dem dortigen Arbeitgeberverband der Holzindustrie einen Arbeitsvertrag abgeschlossen, der bis 1. April 1908 Geltung hat. Am 2. Mai dieses Jahres nun, also während der Dauer dieses Vertrags, sperren die Unternehmer in 42 Betrieben 951 Arbeiter, die den 1. Mai wie bisher üblich durch Arbeitsruhe gefeiert hatten, auf drei Tage aus. Das konnten die ausgesperrten Kollegen, die bisher ohne jeden Widerstand der Unternehmer den 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert hatten, als einen Vertragsbruch der Unternehmer auffassen, und sie beantworteten nun ihrerseits die Aussperrung mit einer Lohnforderung von 5 Pfennig pro Stunde. Das betrachteten nun die Unternehmer wieder als einen Vertragsbruch der Arbeiter, sie richteten deshalb an Kollegen Neumann das Verlangen, die Forderungen der ausgesperrten Kollegen zurückzuziehen. Neumann antwortete:

„Unsere Mitglieder sind durch die von einem erfreulicherweise nur geringen Teile der Arbeitgeber vorgenommene Aussperrung sehr erbittert und versuchen, für die infolge der Aussperrung verloren gegangene Zeit in irgend einer Form vom Arbeitgeber Entschädigung zu erhalten. Diese Stimmung und die daraus resultierenden Bestrebungen unserer Mitglieder finde ich sehr begreiflich, dagegen verstehe ich Ihre Auffassung nicht, die dahin zu gehen scheint, daß in diesem Verhalten unserer Mitglieder eine Vertragsverletzung zu erblicken sei. Durch die Aussperrung war das alte Arbeitsverhältnis gelöst, und vor Erneuerung respektive vor dem Wiedereintritt in ein neues Arbeitsverhältnis seine Bedingungen geltend zu machen, ist auch unter dem Vertrag niemand mehr verwehrt.“

Eine Versammlung des Holzarbeiterverbandes erklärte sich darauf mit den Aussperrten solidarisch und beschloß deren finanzielle und moralische Unterstützung. Dies soll die flagranteste Verletzung des abgeschlossenen Vertrags unter Willigung des Holzarbeiterverbandes sein, wie die Kläger sich auszudrücken belieben. Den entstandenen Schaden beziffert der „Schutzverband“ auf mindestens 50 000 Mk., doch erklärt er sich großmütig mit 6500 Mk. zufrieden.

In der Klagebegründung wird unter anderem erklärt, daß die Arbeiter trotz Warnung, eventuell drei Tage ausgesperrt zu werden, sich an der Maifeier durch Ruhelassen der Arbeit beteiligt hätten. Dann werden die bekannten Scharfmachertöne angeschlagen: „Es handelt sich hier nicht etwa um die Lösung einzelner Arbeitsverträge, sondern um ein planmäßiges Vorgehen, das beschloffen wurde, um die Arbeitgeber für die von ihnen notgedrungen getroffenen Maßnahmen (Aussperrung!) zu bestrafen und die Macht der Arbeiterorganisation in demonstrativer Weise zu zeigen.“

Nach Aufzählung der vom Holzarbeiterverband getroffenen Maßnahmen — Sperrung des Arbeitsnachweises, Aufstellung von Streikposten usw. — wird weiter ausgeführt:

„Auch die Sperrung der 12 Mitglieder des obigen Verbandes ist diesem und der Holzindustrie im allgemeinen ein erheblicher Schaden entstanden, für welchen der klägerische Verband und seine Mitglieder die Arbeiter, welche die Sperrung infizierten, und alle diejenigen, welche zu diesem unberechtigten Schritte Beistand geleistet haben, zur Verantwortung zieht.“ — „In höchst frivolster Weise sei in dem vorliegenden Falle einer blühenden Industrie eine Schädigung zugefügt worden, nicht etwa, um bessere Löhne und Arbeitsbedingungen zu erzielen, sondern um eine Machtsprache zum Ausdruck zu bringen.“

Dann wird der Klageanspruch juristisch noch durch die Behauptungen zu rechtfertigen versucht, es habe der Beklagte Neumann den Werkstattdelegierten in bezug auf die zu ergreifenden Maßnahmen Instruktionen erteilt. Hieraus folge aber die Verantwortlichkeit dieses Beklagten. „Nur wenn diese Verantwortlichkeit angenommen werden kann, hat es Zweck, bei den Wirtschaftskämpfen und sozialpolitischen Kämpfen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer sich auf Verhandlungen und Vertragsabschlüsse mit den Organisationen der Arbeitererschaft einzulassen. Durch eine derartige Vereinbarung übernehmen die Verbände nicht nur die Verpflichtung, dafür Sorge zu tragen, daß die geschlossenen Verträge strikte innegehalten, sondern es gehört auch zu den pflichtgemäßen Berrichtungen der Verbände und deren Organe, alle Differenzen fernzuhalten und die Mitglieder der Organisationen zu einem Verhalten zu veranlassen, das dem Sinne und Geiste des abgeschlossenen Vertrags entspricht. Selbst wenn die über die Betriebe verhängte Sperre in erster Linie auf freie Entschließung der einzelnen Mitglieder des Verbandes zurückzuführen sein würde, so dürften der Verein und seine Organe sich nicht passiv verhalten, sondern müßten die Mitglieder veranlassen, von neuen Forderungen abzusehen und die Arbeitseinstellungen wie sie hier vorgenommen sind, inhiibieren. Wenn aber auch der § 152 der Gewerbeordnung an und für sich Koalitionen zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht verbietet, so kann doch eine mißbräuchliche Benutzung dieser

Tarif mit ihm getroffenen Vereinbarungen nicht hält. Nicht bloß, daß er einen Abschlag in der tariflich festgelegten Höhe von 80 Prozent zu zahlen sich weigert, zahlt er überhaupt auch nicht den festgelegten Stundenlohn an alte Kollegen. Es haben deshalb nach erfolgloser schriftlicher Erinnerung an Scheulen und nach abgelaufener Kündigung sämtliche Kollegen, außer den beiden Vorarbeitern und einem Maschinenarbeiter, die Arbeit niedergelegt. Die Werkstelle ist deshalb gesperrt. Weiter drohen in der Werkstatt von Priester Differenzen auszubrechen. Dieser hat zwar seinerzeit den Lohnstarif nicht unterzeichnet (es waren damals keine Verbandskollegen dort beschäftigt), jedoch aber versprochen, ab 1. Oktober dieses Jahres die zehnstündige Arbeitszeit einzuführen zu wollen. Trotz mehrmaligen Erinnerungen des Priesters an sein Versprechen, hält er es nicht für notwendig, diesem nachzukommen. Differenzen werden deshalb unausbleiblich sein, und eruchen wir die Kollegen allerorts, auch diese Werkstatt vorläufig zu meiden, wie überhaupt gegenwärtig unter Ort nicht zu überlaufen ist, weil wir infolge der bestehenden Differenzen selbst mehrere Kollegen noch unterzubringen haben.

Zu Schönheide dauert der Streik unserer Kollegen und Kolleginnen in der Würstchenindustrie unverändert fort. Eine große Anzahl Streikender hat in den letzten Wochen den Ort verlassen. Ganz besonders sind unsere Kolleginnen bestrebt, auswärts Beschäftigung zu finden. Es haben denn auch allein in den letzten Wochen nahezu 100 Arbeiterinnen in Chemnitz und Umgebung Lohnende Beschäftigung gefunden. Die Fabrikanten sind immer noch bestrebt, Arbeitswillige in Böhmen zu finden. Der Aktiengesellschaft ist es gelungen, wieder einige Kinder aus Österreich zu bekommen. Diese werden unter sicherer Obhut auf dem Fabrikgrundstück beherbergt. Diese Leute sind absolut nicht in der Lage, die Firma herauszureißen. Von unseren Kollegen und Kolleginnen ist in den letzten Wochen auch nicht einer abgefallen. Dagegen haben 30 Heimarbeiterinnen die Arbeit eingestellt. Die Anordnung hierzu wurde von der Streikleitung gegeben, weil man seitens der Unternehmer versuchte, neben dem Einziehen auch Putzen, Polieren usw. in der Heimindustrie vornehmen zu lassen. Von der Firma Aktiengesellschaft Bergedorf sucht man in verschiedenen Orten Polierer, Putzer und vor allen Dingen Einzieherinnen. Es wird vermutet, daß dort Streikarbeit für Schönheide angefertigt werden soll. Die Löhne in Bergedorf sind recht niedrig. Die Kollegen mögen dafür sorgen, daß niemand nach Bergedorf geht. Unsere Streikenden in Schönheide sehen frohen Mutes der Zukunft entgegen. Der Zugang muß auch ferner streng ferngehalten werden.

Zu Stuttgart dauert der Kampf der Klavierarbeiter unverändert fort. Die „Deutsche Instrumentenbau-Zeitung“ läßt sich darüber aus Stuttgart berichten, „daß die Aussperrung noch in vollem Umfang fortbesteht, doch wird die Arbeit in den einzelnen Betrieben mit sehr reduzierten Arbeitskräften aufrechterhalten. Bei dieser Gelegenheit möchten wir erneut darauf hinweisen, daß leider auswärtige Fabrikanten einen Teil der ausgesperrten Arbeiter an sich zu ziehen suchen. Es ist sehr zu bedauern, daß eines augenblicklichen Vorteils wegen die allgemeinen Interessen unserer Branchen derart verletzt werden. Sollte in irgend einem Falle Zweifel darüber herrschen, ob es sich um einen ausgesperrten Arbeiter handelt, dann könnten die Vorstände der verschiedenen Arbeitgeberverbände, in deren Händen sich Listen der Namen befinden, Auskunft geben. Selbstverständlich sind auch die Stuttgarter Fabrikanten in jedem Falle zu Aufklärungen gern bereit.“ Das glauben wir gern, daß sich die Stuttgarter Fabrikanten endlich bemühen, die streikenden und ausgesperrten Klavierarbeiter durch Verurteilung in Stuttgart festzuhalten. Doch glauben wir, daß ihnen das, je länger der Kampf währt, desto weniger gelingt, so daß sie bald ausschließlich auf ihre „reduzierten Arbeitskräfte“ angewiesen sein werden. Jedenfalls liegt für uns zurzeit kein Anlaß vor, an dem Erfolg unserer Sache zu zweifeln.

Zu Wilhelmshaven sind sämtliche Holzarbeiter infolge einer partiellen Differenz der Handels- und Transportarbeiter ausgesperrt worden. Auf dem Ort verhalten sie sich ruhig.

Ausland.

Zu Bordeaux haben die Schreiner durch ein einheitliches Vorgehen einen beachtenswerten Erfolg errungen. Sie stellten im Oktober d. J. an die Arbeitgeber folgende Forderungen: Aufhebung der Stückarbeit, achtstündigen Arbeitstag und 5,50 Franken Lohn. Ferner Anerkennung einer Werkstattkommission. Diese Forderungen wurden von den Unternehmern abgelehnt und so traten am 13. Oktober zirka 190 Schreiner, welche auf Stück arbeiteten, in den Streik. Da fast alle auf Stück arbeitenden Schreiner am Streik beteiligt, und da trotz aller Versuche keine Streikbrecher zu finden waren, so sahen sich die Arbeitgeber gezwungen, nach zirka vierzehntägigem Streik nachzugeben. Zwischen den beiden Syndikaten kam ein kollektiver Arbeitsvertrag zustande, auf Grund dessen zugestanden wurde: Die Stückarbeit ist aufgehoben, die Arbeitszeit beträgt 10 Stunden bei einem Lohn von 5,50 Franken, eine Werkstattkommission wird anerkannt. Nur 4 Firmen wollten diese Zugeständnisse nicht machen, weshalb der Streik dort fort dauert.

Wie immer, so haben die Unternehmer auch hier die Zugeständnisse nur gezwungenermaßen gemacht, sie können deshalb schon heute darauf, den Erfolg der Arbeiter illusorisch zu machen. In der Tat hat auch der abgeschlossene kollektive Arbeitsvertrag nur einen relativen Wert, das heißt derselbe wird so lange zu Recht bestehen, als er von der Arbeitererschaft energisch aufrecht erhalten wird. Diefelbe Erfahrung haben wir nach dem großen Wagenbauersstreik in Paris im Jahre 1904 machen müssen. Hier war auch ein solcher kollektiver Arbeitsvertrag zustande gekommen, der aber sehr bald von den Arbeitgebern überall da, wo sie es anbringen konnten, durchbrochen wurde. Eine gerichtliche Entscheidung fiel zumungunsten der Arbeiter aus. Die Kollegen in Bordeaux werden also selbst darüber zu wachen haben, daß der Vertrag von beiden Seiten respektiert wird. C.

Jeder Kollege,

der sich in seinem Fach fortbilden will, sollte Abonnent des Fachblatt für Holzarbeiter werden.

Freiheiten sich als Verstoß gegen die guten Sitten darstellen, und es werden ohne weiteres für die im vorliegenden Falle getroffenen Maßnahmen, die nicht Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Zwecke hatten, die Verantwortlichkeit zum Ersatz des dadurch hervorgerufenen Schadens verpflichtet sein. Verstoßen diese Maßnahmen aber gegen abgeschlossene Verträge, so steht die Verantwortlichkeit außer aller Frage.“

In der Klagebeantwortung wird zunächst hervorgehoben, daß bezüglich der ersten Beklagten (Gesamtverband) das Gericht örtlich unzuständig sei. Sodann wird eingehend dargestellt, daß der Vertragsbruch auf Seiten der Arbeitgeber gegangen worden sei, weil diese die Aussperrung vorgenommen hätten, obwohl die Maifeier schon in früheren Jahren stattgefunden habe. Deshalb die Aussperrung vorgenommen werden mußte, sei nirgend ersichtlich. Soweit die Aussperrungen mit Arbeitseinstellungen beantwortet wurden, haben die Kläger sich das selbst zuzuschreiben. Die Beklagten hätten strenge Neutralität gewahrt. Einen Schaden hätten die 18 Firmen überhaupt nicht gehabt, indem sie für jeden nicht arbeitenden Mann 2 Mk. pro Tag erhalten haben. Was von Verstößen gegen die guten Sitten gesagt werde, solle dem Kläger großmütig verziehen werden. Denn irgend einen Schein einer Begründung seiner Klage müsse er doch geben. Gegenüber den von der Klage angezogenen Urteilen wird auf das Urteil des Reichsgerichtes vom 12. Juli 1906 hingewiesen, nach dem Boykott und Streik im Lohnkampf nicht rechtswidrig sind, mithin kein Ersatz der Verluste verlangt werden könne. Auch der zweite Beklagte, ein Organ des ersten, könne nicht verklagt werden.

In der Sache hat zunächst ein Termin stattgefunden, in dem das Gericht sich auch für den in Stuttgart domizilierten Verbandsvorstand für zuständig erklärte. Im übrigen wurde Beweiserhebung beschlossen. Wir werden ja sehen, was weiter wird, vorläufig können wir nicht daran glauben, daß ein Gericht Gemeindeführer deshalb zur Zahlung einer Buße verurteilen kann, weil sie es Mitgliedern ihrer Organisation nicht verwehrt, vertragsbrüchige Unternehmer für ihren Vertragsbruch durch einen Lohnkampf zu züchtigen.

Dividendenergebnis. Die Schlesische Holzindustrie-Aktiengesellschaft vorm. Ruchsweyh & Schmidt in Langenöls verteilt für das abgelaufene Betriebsjahr 1905/06 trotz erheblicher Abschreibungen wie im Vorjahr 10 Prozent Dividende. In das neue Jahr wurde ein guter Bestand von Aufträgen mit hinübergenommen. — Die Aktiengesellschaft Düsseldorf Eisenbahnbedarf vorm. Karl Meyer & Co., Düsseldorf-Oberbill, erhöhte in 1905/06 ihren Umsatz von 5,88 Millionen Mark auf 6,68 Millionen Mark. Trotz reichhaltiger Abschreibungen konnten 19 (im Vorjahr 17) Prozent Dividende verteilt werden. Die Vergrößerungen im Reichsholzwerk wurden fortgesetzt und auch im Oberbiller Betrieb Erweiterungen vorgenommen. Zur Abrundung des Betriebes in Reichsholz wurde ein Grundstück von 116a hinzugekauft. Ende Juni d. J. lagen für 5,89 Millionen Mark Aufträge vor und bis Anfang Oktober erhöhte sich deren Summe auf 6,22 gegen 5,05 Millionen Mark zur gleichen Vorjahrszeit. Infolge größerer Ausschreibungen in- und ausländischer Bahnen rechnet die Gesellschaft im laufenden Jahre auf eine stärkere Beschäftigung. Es sind daher Gebäudeerweiterungen und Maschinenergänzungen vorgesehen. — Die Waggonfabrik Aktiengesellschaft F. Fuchs in Heidelberg bringt für das abgelaufene Geschäftsjahr 8 Prozent Dividende zur Verteilung gegen 4 Prozent im Vorjahr. — Die Uhrenfabrik vorm. S. Furtwängler & Söhne Aktiengesellschaft, Furtwangen, bringt 4 (i. V. 3) Prozent Dividende zur Verteilung. — Die Verwaltung der Bremer Binolenwerke Delmenhorst berichtet, daß der Geschäftsgang der Gesellschaft, wie er sich in den ersten neun Monaten entwickelt hat, wohl auf eine wesentlich höhere Dividende pro 1906 (i. V. 12 Prozent) auf das erhöhte Aktienkapital rechnen lasse. — Wiederum 12 1/2 Prozent bringen die Vereinigten Pinselabriken Nürnberg zur Verteilung. — Von 6 auf 8 Prozent erhöhte sich die Dividende der Bleistiftfabrik vorm. Joh. Faber u. Co. in Nürnberg. — Die Waggon- und Maschinenfabrik u. Co. vorm. Busch in Hamburg dürfte, wie verlautet, für 1905/06 eine Dividende von 5 (i. V. 3) Prozent auf die durch Zuzahlung entstandenen Vorzugsaktien verteilen.

Den Waggonfabriken sind nach der „Kölnischen Volkszeitung“ die neuen großen Bestellungen für die Staatsbahnen noch nicht zugewiesen worden, die schon im Oktober erwartet wurden. Jedenfalls ist ihnen für das ganze nächste Jahr flotte Arbeit gesichert.

Preisconvention deutscher Weisen- und Zigarrenspitzenfabrikanten. In einer in Frankfurt a. M. abgehaltenen Versammlung sämtlicher deutscher Fabrikanten von Weisen und Zigarrenspitzen wurde, wie die „Frankfurter Zeitung“ erfährt, der Abschluß einer Konvention zur Förderung gemeinsamer Interessen vereinbart. Die Konvention hat eine Preishöhung von zunächst 5 Prozent beschlossen. Der Sitz der Konvention ist Eisenach.

Vom „Fachblatt für Holzarbeiter“ liegt das Heft 7 nunmehr vor. Dasselbe kommt am 15. und 16. November zum Versand. Bemerkenswert aus dem Inhalt dieses Heftes ist zunächst ein Artikel von Dr. H. Pudor über „Schwedische Inneneinrichtungen“ (mit 9 Abbildungen). Weiter seien an Artikeln genannt W. Lutz, „Die gewerbliche Kalkulation unter besonderer Berücksichtigung des Schreinerhandwerks“, die Fortsetzung von W. Zimmermanns, „Das moderne Holzbohlen- und Holzfarbwerk“, ein Artikel „Der Leim und seine Verwendung“ und der Schlussartikel der umfangreichen Abhandlung über „Fenster“ von Herrn Architekt O. Winkelmüller in Hannover. Von den zahlreichen Abbildungen (das Heft hat deren 47) nennen wir nur ein Wohnzimmer, einen Salon, ferner Schreibtisch mit Sessel, Büchererschrank, Salon-Eckschrank, zwei Haustüren, hübsgerliches Wohnzimmer, Musikzimmer, Arbeitszimmer, Frühstückszimmer, Möbel in Empire und in Biedermeierstil.

Wie die Kollegen sehen, bietet das „Fachblatt für Holzarbeiter“ von Heft zu Heft einen reichhaltigen und gediegenden Inhalt. Möchten alle Kollegen, die sich fachtechnisch und kunstgewerblich fortbilden wollen, ebenso wie die Ortsverwaltungen Abonnenten dieser neuen Zeitschrift des Verbandes werden.

Wir hoffen, daß Abonnements zu jeder Zeit bei den Verwaltungsstellen aufgegeben werden können. Die bisher erschienenen Hefte des „Fachblatt“ werden gegen Erstattung des Abonnementsbetrags jederzeit nachgeliefert. Adresse für das „Fachblatt“ ist Ernst Deinhardt, Stuttgart, Adlerstr. 48.

Gewerkschaftliches.

Naufsolde.

Die Presse der christlichen Gewerkschaften liebt es, ihre Spalten mit der Schilderung von Vorgängen zu füllen, in welchen die Mitglieder der christlichen Organisationen als die unschuldsvollen Engel erscheinen, die kein Wasserlein trüben können, aber trotzdem von nichtultramontanen Arbeitern in unerhörter Weise terrorisiert werden. Diese Geschichten sind, wie auch wir schon wiederholt nachgewiesen haben, teils entstellt, teils auch vollständig aus den Fingern gefogon. Und wenn man die lieben Christen aus der Nähe betrachtet, dann kann man auch beim besten Willen keinen engelhaften Zug an ihnen entdecken. Im Gegenteil, in ihren Reihen befinden sich eine große Menge recht „schlagfertiger“ Gesellen, die am liebsten mit Biergläsern, Stuhlfüßen und ähnlichen „geistigen“ Waffen argumentieren. In Köln, dem Hauptitz der christlichen Gewerkschaften, hat naturgemäß die Ausbildung der Mitglieder in der Handhabung der erwähnten Waffen zur Überzeugung der Gegner von der Vortrefflichkeit der alleinseigmachenden christlichen Gewerkschaftslehre einen hohen Grad von Vollkommenheit erreicht, und die christlichen Holzarbeiter haben am 16. Juni eine recht erfolgreiche Probe ihres Könnens auf diesem Gebiet abgelegt, über welche wir in Nr. 26 der „Holzarbeiterzeitung“ berichtet haben.

Der Ruhm, den die christlichen Holzarbeiter bei dieser Gelegenheit errungen haben, hat natürlich den Neid der Christen in den anderen Fakultäten wachgerufen, und besonders die christlichen Metallarbeiter dürsteten nach einer Gelegenheit, um zu beweisen, daß auch sie mit Hilfe von Stuhlbeinen und ähnlichen Argumenten die schwierigsten Sachen beweisen können, vorausgesetzt natürlich, daß sie ihren Gegnern numerisch um ein Vielfaches überlegen sind. Am 2. November war der ersuchte Zeitpunkt herangekommen, und als Kampfsplatz konnte der Kristallpalast benutzt werden, daselbe Lokal, in welchem am 16. Juni die christlichen Holzarbeiter sich unverwundbare Vorbeeren geholt hatten.

Am genannten Tage hatten die Hirsch-Dunderschen Metallarbeiter eine öffentliche Versammlung einberufen, um gegen die Haltung des christlichen Metallarbeiterverbandes bei dem großen Streit auf dem Hüttenwerk „Rote Erde“ Stellung zu nehmen. Auf den Verlauf des Streiks selbst einzugehen, können wir uns hier ersparen, es genügt zu erwähnen, daß die Hirtensche Taktik hier, wo der Deutsche Metallarbeiterverband nur mit einer verhältnismäßig kleinen Zahl von Mitgliedern beteiligt war, vollständig versagte, und die Christen und die Hirsche um die Wette Dummheiten machten. Zu der Versammlung hatten die Zentrumsanhänger mobil gemacht, und die christlichen Gewerkschaftler, katholischen Gesellenvereiner und ähnliches Volk war in so großer Zahl erschienen, daß ihnen gegenüber das Häuflein Hirsche verschwand. Dem Redner der Hirsche mag es schon unheimlich geworden sein, als sein Vortrag fortwährend durch das Geheul der Christen unterbrochen wurde. Noch größer wurde die Raserei der letzteren, als darauf ein christlicher Redner das Wort nahm um die Hirsche herunterzuputzen. Mit ohrenbetäubendem Jubel wurde jeder Satz begleitet, und als gar der christliche Redner am Schluß seiner Ausführungen gleich eine gegen die Hirsche gerichtete Resolution zur Abstimmung brachte, da machte die Versammlung den Eindruck einer Gesellschaft von Tollhäuslern. Die Christlichen brüllten in einem fort, kletterten auf Stühle und Tische und schließlich hoben die auf den Tischen Stehenden die christlichen Führer auf die Schultern. Nachdem die Begeisterung der Christen, deren Zahl nach eigenen Angaben etwa 200 betrug, die etwa 40 bis 50 Hirschen gegenüber standen, so weit gestiegen war, begann das Hauptstück des Abends. Auf das Kommando eines hervorragend tapferen Christen wurde der Tisch des Hirsch-Dunderschen Gauvorstehers Hartmann umgeworfen, und nun begann ein Bombardement mit Biergläsern, Stühlen, Tischen usw. Eine größere Zahl der Hirsche wurde verletzt und die Prügelei nahm erst ein Ende, als die Polizei erschien und den Saal räumte, der dann ein Bild schlimmster Verwüstung bot.

Natürlicherweise sucht jetzt jede Partei die Schuld an den Vorgängen der anderen Seite bezuzumessen. In einem Bericht, der von christlicher Seite ausgeht, heißt es: „Von einer ganzen Anzahl Augenzeugen wird bestätigt, daß die Hirsch-Dunderschen die Urheber der Tötlichkeiten gewesen sind. Sie hätten daher alle Ursache, statt über „Christliche Roudies“ zu lamentieren, sich ihrer Heldentat zu schämen.“ Nach diesem Bericht wäre der Streit durch recht tüchtige Provokationen der Hirsch-Dunderschen veranlaßt worden. Natürlich wird diesem Vorwurf von der anderen Seite energisch widersprochen und die von Hirsch-Dunderscher Seite inspirierte „Berliner Volkszeitung“ schreibt: „Durch eidliches Zeugnis des Saalinhalters steht fest, daß das Werfen nur erfolgt ist von der Seite, wo die Christlichen saßen. Die Zusammensetzung der Versammlung war: ein Sechstel Gewerkschaftler, fünf Sechstel Christliche.“

Bei diesem Streit ist es schwer zu entscheiden, ob die Christen allein sich als Naufsolde benommen haben, oder ob diese Bezeichnung mit Recht auch den Gewerkschaftlern zuzuerkennen ist. Wir möchten es in dieser Beziehung mit Heinrich Heine halten, der bei der Schilderung eines ähnlichen Janes dem Schiedsrichter diese Entscheidung in den Mund legt:

„Welcher recht hat, weiß ich nicht —
Doch es will mich schier bedünken,
Daß der Rabbi und der Mönch,
Daß sie alle beide stinken.“

Der Schuhmacherverband hat seit zwei Jahren eine Zusammenstellung der Erfolge der gewerkschaftlichen Kämpfe seiner Mitglieder vorgenommen, deren Resultat er jetzt veröffentlicht. Demnach wurde in diesem Zeitraum für 2818 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von wöchentlich 12474 Stunden und für 3551 Personen eine Lohnerböhung von wöchentlich 6191 Mk. erzielt. Auf das ganze Jahr berechnet ergibt das für jede Person eine durchschnittliche Arbeitszeitverkürzung von 269 Stunden und eine ebensolche Lohnsteigerung von 87,17 Mk. In der Tat ein schöner Erfolg!

Im ganzen wurden während der letzten zehn Jahre vom Zentralverband der Schuhmacher Deutschlands 297 Streiks geführt. Von diesen waren 169 Angriffs- und 127 Abwehrstreiks. Beteiligt waren daran 33146 Personen, die vom Verband gezahlte Unterstützungssumme erreichte die Höhe von 839944 Mk.

Der Gutenbergsbund, die bekannte Streikbrecherorganisation, ist nunmehr in den Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften aufgenommen worden. Da haben die Christlichen eine feine Akquisition gemacht!

Christliche Gewerkschaftstaktik. Auf dem Parteitag der Zentrumsparlei für den Regierungsbezirk Trier wurde auch die Gewerkschaftsfrage erörtert. Dabei kam der Kampf zwischen den katholischen gewerkschaftlichen Fachabteilungen (Berliner Richtung) und den interkonfessionell-christlichen Gewerkschaften (M.-Glabbacher Richtung) zur Sprache. Der Sekretär des christlichen Gewerkschafts für das Saargebiet, Hüster, erklärte rund heraus, der Gewerkschaftler erkenne die Fachabteilungen nicht an, werde sie in bergmännischen Angelegenheiten nicht zur Verhandlung heranziehen. Die christlichen Gewerkschaften verlangen von allen anderen Organisationen, daß sie von diesen als Gleichberechtigte bei Lohnbewegungen zugezogen und anerkannt werden, sie selbst aber weigern sich, andere Organisationen als gleichberechtigt anzuerkennen. Eine Moral mit doppeltem Boden!

Vom zweiten christlich-nationalen Arbeiterkongress. Wir haben in der vorigen Nummer, unter Berufung auf das Stöckerche „Reich“ als Quelle, die Mitteilung gebracht, daß eine solche Veranstaltung für den Anfang nächsten Jahres geplant sei, und daß die Herren Behrens und Stegerwald die Präsidenten des Kongresses bilden werden. Diese Nachricht, die auch in andere Zeitungen übergegangen ist, hat das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ verschmupft, es erklärt sie als verfrüht und fährt dann fort: „Dann ist die Bildung des Präsidiums auch Sache des Kongresses beziehungsweise der interessierten Organisationen selbst und nicht der unberufenen Zeitungsschreiber. Hoffentlich genügt dieser Hinweis vor weiterer voreiliger und unbefugter Wichtigtuerei; andernfalls müßten wir deutlicher werden.“

Dieser Wink läßt tatsächlich an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. „Das Reich“ galt bisher unbesritten als Organ der christlichen Gewerkschaften und hat sich besondere Mühe gegeben, die evangelisch-moderischen Christen mit dem zentrumskatholischen Gros der christlichen Gewerkschaften zu versöhnen; hervorragende Führer der christlichen Gewerkschaften gehören zu den ständigen Mitarbeitern des „Reich“, und nun von offizieller Seite der Vorwurf, daß die Männer des „Reich“, unberufene Zeitungsschreiber“ und „voreilige unbefugte Wichtigtuerei“ seien. Das ist bitter! Herr Stöcker, wir danken Ihnen.

Was den Bericht der christlich-nationalen Arbeiterkongresse anbelangt, so sind wir in der Lage, das Urteil eines Organs zu zitieren, das über den Verdacht, als sympathisierendes nicht mit den christlichen Gewerkschaften und suche dieselben herabzusehen, sicherlich erhaben ist. „Der Arbeiter“, das Organ des Verbandes süddeutscher katholischer Arbeitervereine, schreibt: „Bis heute ist nämlich das Fazit der Bemühungen des ersten Arbeiterkongresses zu Frankfurt kurz folgendes: Eine schöne Reichstanzlerrede Ende 1904. Eine noch schönere Thronrede am 28. November 1905 — aber keine Tat.“ Dieses Urteil ist, was bei dem genannten Blatte sonst selten vorkommt, durchaus zutreffend. Daraus folgt, daß ein Arbeiterkongress, dessen vorzüglichste Leistung darin besteht, daß er eine Kommission bestimmt, die beim Reichstanzler antichambriert und eine der schönen Reden dieses Herrn anhört, besser unterbleibt. Mit Beten und Bitten lassen sich keine Erfolge für die Arbeiter erzielen, diese müssen, wenn sie vorwärts kommen wollen, fordern und die Macht und den Willen haben, ihre Forderungen mit Nachdruck zu verfechten. Aber daran fehlt es bei den Christlich-Nationalen, deshalb werden sie auch für ihren zweiten Kongress einige wohlwollende Worte von hochgebenden Herren zu hören bekommen und im übrigen — bleibt alles beim alten.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ist eine Verbandszahlstelle ein politischer Verein?

Diese Frage hat in früheren Jahren für das Gewerkschaftsleben eine erhebliche Bedeutung gehabt. Da durch das Vereinsgesetz in Preußen und in anderen Staaten politischen Vereinen verboten war, miteinander in Verbindung zu treten, so wurde von eifrigen Politikern und Staatsanwälten mit Vorliebe versucht, an dieser Stelle einen Nagel einzuschlagen, um den Zentralverbänden die Existenz unmöglich zu machen. Seitdem das Verbindungsverbot aufgehoben ist, haben Prozesse, in welchen diese Frage zur Entscheidung stand, nachgelassen, aber ganz haben sie doch nicht aufgehört.

So hat die Strafkammer in Graudenz kürzlich Gelegenheit gehabt, zu prüfen, ob die dortige Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes ein politischer Verein sei.

Der Bevollmächtigte der Zahlstelle war nämlich vom Schöffengericht zu einer Gefängnisstrafe von acht Tagen verurteilt worden, weil er gegen den § 8 des herrlichen preussischen Vereinsgesetzes verstoßen haben sollte, indem er Lehrlinge in den Verband aufnahm. Gegen dieses Urteil wurde natürlich Berufung eingelegt, und so hatte die Strafkammer des Landgerichtes zu entscheiden, ob unsere Graudener Zahlstelle ein politischer Verein sei, denn nur solchen ist die Aufnahme von Lehrlingen und „Frauenspersonen“ verboten.

Die Prüfung wurde sehr gründlich vorgenommen; das Gericht beschränkte sich nicht auf eine Untersuchung des Statuts, sondern holte auch vom Stadtpolizeiamt Stuttgart Auskunft über den Charakter des Verbandes ein. Mit dieser Auskunft war aber nicht viel anzufangen. Die Stuttgarter Polizei weiß, und das ist kein Geheimnis, daß die Vorstände des Verbandes bekannte Führer der sozialdemokratischen Partei sind und daß seine Mitglieder bei den Wahlen für die Kandidaten der sozialdemokratischen Partei eintreten. Das letztere ist zwar in dieser Allgemeinheit nicht ganz zutreffend, doch wäre es sehr nützlich, wenn es der Fall wäre. Über die Gegenstände, welche in den Stuttgarter Versammlungen erörtert werden, konnte die Polizei keine Auskunft geben, weil sie in denselben nichts verloren hat und sie deshalb auch nicht besucht. — Auch der Inhalt der „Holzarbeiter-Zeitung“ wurde einer Prüfung unterzogen, wobei das Gericht die nicht gerade schwirige Entdeckung machte, daß wir nicht nur rein wirtschaftliche, sondern auch politische Fragen besprechen und daß sich die „Holzarbeiter-Zeitung“ „anscheinend ganz im sozialdemokratischen Fahrwasser“ bewegt. Diese Feststellung hat aber auf das Urteil keinen Einfluß, denn „deswegen“ so heißt es in der Urteilsausfertigung, „ist dem Holzarbeiterverband aber noch nicht der Charakter eines politischen Vereins im Sinne des § 8 des Gesetzes beizulegen.“

In der Hauptsache kommt es darauf an, was in den Versammlungen der fraglichen Zahlstelle getrieben wurde, und da konnten auch die als Zeugen vernommenen Polizeibeamten, welche die Versammlungen überwacht hatten, nicht angeben, daß politische Fragen behandelt wurden. Das Urteil führt in dieser Beziehung aus: „Wenn in den Versammlungen auch gelegentlich die Aufgaben des Staates in den Kreis der Erörterungen gezogen sein mögen, so war dies jedenfalls nicht der Zweck der Vereinsversammlung und sie braucht deshalb auch noch nicht einen politischen Charakter zu gewinnen. Die Erörterungen politischer Gegenstände im Sinne des Gesetzes setzen voraus, daß diese als solche unmittelbar den Staat, seine Gesetzgebung und Verwaltung berühren und seine Organe in Bewegung setzen (vergleiche Entscheidungen des Reichsgerichtes Band 16, Seite 385, Band 22, Seite 340).“

Durch diese Feststellungen war wieder einmal bewiesen, daß eine Zahlstelle des Deutschen Holzarbeiterverbandes kein politischer Verein ist, und unser vom Schöffengericht zu Unrecht verurteilter Kollege mußte freigesprochen werden.

Technisches.

Neue Fachliteratur.

Aus einer Serie praktischer Handbücher über „Buchführung, Wechsellehre und Kalkulation“ sei in nachstehendem auf Heft 7 hingewiesen, welches speziell für den Bau- und Möbelschreiner verfaßt wurde. Professor Dr. P. Zwiefelle ist seit mehreren Jahren mit der Leitung der Unterrichtskurse an der Königl. württembergischen Zentralstelle für Handel und Gewerbe betraut; die dabei gesammelten Erfahrungen sind auch die Veranlassung zur Bearbeitung vorliegender Handbücher gewesen. Dieselben sind im Verlag von Ernst Heinrich Moritz in Stuttgart erschienen und zum Preise von 1,50 Mk. zu haben. In eigenartiger Vortragsweise ist der Stoff durch Fragen und Antworten erläutert worden, es ist also die Lehrmethode angewandt, wie wir sie in den Katechismen finden. Diese Lehrweise hat sich noch immer da als praktisch erwiesen, wenn der Lehrer mit dem geringen Denkvermögen seiner Schüler rechnen mußte. Zweifellos wird auch in diesem Falle die Klare und leicht zu erfassende Vortragsweise am besten den Erfolg sichern.

Das Buch umfaßt vier Abschnitte, wovon der erste „A. Allgemeines“ Belehrungen über den Zweck und den Wert der einfachen Handwerksbuchführung enthält. Durch Fragestellung und Beantwortung sind alle notwendigen Anleitungen gegeben, wo diese Posten einzutragen sind und wo die anderen. Dann ist die Einrichtung und Anwendung der verschiedenen Nebenbücher durch Beispiele erläutert worden. Im zweiten Abschnitt finden sich ausgefüllte Muster, wie jedes einzelne Buch geführt werden muß, wo die Einnahmeposten und wo die Ausgabeposten einzutragen sind. Desgleichen ist auch eine Inventur aufgestellt, um einen Jahresabschluss zu zeigen. Der dritte Abschnitt enthält die vollständige Wechsellehre mit den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen. Völlig ausgefüllte Wechselformulare der verschiedensten Wechselarten sind dem Text angefügt, wobei ihr Zweck nebst der Handhabung erklärt worden ist. Der letzte Abschnitt belehrt in Wort und Bild über die Kostenberechnung der verschiedensten Schreinerarbeiten. Werden die Kalkulationen in der Praxis auch nicht immer mit solcher ausfülligen Gründlichkeit gehandhabt, so kann diese bei der Bekehrung doch nicht entbehrt werden. So wird manchem strebsamen Holzwurm dieses Buch willkommen sein. Daselbe sei hiernit bestens empfohlen.

Eingefandt.

Eine Konferenz der Stuhlbanier

Ist von den Verbandsmitgliedern in dieser Branche seit vielen Monaten gewünscht worden. Der Unterzeichnete hat den zahlreichen an ihn gelangten Wünschen Folge geleistet und beschloffen, eine Stuhlbanierkonferenz zum 28. und 29. Dezember d. J. nach Dresden einzuberufen.

Die Mitglieder der Branche werden hierdurch aufgefordert, nunmehr erneut zu der Konferenz Stellung zu nehmen und Anträge zur Tagesordnung baldigst an den Verbandsvorstand einzufenden. Nach den eingehenden Anträgen wird die Tagesordnung von uns festgesetzt und rechtzeitig veröffentlicht werden.

Begen der Entsendung eines Delegierten haben die Sektionen der Stuhlauer sich mit ihrer Lokalverwaltung zu verständigen. Gedacht ist die Konferenz ausschließlich für die in der eigentlichen Stuhlindustrie beschäftigten Mitglieder. Die Delegationskosten sind aus lokalen Mitteln zu decken, doch ist der Vorstand bereit, finanziell ungünstig gestellten Zahlstellen je nach Erfordernis einen Zuschuß aus der Verbandskasse zu gewähren. Desbezügliche Anträge sind durch die Zahlstellenverwaltung des Ortes spätestens bis 3. Dezember an uns einzureichen.

Der Vorstandsvorstand.

Zur Drechslerbewegung.

Nachdem die Kollegen im Drechslerberuf beginnen, über die traurige Lage nachzudenken, in der sie sich seit Jahren befinden, ist es erklärlich, daß sich das Verlangen nach Abhaltung einer Konferenz bemerklich macht. Man muß sich aber fragen, können wir uns wirklich viel von einer nun plötzlich abgehaltenen Konferenz versprechen? Die Anregung an sich war ja insofern recht erfreulich, als sie die Kollegen in verschiedenen Orten veranlaßte, etwas von sich hören zu lassen. Den Vorschlag, eine Zentralkommission zu bilden, möchte auch ich unterstützen, das wäre zweckmäßiger, als eine so plötzlich in die Wege geleitete Konferenz. Aufgabe der Zentralkommission wäre es, das Material aus allen Gauen Deutschlands zu sammeln und es den Kollegen zugänglich zu machen, später würde sich dann die Abhaltung einer Konferenz rechtfertigen. Die Zentralkommission wird auch auf die Bildung besonderer Sektionen hinarbeiten müssen in den Orten, in welchen genügend Berufskollegen beschäftigt sind. Wenn ich auch im allgemeinen für die Sektionsbildung nicht schwärme, so erkenne ich doch an, daß damit gerade in unserem Beruf eine engere Verührung und Verständigung der Kollegen herbeigeführt werden kann. Sind diese Zusammenschlüsse erfolgt, dann wird die Zentralkommission schon Gelegenheit finden, sich weiter mit dieser oder jener Frage zu beschäftigen. Auf diese Weise kommen wir auch unserem Ziele näher, das zu erreichen, was die Kollegen unserer Branche erhoffen.

K. Sch.-Serrford.

Ein Erwachen der Drechsler macht sich gegenwärtig in allen Gauen Deutschlands bemerklich. Ein Erwachen aus der Gleichgültigkeit, welche den größten Teil der Drechslergefellten seit Jahrzehnten gefangen hielt. Während sich die Arbeiter aller anderen Berufe der Holzbranche schon seit Jahren einmütig in dem Bestreben zusammengesunden haben, ihre Lage gemeinsam zu verbessern, scheint es, daß auch endlich der Drechsler zur rechten Besinnung kommt. Die Zeiten sind eben andere, noch ernstere geworden. Es kann nur begrüßt werden, daß in den Reihen der Drechsler der Wunsch nach einer gemeinsamen Aktion und der Veranstaltung einer Drechslerkonferenz laut wurde. Der Wunsch ist vorhanden, die Verhältnisse der Drechsler Deutschlands näher kennen zu lernen, sich mit den engeren Berufsgenossen zu einer gemeinsamen Aussprache zusammenzufinden, um Mittel und Wege zu suchen, wie so manche Übelstände im Beruf abzustellen sind, und vielleicht auch eine Grundlage zu schaffen, auf welcher man zu einheitlichen Verhältnissen gelangen kann. Diesen Wunsch teilen auch die Drechsler in Hannover. Aber es wird auch der Standpunkt eingenommen, daß es wohl richtiger sei, wenn in jedem Gau nur eine Konferenz für Drechsler abgehalten würde. Denn bei den verschiedenen Branchenkonferenzen zeigte es sich schon, daß gerade diejenigen Orte, welche eine Vertretung am notwendigsten hatten, nicht vertreten waren. Es wird also bei einer Veranstaltung von Konferenzen für die einzelnen Gauen viel mehr herauskommen, als bei einer allgemeinen Konferenz. Es soll also damit nicht gesagt sein, daß die Drechsler in Hannover einer allgemeinen Konferenz ablehnend gegenübersehen, sie würden nur eine Gaukonferenz vorziehen. In diesem Sinne beschloß eine stattgefundene Drechslerversammlung. Auch wurde in dieser Versammlung hervorgehoben, wie sehr die Drechsler unter der herrschenden Stille und Herabsetzung zu leiden haben, und daß schon manche Arbeiterkapitalien ergriffen wurde. Mein im letzten Jahre haben sie 10 bis 15 Drechsler einen anderen Erwerb suchen müssen. Augenblicklich sind bei 4 von 23 Meistern 8 Drechsler beschäftigt. Früher war in jeder größeren Tischlerei ein Drechsler beschäftigt, heute arbeiten nur noch 10 Drechsler in Tischlereien, und dabei sind auch diese nicht immer beschäftigt. Es ist die höchste Zeit, daß gegen die Verhältnisse im Drechslergewerbe etwas geschehen muß. Wir hoffen, daß der Hauptvorstand baldigst Stellung dazu nimmt, und erwarten, daß er unserm Vorschlag seine Zustimmung gibt.

Die Sektion der Drechsler aller Branchen Hannovers. J. A. Fritz Liebing.

Die Zahl der „Eingesandten“ betreffs der Drechslerfrage vermehren sich erfreulich, was einen Fortschritt gegen die früheren Jahre bedeutet. Die Kollegen stimmen meistens darin überein, daß sich die Notwendigkeit einer Konferenz herausgestellt hat. Wenn man die Verhältnisse in Betracht zieht, unter denen die Mehrzahl der Kollegen arbeiten muß, so kann man es nur mit Genugtuung empfinden, daß endlich mal die Drechsler anfangen, über ihre Lage nachzudenken. Aber auf eins möchte ich die Kollegen aufmerksam machen. Die Ansätze, die alten Schlagwörter zu gebrauchen als: „der Hauptvorstand kümmert sich nicht genug um die Drechsler“, oder „er hat keine Zeit, sich mit den Drechslern abzugeben“, muß unbedingt verschwinden, wenn von den Kollegen ernstlich an die Bewegung gedacht werden soll. Ein altes Sprichwort sagt, selbst ist der Mann, und dieses Sprichwort soll uns zur Mahnung sein. Wenn der Hauptvorstand sieht, daß es den Drechslern Ernst ist, daß sie aus eigener Initiative bemüht sind, zur Hebung ihrer erbärmlichen Lage beitragen zu wollen, dann wird er auch mit seiner Hilfe nicht zurückbleiben. Was den Wirksamkeit und Klavierarbeitern mit ihrer Konferenz recht war, das soll auch den Drechslern billig sein. Darum, Kollegen, setzt eure ganze Kraft ein für unsere gerechte Sache, damit wir unsere Begier zeigen, daß wir Drechsler nicht mehr das willenslose Werkzeug in den Händen unserer Ausbeuter sein wollen, sondern nach Kräften bemüht sind, den anderen Branchen, welche schon weiter in ihren Bewegungen vorgeschritten sind, voll und ganz nachzuahmen. Um dem Hauptvorstand

Gelegenheit zu geben, sich zu informieren, wie groß die Zahl der Zahlstellen ist, welche eine Konferenz wünschen, möchte ich die Zahlstellen, wo Drechsler vertreten sind, auffordern, das Verzeichnis nachzuholen und ihren Wunsch dem Hauptvorstand übermitteln. Dieser könnte dann die Namen der Zahlstellen in der Zeitung veröffentlichen, und es wäre dann beiden Teilen ein leichtes, eine gute Übersicht betreffs der Wünsche zu bekommen. Es kämen dann vor allen Dingen die vielen „Eingesandten“ in Wegfall, und der Raum, den dieselben einnehmen, könnte von der Redaktion für andere Zwecke ausgenutzt werden. Darum, Kollegen, laßt uns das Wert, welches jetzt angefangen ist, auch mit vollen Kräften vollenden, damit die von allen Seiten gewünschte Konferenz zustande kommt und es in kurzer Zeit heißt, der Hauptvorstand hat die Mittel zur Konferenz der Drechsler Deutschlands bewilligt.

Burg bei Magdeburg.

P. Mehl.

Zur Korbmacherbewegung.

Wenn wir in letzter Zeit den Arbeitsmarkt in unserem Verbandsorgan verfolgen, so werden wir finden, daß derselbe recht erheblich gestiegen ist. Es wurden im letzten Monat zirka 300 bis 350 Kollegen verlangt, welche wohl nicht so leicht in unserem Beruf aufzubringen sind. Auch in den Fachzeitschriften werden in auffallend größerer Zahl Gesuche gesucht, was uns veranlassen sollte, weit mehr als bisher für die Besserstellung unserer Arbeitsverhältnisse einzutreten. Das steigende Arbeitsangebot ist wohl zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Ausbildung von Lehrlingen von Jahr zu Jahr abnimmt, und daß bereits, soweit ich unterrichtet bin, die Anfertigung von Korbmachern in Gefängnissen in etlichen Städten eingegangen ist. Einzelne Firmen, welche dadurch die billigeren Arbeitskräfte in den Gefängnissen verloren haben, zum Beispiel Hochherz in Troisdorf bei Köln, versuchen nun durch verlockende Annoncen Arbeiter zu gewinnen, um sie durch Teilarbeit wie in Gefängnissen auszubilden. Trotz der miserablen Löhne sind nach Ansicht der Firma Mähle bis zu 30 Prozent am Platze. Auch steht die Firma auf dem Standpunkt, daß der Arbeiter kein Recht hat, den Lohnsatz zu kritisieren, geschweige denn mit einer Lohnforderung an sie heranzutreten, da bisher das Festlegen von Löhnen Aufgabe der Firma war. Also Vorsicht! Es wäre nun endlich Zeit, daß alle Kollegen die günstige Konjunktur ausnutzen. Aber der Interesseloseigkeit vieler Kollegen ist es zu danken, daß wir gegen alle anderen Holzarbeiter im Böhne wie in den sonstigen Arbeitsverhältnissen noch weit zurückstehen. Haben doch die Arbeitgeber auf dem Korbmachertag selbst erklärt, daß sie, wo ein höherer Verkaufspreis erzielt wurde, dies dem Holzarbeiterverband zu danken hätten. Und da haben die Kollegen noch nicht den Mut, dem Arbeitgeber energisch entgegenzutreten, um nur einigermaßen auskömmliche Löhne zu schaffen. Auch von Seiten der Ortsverwaltungen wäre es sehr angebracht, wenn sie die Kollegen aufrütteln würden, deren oft noch recht traurige Verhältnisse erforschen und eventuell die Zentralkommission darüber in Kenntnis setzen, welche bisher von den Kollegen noch sehr wenig beschäftigt wurde. Haben wir uns selbst auch den größten Teil der Schuld an unserer schlechten Lage zuzuschreiben, so wird auch von den Gauvorstehern recht wenig geleistet. So sind zum Beispiel im Gau Stuttgart in den Ortschaften Grauelsbaum, Delmlingen, Scherzheim mehr als 200 Kollegen beschäftigt, aber kaum mehr als 5 organisiert und knuffen noch 11 Stunden und mehr. Man sollte doch nicht so leicht darüber hinweggehen, weil es nur Korbmacher sind. Aus agitatorischen Gründen wäre es zweckmäßig, wenn Orte wie Berlin, Hamburg usw. nach Möglichkeit Tätigkeitsberichte veröffentlichen würden, um die zaghaften Kollegen über unsere Lohnbewegungen zu informieren. Aber auch die Zentralkommission sollte das noch sehr große Arbeitsfeld bearbeiten und nicht erst abwarten, bis sie von den Kollegen dazu angetrieben wird. Viel gesündigt wird auch von den reisenden Kollegen, welche ohne Rücksicht auf den Arbeitsnachweis Verhältnisse überlaufen, was hiers für die dort beschäftigten Kollegen nachteilig ist. Wir sehen, es gibt noch viel Arbeit. Darum, Kollegen, heraus aus dem Gemütle und die ganze Kraft eingesetzt, damit auch wir mit den übrigen Holzarbeitern Schritt halten.

R. W.-Berlin.

Agitation unter den Sägern.

Der Beginn des Winters bedeutet für die Sägereiarbeiter einen Rückgang in der Konjunktur; die achtstündige Arbeitszeit tritt an die Stelle des Sommer über oft 16 Stunden betragenden Arbeitstages, und das bedingt einen empfindlichen Lohnausfall für die ohnehin schlecht bezahlten Arbeiter. Leider ist der größte Teil der Säger noch so rückständig, daß sie den Bestrebungen der Organisation gleichgültig gegenüberstehen. Hier hat unser Verband ein großes Feld zu bearbeiten. Erfreulicherweise sind in den letzten Jahren schon verschiedene Sägersektionen entstanden, und in anerkannter Weise haben sich verschiedene Gauvorsteher, insbesondere Kollege Rath-München, der Agitation in diesem Berufe gewidmet. Auch der letzte Gau-tag des Gaues Stuttgart hat auf Anregung des Kollegen Klau beschlossen, energische Agitation unter den Sägern zu betreiben, aber das allein genügt nicht, die Zahlstellenverwaltungen müssen überall da, wo Säger in Betracht kommen, eingreifen und nicht die Flinte gleich ins Korn werfen, wenn die Agitation nicht sofort Erfolge zeitigt; auf einen Streich fällt kein Baum. Selbstverständlich müssen wir zuerst da einsehen, wo größere Betriebe in Betracht kommen und schon einiger Rückhalt durch bestehende Organisationen vorhanden ist. Haben wir uns da genügend gefestigt, dann können wir einen Schritt weiter gehen, in den bairischen und württembergischen Schwarzwald, das Nöck, den Bayerischen Wald usw., die alle voller Sägereien stecken, deren Arbeiter ein erbärmliches Dasein fristen. In diesem Sommer gegründet Sektion macht erfreuliche Fortschritte, doch haben nach unserer Ansicht die verschiedenen Sektionen zu wenig Fühlung untereinander. Der Schwächste Kampf der Kempener Kollegen ist vorübergegangen, wir kennen dessen Verlauf nicht genau, auch über den Tarifabschluß der Münchner Kollegen sind wir schlecht unterrichtet. Von großem Vorteil wäre es, wenn die Sektionen von Zeit zu Zeit Berichte veröffentlichen würden über ihre Tätigkeit und die dabei gemachten Erfahrungen.

Freilich wird dadurch der kostbare Raum unserer Zeitung von einer kleinen Minderheit in Anspruch genommen, aber es würde sich gewiß lohnen. L. R.-Freiburg i. Br.

Achtung, Korftarbeiter!

Soviel mir bekannt, ist auf dem Verbandstag in Köln ein Antrag angenommen worden, auch in unserer Branche eine Konferenz abzuhalten, welche sich eingehend damit zu beschäftigen haben wird, wie die Agitation unter den Korftarbeitern am erfolgreichsten zu betreiben ist. Ich muß es bedauern, daß sich bis jetzt noch kein Kollege dazu geäußert hat, denn vor allen Dingen wäre es doch nötig, daß sich die Kollegen von den Zahlstellen, wo schon Sektionen unserer Branche gebildet sind, mit dieser Frage eingehend beschäftigen. Es wäre wirklich traurig, wenn diese Konferenz an der Interesseloseigkeit der Kollegen scheitern sollte. Unser Hauptaugenmerk wird auf Thüringen und Oldenburg zu richten sein, da in diesen Gegenden doch wohl die erbärmlichsten Lohn- und Arbeitsverhältnisse anzutreffen sind. Es steht doch unzweifelhaft fest, daß sich diese traurigen Verhältnisse auch in anderen Gegenden immer mehr geltend machen, sei es durch die billigen Arbeitskräfte, welche aus solchen Gegenden kommen, oder aber durch die Schmutzkonkurrenz, welche die Korfindustriellen aus diesen Gegenden treiben können infolge der billigen Arbeitskräfte, welche sie dort haben. Aus diesem Grunde ist es nötig, hier zuerst Hand ans Werk zu legen. Der Streik in Maschau hat uns gezeigt, daß auch dort bessere Verhältnisse zu erringen sind, sobald die Kollegen ernstlich darangehen. Darum ersuche ich auch die Verwaltungen an den Orten, wo unsere Branche vertreten ist, sich auch einmal ernstlich mit den Korftarbeitern zu befassen, damit auch wir mal vorwärts kommen. Ebenso wie sich die Korfindustriellen zusammenschließen, um höhere Preise und Vergünstigungen ihrer Waren zu erzielen, müßten auch die Korftarbeiter versuchen, ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse etwas einheitlicher zu gestalten. Es würde doch gewiß auch von Interesse für unsere Kollegen sein, wenn die „Holzarbeiter-Zeitung“ einen Bericht von den Verhandlungen der Korfindustriellen, welche auf der Wartburg Ende August stattgefunden haben, gebracht hätte; man muß doch annehmen, daß diese Verhandlungen der Redaktion ebenfalls bekannt sind. (Also, warum kein Bericht?) Um Fühlung unter den Kollegen zu halten, wäre es nötig, von Zeit zu Zeit Berichte von den Sektionsversammlungen in unserer Zeitung bekanntzugeben. Im übrigen möchte ich einmal anfragen, wie die Zentralarbeitsnachweisfrage geregelt ist.

Gottbus.

C. W.

Zur Agitation im Osten.

Unter dieser Überschrift sind in letzter Zeit zwei Sendungen in der „Holzarbeiter-Zeitung“ veröffentlicht worden, und möchte auch ich meine Ansicht darüber äußern. Schon auf dem Leipziger Verbandstag wurde der Antrag gestellt, für die Provinz Posen eine besoldete Kraft anzustellen, welche der polnischen Sprache mächtig sein muß. Dieser Antrag wurde damals abgelehnt. Auf dem diesjährigen Verbandstag in Köln stand wiederum derselbe Antrag, der jedoch diesmal nicht in den Diskurs hinabgestoßen, sondern einfach dem Vorstand überwiesen wurde, und dort liegt er schon warm. Ob dieses aber im Interesse des Verbandes ist, daran zweifle ich. Die Provinz Posen besitzt, wenig gerechnet, 4000 Holzarbeiter, davon dürften 3000 zu organisieren sein, es würde sich also wohl lohnen, für die Provinz Posen einen Agitator anzustellen. Ganz abgesehen von dem Vorteil, den der Verband davon hätte, daß dann bei Lohnbewegungen keine Streikbrecher, oder nicht in dem Maße wie jetzt, von Posen bezogen werden könnten. Denn man muß es offen sagen, Posen ist bis jetzt außer Schlefien immer noch die Gegend, welche das größte Kontingent der Streikbrecher stellt. Dies ist auch weiter nicht zu vernachlässigen, bedenkt man, daß diese Kollegen vom Verband nichts wissen, wozu auch schließlich die Pfaffen und der Alkohol ihr Teil beitragen. Selbst hier in der Stadt Posen sind die Organisationsverhältnisse nicht die besten. Wenn wer soll die Arbeit bewältigen. Am Tag, an der Bank schufteten, dann Abend für Abend Sitzungen oder Versammlungen abhalten, dies hält keiner auf die Dauer aus. Schon mancher tätige Kollege hat sich bei solcher Lebensweise seine Frau zum Feind gemacht, so daß ihm schließlich die Luft vergangen ist. Darunter leidet auch die Wucht- und Stassenführung. Bei einem angestellten Beamten, der besser geschult ist und mehr Zeit hätte, um der Kassenführung seine Aufmerksamkeit zu schenken, könnte in dieser Beziehung keine Unordnung einreißen. Aber auch Maßregelungen der hervorragend tätigen Kollegen würden dann nicht stattfinden können, wie dies jetzt noch der Fall ist. Daß hier in der Provinz Posen das Gros der Kollegen treue Mitglieder abgeben würde, kann man daraus ersehen, daß von den zirka 110 streikenden Wölbelschletern, die im Deutschen Holzarbeiterverband organisiert sind, bei dem achtwöchigen Kampfe nur ein einziger zum Streikbrecher wurde. Es wird aber auch schließlich Zeit, daß sich der Vorstand dazu entschließt, für Posen eine Kraft anzustellen. Die Christen, obgleich sie hier in der Provinz knapp 75 Mitglieder haben, haben sich aber schon einen Agitator mit dem Sitz in Bromberg zugelegt. Wollen wir ruhig zusehen, wie der uns das Zeit abschöpft? Sollte der Hauptvorstand keine geeignete Kraft für diesen schweren Posten haben, so ist es eben seine Sache, dafür zu sorgen, daß eine solche Kraft herangebildet wird.

Josef Janowski-Posen.

Zur Werkzeugfrage der Berliner Bauischler.

In Nr. 2 der „Holzarbeiter-Zeitung“ haben wir schon darauf hingewiesen, daß arger Mißstand durch das Fehlen von eigenem Werkzeug in der Branche der Berliner Bauischler eingetreten ist. In einer Versammlung, die im Januar stattfand, wurde die Frage schon erörtert, und es wurde damals der Branchenkommission aufgegeben, geeignete Vorschläge auszuarbeiten. Nachdem die Kollegen in den Vertrauensmänner- und Bezirksversammlungen die Frage mehrfach erörtert hatten, beschäftigte sich die Kommission in mehreren Sitzungen damit. Diese nun unterbreitete der Branchenversammlung, die am Sonntag den 24. Juni stattfand und von den Vororten gut besucht war, folgenden Antrag: 1. In allen Betrieben muß das zur Bank gehörige Werkzeug vorhanden sein. 2. Das Kompartimentwerkzeug muß

vorhanden sein: bis zu fünf Kollegen einmal, bis zu zehn Kollegen zweimal und so stufweise weiter, das heißt die angeführten Sätze sollten nur zur Information der Kollegen dienen, im einzelnen sollte jede Werkstelle selber beschließen, was im Betrieb vorhanden sein muß, um ohne Stockung an der übernommenen Arbeit weiterarbeiten zu können. Sollte dennoch ein Kollege nicht weiterarbeiten können und der Unternehmer sorgt nicht für genügend Werkzeug, so sollte der Kollege andere Arbeit oder die Zeit in Lohn bezahlt verlangen. Die Kollegen verpflichten sich, dafür zu sorgen, daß der Unternehmer in kürzester Zeit die gestellten Bedingungen erfüllt. Ist das geschehen, so sind unsere Kollegen verpflichtet, ihr eigenes Werkzeug sofort aus dem Betrieb herauszunehmen. Sollten sich Unternehmer weigern, Werkzeug anzuschaffen, so ist der Branchenkommission sofort Mitteilung zu machen. Als Endtermin soll der 1. Oktober 1906 festgesetzt werden, und sind alle Kollegen verpflichtet, ihr eigenes Werkzeug aus dem Betrieb zu entfernen. Dieser Antrag gelangte in der gut besuchten Versammlung nach lebhafter Diskussion gegen vier Stimmen zur Annahme.

Die Branchenkommission war sich von vornherein darüber klar, daß, wenn der Antrag zur Annahme kam, es ohne Streit in den einzelnen Werkstellen nicht abgehen würde, denn nach eingehender Prüfung hatte es sich herausgestellt, daß das Halten von eigenem Werkzeug noch viel schlimmer war, als wie es in der „Holzarbeiter-Zeitung“ geschildert wurde. Gab es doch Betriebe, wo, nachdem die Kollegen ihr eigenes Werkzeug mitgenommen hatten, es nicht möglich war, weiterzuarbeiten, trotzdem der Unternehmer 14 Tage früher davon in Kenntnis gesetzt worden war. Es sind Werkstellen in Streit getreten, wo der Unternehmer für 200 bis 300 Mt. Werkzeug anschaffen mußte, wo nicht mal zwei Kollegen einen Hammer hatten, und das sind nicht etwa kleine Werkstellen, sondern Betriebe, wo mit Maschinen und mit 20 Mann und darüber gearbeitet wurde. Mancher Kollege wird sich fragen, wie es nur möglich war, daß dieser Mißstand so weit einreißten konnte, aber wer die Berliner Verhältnisse kennt, der wird wahrgenommen haben, daß in den letzten Jahren die Baukonjunktur eine gute war, und daß eine große Anzahl neuer Meister auftauchten, die es wohl fertig brachten, in ein paar Jahren sich eigene Häuser zu bauen, aber es nicht übers Herz brachten, ein paar nötige Werkzeuge anzuschaffen. Die größte Schuld an diesem Mißstand tragen aber, um ehrlich zu sein, die Berliner Bautischler selbst. Ist das Alfordsystem an und für sich schon ein Übelstand, so hatte ein jeder Berliner Bautischler sein eigenes Werkzeug so ausgebaut, daß das alte Werkzeug, welches dem Unternehmer gehörte, nicht zu gebrauchen war, um bei den heutigen Alfordpreisen zu dem Verdienst zu kommen, den er unbedingt für sich und seine Familie haben mußte. Es wurde manchem Berliner Bautischler schwer, sich von seinem eigenen, mitunter selbst gemachten Werkzeug zu trennen, trotzdem können wir heute feststellen, daß, nachdem der Beschluß gefaßt worden war, die Kollegen mit ganzer Kraft in allen Werkstellen für die Forderung einzutreten, so daß nach kurzer Zeit in allen Betrieben mit diesem Mißstand aufgeräumt war. Es war den Berliner Werkzeugmachern mitunter nicht möglich, die gestellten Aufträge zu erfüllen.

Manchem Meister wollte es freilich nicht ohne weiteres einleuchten, daß sie Werkzeug anschaffen sollten, einzelne verwehsten auch auf den Vertrag und erklärten, daß während der Dauer desselben keine Forderungen gestellt werden dürften. Die einsichtsvollen Meister allerdings hielten unser Verlangen für ganz selbstverständlich. Schließlich wurde die ganze Frage in einer gemeinsamen Sitzung geprüft, in welcher schließlich auch die Unternehmer anerkannten, daß sie das Werkzeug zu liefern hätten, aber nicht in dem von uns festgesetzten Maßstab. Sie haben beschlossen, folgendes Bankvermögen zu stellen: 1 Schlichtbohrer, 1 Schraubhobel, 1 Doppelhobel, 1 Schlachthobel, 1 Simshobel, 1 Pußhobel, 1 Schleifhobel, 1 Absiebhobel, 1 Feile, 1 Rißpel, 1 Sägefeile, 4 Stecheisen, 2 Winkelhaken, 2 Streichmaße, 1 Hammer, 1 Handfege. Als Kompaniewerkzeug für einen Betrieb mit 10 Bänken sind erforderlich: 60 Schraubzwingen, 6 Schraubtwechte, 4 Stuhlzwingen 2 große Keilzwingen, 2 kleine Keilzwingen, 1 lange Keilzwinge, 1 großer Hammer, 2 große Stemmknüppel, 2 kleine Stemmknüppel, 4 Keimkessel, 2 Winkelmaße, 2 Gehrmaße, 1 Schmiege, 1 Stellmaß, 1 Gehrungstoßlade, 3 Bohrwinden, 2 Zahnhobel, 2 Fuchschwänze, 1 Stichsäge, 1 Gratfäge, 1 Grathobel, 1 Grundhobel, 1 breite Schweiffäge, 4 Kochbeutel, 1 Sack Zentrumsbohrer, 1 Schleifstein, 1 Schrankeisen, 3 abgefägte Doppelhobel, 2 schräge Simshobel, 2 Basquillhobel, 2 Wangenhobel, 1 schmaler Simshobel, 2 Anschlaghobel, 1 Ausgründehobel, 1 Wasserfingelhohlefeile, 1 Schlagleiftenhobel, 1 Schiffhobel, 1 verstellbaren Nuthobel, 1 festen Nuthobel, 1 krummen Simshobel, 1 verstellbaren Falzhobel, 1 festen Falzhobel, 2 Kittfalzhobel, 2 Fensterhohlefeile 1/4 Zoll, 1 Fensterhohlefeile 1/2 Zoll, 2 Türhohlefeile 1/4 Zoll, 1 Türhohlefeile 1/2 Zoll, 1 Futterhobel, 1 Hinterhohlefeile. Mit diesen angeführten Sätzen erklärten sich beide Parteien einverstanden. Einen anderen Beschluß, der dahin geht, daß die Berliner Bautischler das Kleinwerkzeug selber halten sollen, wurde von der Branchenkommission abgelehnt. Es sollte sich demnach jeder Kollege selber halten 1 Zange, 1 kleine Schweiffäge, 1 kleinen Hammer, Nagelbohrer, Schraubenzieher, Spitzbohrer, Ziehlinge, Ziehlingstahl, Spitzbankhaken, Schleifort und noch mehrere von diesen Kleinigkeiten. Abgesehen davon, daß diese Kleinigkeiten keinen großen Wert repräsentieren, haben es die Berliner Bautischler bis jetzt noch nötig gehabt, diese Sachen zu halten. Was Zange, Hammer und Schweiffäge angeht, die eigentlich zu jeder Bank gehören, war sich die Kommission darin einig, mindestens darauf zu bestehen, daß in jeder Werkstatt diese Sachen als Kompaniewerkzeug vorhanden sein müssen.

Wir machen die Berliner Bautischler nochmals auf den Beschluß aufmerksam, wonach keiner nach dem 1. Oktober mit eigenem Werkzeug arbeiten darf. In eurem eigenen Interesse, Kollegen, liegt es, den Beschluß einzuhalten, damit dieser Mißstand nicht wieder einreißt, jeder bringe darauf, daß ihm vom Unternehmer vollständiges und brauchbares Werkzeug zur Verfügung gestellt wird, dann wird es kein Berliner Bautischler mehr nötig haben, von seinem verdienten Lohne auch noch Werkzeug zu kaufen.

Bericht der Zentralkommission der Modelltischler Deutschlands.

Gemäß den Beschlüssen der Modelltischlerkonferenz in Halle am 23. und 24. März dieses Jahres wurde die Zentralkommission mit dem Sitz in Magdeburg gebildet. Dieselbe konstituierte sich im Mai in einer Sektionsversammlung der Modell- und Fabrikaltischler und wählte als Vorsitzenden der Kollegen M. eth. Die Kommission hielt im ganzen zwanzig Sitzungen ab. In denselben mußte sie sich mit der Abfassung von Rundschreiben beschäftigen, und zwar in fünf Fällen wegen Fernhaltung respektive Verweigerung von Streikarbeit, in einem Falle wegen Errichtung von Arbeitsnachteilen innerhalb unserer Branche; dann einmal wegen der geplanten Aussperrung der Metallarbeiter, wovon ja auch unsere Kollegen zum Teil betroffen waren, und zum Schluß mit der Statistik und den Fragebogen, welche wir gegenwärtig über ganz Deutschland versandt haben.

Die Zahl der eingegangenen Zuschriften beträgt 52 Briefe und circa 300 Antworten auf die Fragebogen; versandt wurden dagegen 171 Briefe und 666 Fragebogen. Aus den bei uns eingegangenen Berichten von den einzelnen Sektionen haben wir ersehen, daß in einigen Orten unsere Kollegen ernstlich bemüht sind, ihre Lage zu verbessern; so ist es zum Beispiel in verschiedenen Städten gelungen, gerade während der angekündigten Aussperrung der Metallarbeiter für unsere Kollegen Lohnzulagen durchzusetzen, und zwar ohne die Arbeit niederzulegen. Von einer ganzen Anzahl Orte jedoch, wo sogar zum Teil schon große Sektionen bestehen, haben wir im Laufe der ganzen Zeit auch nicht das mindeste gehört, wohingegen doch ausdrücklich auf der Konferenz erklärt wurde, daß sämtliche Sektionen von Zeit zu Zeit berichten sollen, um damit der Zentralkommission Material zu überweisen. Es ist doch auch nicht anzunehmen, daß in all diesen Orten während der ganzen Zeit nichts passiert sein soll innerhalb unserer Bewegung. Wir hoffen, daß es nur dieses Hinweis bedarf, um die Säumigen an ihre Pflicht zu erinnern, und daß wir nicht genötigt werden, im nächsten Bericht diese Orte zu veröffentlichen. Die ausgesandten Fragebogen sind noch lange nicht aus allen Orten eingetroffen. Es wurde doch seiner Zeit ausdrücklich gesagt, daß die Sektionen, in welchen überhaupt keine Modelltischler beschäftigt werden, das Material sofort zurückzusenden hätten. Diejenigen Sektionen aber, welche mit dem Ergebnis noch ausbleiben, bitten wir, ihre Arbeiten zu beschleunigen, denn wir brennen darauf, das ganze Material zusammenstellen zu können, um dann mit der Agitation einzusetzen. Wir werden dann den einzelnen Gauvorstehern das Material überweisen.

Es wurde in der letzten Zeit bei uns angefragt, ob wir in der Lage sind, Referenten aus unserer Branche stellen zu können. Wir wollen gleich von vornherein erklären, daß der Zentralkommission zu diesem Zwecke finanzielle Mittel nicht zur Verfügung stehen, sondern daß die Kosten von den einzelnen Gauen respektive Lokalverbänden zu tragen sind. Dann möchten wir bei dieser Gelegenheit darauf hinweisen, daß uns bis jetzt sehr wenige Kollegen bekannt sind, welche in der Lage, und gewillt wären, ein passendes Referat zu halten. Es wäre uns sehr angenehm, wenn sich uns Kollegen dafür zur Verfügung stellen und zwar wären uns solche in allen Teilen des Reiches erwünscht. Man darf wohl erwarten, daß sich in Breslau, Berlin, Hamburg, Rheinland-Westfalen, Frankfurt a. M., München, Nürnberg und Sachsen wenigstens je ein Kollege findet, der sich der Mühe unterzöge, sich in diesem Sinne auszubilden, und sich dann der Zentralkommission zur Verfügung zu stellen.

Werte Kollegen, die ausgefüllten Fragebogen werden also in der nächsten Zeit eintreffen, es wird sich dabei herausstellen, daß die Lage der Modelltischler eine überaus traurige ist. Sollte es da nicht jeder einzelne als seine heiligste Pflicht betrachten, sich in diesem Dienst der guten Sache zu stellen. Es darf uns aber nicht genügen, nur zu organisieren, unser Hauptaugenmerk müssen wir auf die Weiterbildung und selbständige Betätigung der Kollegen legen. Wir wissen alle, mit was für einem gewaltigen Gegner wir es zu tun haben, sind wir aber gut organisiert, so werden wir auch dem Verstand der Arbeiter im Hinblick auf die Arbeitsnachteile und den Verstand der Arbeiter in der Verweigerung der Forderungen erfüllt werden.

Die Zentralkommission.

Literarisches.

Almanach des Deutschen Holzarbeiterverbandes für das Jahr 1907. Taschenkalender für die Verwaltungen und Mitglieder des Verbandes. Im Auftrag des Verbandesvorstandes herausgegeben von Theodor Leipzig. 8. Jahrgang. Stuttgart, Selbstverlag des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Unser Almanach erfreut sich wachsender Beliebtheit, was in der sich mit jedem Jahre steigenden Auflage zum Ausdruck kommt. Kein Wunder, haben wir doch in diesem kleinen und billigen Taschenbucklein das beste Hilfsmittel für die tägliche Agitations- und Verwaltungsarbeit, das einzige, das uns im Verband zurzeit zur Verfügung steht, solange der Beschluß des Verbandstags auf Herausgabe eines Jahrbuchs noch nicht zur Ausführung gelangt ist, und solange der in Arbeit befindliche Leitfaden noch nicht vorliegt. Aber auch wenn wir im Besitz dieser Verwaltungs- und Agitationshandbücher sein werden, werden wir des Almanachs als handlichem Berater in der täglichen Kleinarbeit nicht entbehren können. So wie hier auf kleinem Raume, namentlich im „Jahresrückblick“ ein umfangreiches statistisches Material in übersichtlicher Weise zusammengedrängt ist, wird es in einem Jahrbuch niemals möglich sein. Diese Reichhaltigkeit, zusammengedrängt auf einen möglichst kleinen Raum, ist aber für die tägliche Kleinarbeit unter den Kollegen unerlässlich. In gleicher Weise wichtig für den agitatorisch tätigen Kollegen ist die statistische Übersicht über die Lage der Holzarbeiter, sowie eine statistische Arbeit „Die Großstädte über 100 000 Einwohner“, in der nicht nur die Ergebnisse der Volkszählung von 1900 und 1905, sondern auch die Stärke der Gewerkschaften, die Verbandsentwicklung seit 1898 und die Höhe der Wochenbeiträge in den Großstädten vergleichend angeführt werden. Für die organisatorische Arbeit der Kollegen sehr wichtig ist das Kapitel über „Die Praxis der Zahlstellenverwaltung“; unsere jüngeren Kollegen, die den Drang zur rednerischen Betätigung in sich fühlen, werden das Kapitel über „Die Technik des Redens“ mit Interesse lesen. Auch eine „Parlamentarische Ordnung in den Mitglieder-versammlungen“ hat in dem Almanach Aufnahme gefunden. Von dem übrigen reichhaltigen Inhalt heben wir noch das bedeutend erweiterte „Kleine Lexikon des gewerblichen Rechts“, einen sachdienlichen Auszug aus unseren Versammlungs- und Vereinsrechten, eine Anweisung über „Die erste Behandlung von Verletzten“ und einen gedrängten Artikel über „Die gewerbliche Fortbildung des Holzarbeiters“ hervor. Erfreut werden die Kollegen über das von Brutus gebotene „Holzarbeiter-Verbandslied“ sein, das Organisationsfreudigkeit und Siegeszuversicht atmet. Möge es überall da erschallen, wo zwei oder drei sangfrohe Kollegen zusammen sind im und für den Verband. Und wie wir unserem Verbandslied weite Verbreitung wünschen, so auch unserem neuen Almanach, der als Verbandsbuch gewiß allgemeine Anerkennung der Kollegen verdient.

Auer, C., Gründet Ortskrankenkassen! Ein Beitrag zur Vereinstückung der Arbeiterversicherung. München, G. Vof & Co. 52 S. 30 Pf.

Bebel, August, Sozialdemokratie und Parteimitgliedschaft. Rede auf dem sozialdemokratischen Parteitag in Berlin. Mit zwei Nachträgen. Zweite, durchgesehene Auflage. Berlin, Buchhandlung „Vorwärts“, 37 S. 30 Pf.

Braun, Adolf, Ziele und Wege. Erläuterungen der sozialdemokratischen Gegenwartsforderungen. Unter Mitarbeit von Ad. Braun, Hugo Lindemann, Max Silberstein, Friedrich Stampfer, Klara Zetkin. Berlin, Buchhandlung „Vorwärts“, 48 S. 20 Pf.

Borchardt, Julian, Die Lehrgang im Handeldgewerbe. Hamburg, Max Josephsohn. 28 S. 20 Pf.

Arbeitslosigkeit im Monat Oktober 1906.

Gau	Quantität haben berechtigt	Mittelwert am Schluss d. Monats	Arbeitslose Mitglieder am Orte				Durchschnittl. legene Lage des Monats	Unterstützung haben erhalten								
								Arbeitslose am Orte				Arbeitslose auf der Meile				
			vom vorigen Monat	Zugang in diesem Monat	Gesamt- zahl	am 31. Okt.		Mittgl.	Tage	Mt.	Pf.	Mittgl.	Tage	Mt.	Pf.	
Danzig	22	2788	9	5	14	3	—	10	50	71	—	28	47	44	72	4
Stettin	35	2896	23	117	140	37	4	36	255	340	92	116	173	160	44	1
Breslau	86	7402	30	179	209	81	5	70	552	694	12	91	176	160	07	3
Berlin	34	86349	836	3602	4438	1168	16	1009	8978	12255	20	503	1008	937	12	9
Dresden	52	11359	85	313	398	128	11	124	913	1153	36	152	233	225	24	—
Chemnitz	51	11775	90	432	522	109	12	126	932	1131	43	275	413	399	—	4
Erfurt	50	4049	11	13	24	6	9	6	60	85	50	162	221	212	74	4
Magdeburg	31	4971	50	199	249	85	5	81	637	840	22	274	378	302	77	2
Hamburg	59	16705	217	1132	1349	387	49	329	2734	3769	65	805	1297	1237	16	4
Hannover	40	8333	71	530	651	148	19	80	534	668	04	467	631	633	30	3
Münster	48	7869	19	143	167	89	30	19	133	135	—	593	835	323	00	5
Frankfurt	55	10170	77	271	348	134	19	91	631	898	84	530	339	345	54	4
Nürnberg	32	7877	71	91	162	47	6	65	479	531	41	226	476	443	35	1
München	31	5037	93	407	500	51	6	76	767	1021	93	225	471	419	33	7
Stuttgart	79	9529	26	37	83	25	21	43	482	713	67	450	761	633	92	5
Hauptkasse	—	625	—	—	—	—	—	—	—	—	—	11	21	21	—	—
Oktober 1906	705	147433	1708	7543	9254	2398	212	2170	18192	24465	89	4978	8135	7702	84	56
September	718	146855	1185	6927	7312	1633	201	1407	10430	14308	60	5263	9028	8611	66	33
August	705	145303	1602	6054	7656	1227	219	1430	11550	14523	83	7143	12163	11577	65	45
Juli	707	143278	1917	6267	8184	1612	339	1900	15675	19520	68	3395	13974	13433	64	40
Juni	708	144001	2181	5680	7361	1916	319	2077	20475	26149	43	7633	13336	13364	30	41
Mai	692	144008	2312	6110	8422	2127	282	2341	19626	24815	51	3972	14256	13031	64	52
April	696	140580	2202	5640	7342	2170	331	2102	21020	26378	93	6429	14094	10079	63	48
März	701	136265	2365	6314	8379	2121	165	2445	22343	30677	05	3368	6506	6191	55	36
Februar	697	134540	3226	5376	8602	2313	130	2749	25544	31243	63	3439	5534	5221	87	33
Januar	683	131739	3233	6402	9635	3256	192	3513	34941	43033	20	3703	5935	5503	63	36
Dezember 1905	685	130336	2044	4997	7041	3290	183	2317	23850	30042	55	2970	4857	4529	43	30
November	673	128404	1942	4974	6916	1914	124	1934	18549	22471	23	3131	5345	4396	91	33
Oktober	668	125113	1134	6032	7216	1934	155	1533	14250	17503	36	3373	6334	5975	31	37

Veranstaltungs-Anzeiger.

Eisenberg. Sonnabend den 24. November Versammlung im „Gambirinus“.

Anzeigen.

Donauwörth. Das Verkehrslokal befindet sich im Gasthaus zum scharfen Eck.

Der Wagner Albin Kühner, geb. 25. 12. 83 in Predel bei Bels, ist unter Mitnahme eines Arbeiter-

Die Devisenverwaltung Frankfurt a. M. Der Karl Petkovitsch, Schreiner, geb. am 18. Aug. 1881 zu Graz in Oesterreich, wird gebeten,

Kollege Erich Rache, geb. zu Friedland i. M., sende Deine Adresse sofort an Deinen Kollegen Paul Bobin in Gifhorn (Prov. Hannover),

Einige tüchtige Möbeltischler sowie zwei Polierer auf bessere Herrn, Speise- und Schlafzimmer bei guten Akkordpreisen für sofort auf dauernd gesucht.

Tüchtige Tischler für Tische und Buffets finden dauernd lohnende Stellung bei Richard Saalfeld, Helmstedt Herzogtum Braunschweig.

Suche auf sofort einen Tischler. Fr. Bischoff, Wieda i. Harz Bau- und Möbeltischerei.

Tüchtige Tischler auf dauernd gesucht. A. Grunenberg, Salze i. Harz.

Tischler auf nussb. Spinde und Vertikow sucht Constantin Decker Spinden- u. Vertikowfabrik, Stolp i. Pom.

Dauernde Arbeit findet ein auf furnierte Arbeit geübter Schreiner bei Schreinermeister Peiss, Dillingen (Baden).

Wirklich tüchtige, befähigte Stahlbauer hauptsächlich für Sessel und bessere Stühle sowie Polierer stellen wir ein.

Robert Oehlschlägel & Co. Br. Holland b. Elbing, Westpreußen.

Tüchtiger Maschinenarbeiter für die Fräse und Walzengatter gesucht, sowie einige tüchtige Tischler für weiße und polierte Möbel.

Ein tüchtiger selbständiger Maschinenarbeiter, welcher mit allen in der Schreinerei und Treppenbau vorkommenden Arbeiten bewandert ist, wird sofort gesucht.

Gesucht ein tüchtiger selbständiger Verzierer auf Goldleisten, sowie 2 Rahmen-schreiner (ledige) nach Zürich.

Tüchtiger Holzbildhauer per bald gesucht. Karl Berner, Wadenburg, Schles.

Drechsler verlangt W. Behrendt, Dresden, Klosterfeld, Kr. Nied. Warnim.

10 Korbmachergefellern auf Geflagenes und 4 auf Roharbeit werden bei hohem Lohn und dauernder Stellung auf ganz oder halb Stück sofort eingestellt.

Korbfabrik F. Gerlach Königsberg i. Pr., Vord. Vorstadt 5.

Korbmacher

auf bessere Kongo- und Bambusarbeit sowie auf moderne Rohmöbel verlangt bei gutem Akkordlohn und dauernder Beschäftigung.

4 Korbmacher auf Gematt für dauernde Arbeit sogleich oder später (guter Lohn). Fr. Altrich, Berleberg.

10-12 Korbmacher, auf Roharbeit geübt, gegenwärtig Geschloßkörbe, bei gutem Akkordlohn gesucht.

Einige tüchtige Korbmacher auf Rohkörbe können sofort oder in acht Tagen dauernd Arbeit finden.

Gesucht auf sofort 4 Korbmacher auf dauernde Arbeit. Wochenlohn 30 Mark. C. Schmidt, Felsch. Berne, Oldenburg i. G.

Suche sofort einen tüchtigen Korbmacher auf Reise- und Waschkörbe, der auch mit Gestellarbeit bewandert ist.

2 Korbmacher finden dauernde Beschäftigung auf Matt. Material und Lohn gut. Nehme auch Verheiratete.

Suche sofort 2 Korbmacher, Ballonkörbe, nach dem neuausgearbeiteten Tarif.

4 tüchtige Korbmacher auf grüne runde Obstkörbe finden dauernde Beschäftigung bei hohem Lohn.

5 Korbmachergefellern erhalten dauernde Beschäftigung (Stücklohn: Rohlenkörbe 88 Pf., 55 Pf., 44 Pf.; Ballonkörbe 84 Pf.) bei

Suche per sofort oder später 1 Korbmachergehilfen auf geschlagene Arbeit.

Korbmacher auf edige, grün geschlagene Arbeit stellt ein Karl Grohmann, Franz. Buchholz Berlinerstraße 6.

Gesucht auf sofort ein Mästenmacher, welcher perfekter Bohrer sein muß, sowie zum 10. November event. später 2 Bohrer (eben hohes Lohn und dauernde Arbeit).

Gebrüder Rauh Stahlwarenfabrik Versandhaus I. Rang Gräfrath bei Solingen.

BRILLANT

Jedermann verlange unseren neuesten, reich illustrierten Pracht-Katalog, welcher umsonst und portofrei ohne Kaufzwang versandt wird.

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattp Sprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung.

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet laut Gutachten der beste bisher existierende.

Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krohn Reinickendorf-Berlin.

Gegründet 1866 D. Prämiert Gewerbeausstellung Berlin.

Berlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.

Tüchtiger Sälzerschneider für dauernde Beschäftigung sofort gesucht.

Louis Lankrer, Pantinenfabrik Uckerminde, Uckerstr. 44.

Tischler-Fachschule Detmold

Werkführer- und Technikerkurse Geseßliche Meister-Prüfung Programme frei durch die Direktion

Durch die Expedition unserer Zeitung können nachstehend verzeichnete Bücher bezogen werden.

Bei Nachnahmesendungen bis 5 Mk. 20 Pf. und über 5 Mk. 30 Pf. mehr.

Wir bitten, den Betrag bei der Bestellung mit einzusenden, in diesem Falle wird die Gebühr für die Nachnahme erspart.

Das Beizen und Färben des Holzes von W. Zimmermann, Chemiker und Lehrer an der Handwerker- und Kunstgewerbeschule in Barmen.

Praktische modern. Möbel, Zimmereinrichtungen in Perspektive gezeichnet an der Süddeutsch. Schreinerfachschule in Nürnberg.

Der innere Ausbau. Umfassend Türen und Tore, Fenster und Fensterverschlüsse, Wand- und Deckenverfäulungen, Treppen in Holz, Stein und Eisen.

Praktisches Unterrichtsbuch für Tischler, Bildhauer, Drechsler usw. von Ernst Loose.

Moderne Farben auf Holz, eine Musterkarte mit 138 Farbenönen (Bezeichnungen). Supplement zur vorstehenden vierten Aufl.

Der Modelltischler von Fr. W. Hesse, Modelltischler. Mit 313 Textabbildgn. 164 S. Preis broschiert 4,50 Mk., mit Porto 4,70 Mk.

Der Dorfschreiner von A. u. M. Graef. 24 Tafeln und 6 Werkstattzeichnungen mit Text. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Möbel im Jugendstil von M. Graef. 26 Foliotafeln nebst erklärendem Text und 8 Tafeln mit Werkstattzeichnungen. In Mappe. Preis 7,50 Mk., mit Porto 7,80 Mk.

Die Expedition der Holzarb.-Ztg.

Bilanz der Genossenschaft für Sabrilation von Arbeiterfußbekleidung

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht in Ronneburg-Friedrichshalde über das erste Geschäftsjahr vom 1. August 1905 bis 31. Juli 1906.

Table with 2 columns: Aktiva and Passiva. Aktiva includes An Warentkonto, Gerätekonto, Debitorkonto, Verlust. Passiva includes Per Mitgliederanteilkonto, Reservefondskonto, Kreditorkonto, Darlehenskonto, Akzeptkonto.

Die Genossenschaft wurde am 1. August 1905 von 8 Mitgliedern gegründet. Neu hinzu traten 5. Mit hin Mitgliederzahl am Jahreschluss 13. 10 Mitglieder besitzen zwei Geschäftsanteile.

Paul Horn Fabrik chemischer Hamburg 23

Über die Eigenschaften und zweckmäßigste Anwendung meiner folgenden Spezialitäten Jubiläumskatalog, ein Lehrbuch des Polierens, Beizens, Mattierens, Lackierens usw. des Holzes, gründlichen und leicht fasslichen Aufschluss:

Jubiläum-Politur, Patent-Politur, Kopal-Politur, Benzoe-Politur, filtrierte Schellack-Politur, porenschließende Untergrund-Politur, Schellack-Porenfüller, Brunolin, Mattine, Bohnerwachs, Salonmatt.

Politurglanzlacke, Kristallglanzlacke, Brillantlack, Petersburger Lack. Schleif- und Polleröl. Farbige Porenpulver.

Spiritusbeizen, Ambranitbeizen, Wasserbeizen, Körnerbeizen, Salmiakbeizen. Flintsteinpapier, Lederleime. Polierspiritus usw. usw.

Mein Jubiläumskatalog, ein wirkliches Lehrbuch für die Praxis und die Werkstatt, ist von den hervorragenden Fachautoritäten und der gesamten Fachpresse glänzend beurteilt worden.

Allen meinen verehrl. Kunden und solchen Interessenten, die mir eine Bestellung übermitteln, liefere ich dieses technische Lehrbuch aus Anlass meines 25jähr. Jubiläums gratis u. franko.

Der Buchhaltungs-Meister. Zweite verbesserte Auflage. Enthält in markiger Werkstattp Sprache leicht fassliche und gründliche Anleitungen für jeden Gewerbetreibenden zur Einrichtung einer geordneten Buchhaltung und goldige Ratschläge für die Geschäftsführung.

Porenfüller in Pulver D. R. P. angemeldet laut Gutachten der beste bisher existierende.

Lackfabrik C. Bratsch, Inhaber Krohn Reinickendorf-Berlin.

Gegründet 1866 D. Prämiert Gewerbeausstellung Berlin.

Berlag von Karl Klotz in Stuttgart. Druck von Paul Singer in Stuttgart.